Der Präsident des Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen

Verfassungsgerichtshof NRW • Postfach 6309 • 48033 Münster

An den
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE
VORLAGE
16/ 9
alle Abg.

Hausanschrift
Aegidiikirchplatz 5
48143 Münster
Telefon
(0251) 505-0
Durchwahl
(0251) 505-250
Telefax
(0251) 505-253
e-mail: verfgh@ovg.nrw.de

Datum: 15. Mai 2012

Geschäfts-Nr.: VerfGH 9/12
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

In dem verfassungsgerichtlichen Verfahren

wegen der Behauptung der Stadt Ahaus sowie weiterer 13 Städte und Gemeinden,

§ 8 Abs. 3 und 5 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 – GFG 2011) vom 18. Mai 2011 (GV. NRW. S. 259 ff.) verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung,

- VerfGH 9/12 -

übersende ich als Anlage einen Abdruck der Verfassungsbeschwerde vom 8. Mai 2012 nebst Anlagen, die am gleichen Tag beim Verfassungsgerichtshof eingegangen ist. Das Verfahren wird unter dem o.g. Aktenzeichen geführt.

Gemäß § 52 Abs. 3 i.V.m. § 48 VerfGHG gebe ich Gelegenheit, bis zum **15. August 2012** zu der Verfassungsbeschwerde Stellung zu nehmen.

Ich bitte, künftige Eingaben in dieser Sache in 14 Exemplaren einzureichen.

Dr. Bertrams

Professor Dr. Joachim Suerbaum

In der Uhlenflucht 3
44795 Bochum
Tel. 0234 / 47 26 26
Fax 0234 / 36 95 177

Dienstanschrift:
Universität Würzburg
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Domerschulstr. 16
97070 Würzburg
suerbaum@jura.uni-wuerzburg.de

8. Mai 2012

An den
Verfassungsgerichtshof für das Land
Nordrhein-Westfalen
Aegidiikirchplatz 5
48143 Münster

Kommunalverfassungsbeschwerde

der Gemeinden

1. Stadt Ahaus, vertreten durch den Bürgermeister Felix Büter, Rathausplatz 1, 48683 Ahaus,

2. Stadt Bocholt, vertreten durch den Bürgermeister Peter Nebelo, Berliner Platz 1, 46395 Bocholt,

3. Stadt Borken, vertreten durch den Bürgermeister Rolf Lührmann, Im Piepershagen 17, 46325 Borken,

4. Stadt Gescher, vertreten durch den Bürgermeister Hubert Effkemann, Marktplatz 1, 48712 Gescher,

5. Gemeinde Heek, vertreten durch den Bürgermeister Ulrich Helmich, Postfach 11 80, 49613 Heek,

6. Gemeinde Heiden, vertreten durch den Bürgermeister Heiner Buß, Rathausplatz, 46359 Heiden,

7. Gemeinde Legden, vertreten durch den Bürgermeister Friedhelm Kleweken, Amtshausstraße 1, 48739 Legden,

8. Gemeinde Raesfeld, vertreten durch den Bürgermeister Andreas Grotendorst, Weseler Straße 19, 46348 Raesfeld,

9. Gemeinde Reken, vertreten durch den Bürgermeister Heiner Seier, Kirchstraße 14, 48734 Reken,

10. Stadt Rhede, vertreten durch den Bürgermeister Lothar Mittag, Rathausplatz 9, 46414 Rhede,

11. Gemeinde Schöppingen, vertreten durch den Bürgermeister Josef Niehoff, Amtsstraße 17, 48624 Schöppingen,

12. Stadt Stadtlohn, vertreten durch den Bürgermeister Helmut Könning, Markt 3, 48703 Stadtlohn,

13. Gemeinde Velen, vertreten durch den Bürgermeister Dr. Christian Schulze Pellengahr, Ramsdorfer Str. 19, 46342 Velen,

14. Stadt Vreden, vertreten durch den Bürgermeister Dr. Christoph Holtwisch, Burgstraße 14, 48691 Vreden.

– Beschwerdeführerinnen –

Verfahrensbevollmächtigter: Universitätsprofessor Dr. Joachim Suerbaum

wegen: Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 – GFG 2011) vom 18.5.2011 (GVBl. NRW S. 247)

Ich zeige an, dass mich die Gemeinden

1. Stadt Ahaus,
2. Stadt Bocholt
3. Stadt Borken
4. Stadt Gescher
5. Gemeinde Heek
6. Gemeinde Heiden
7. Gemeinde Legden
8. Gemeinde Raesfeld
9. Gemeinde Reken
10. Stadt Rhede
11. Gemeinde Schöppingen
12. Stadt Stadtlohn
13. Gemeinde Velen
14. Stadt Vreden

mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt haben.

Die entsprechenden Vollmachten sind beigefügt.

Namens und im Auftrag der Beschwerdeführerinnen erhebe ich

Kommunalverfassungsbeschwerde

gegen

das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 – GFG 2011) vom 18.5.2011 (GVBl. NRW S. 247)

und beantrage festzustellen:

1.

§ 8 Abs. 5 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 – GFG 2011) vom 18.5.2011 (GVBl. NRW S. 247) ist mit den Vorschriften der Landesverfassung NRW über das Recht der Selbstverwaltung unvereinbar und nichtig.

2.

§ 8 Abs. 3 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 – GFG 2011) vom 18.5.2011 (GVBl. NRW S. 247) ist mit den Vorschriften der Landesverfassung NRW über das Recht der Selbstverwaltung unvereinbar und nichtig.

3.

Es wird beantragt, dem Land aufzuerlegen, den Beschwerdeführerinnen die notwendigen Auslagen zu erstatten.

Begründung:

§ 8 Abs. 5 GFG 2011 sowie § 8 Abs. 3 GFG 2011 in Verbindung mit der Hauptansatzstaffel – Anlage 2 – verletzen die Beschwerdeführerinnen in ihrem Recht der Selbstverwaltung aus Art. 78, 79 Satz 2 Verf. NRW.

I.

Im Rahmen der jährlichen Finanzausgleichsgesetzgebung hat der nordrhein-westfälische Gesetzgeber das Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2011 erlassen. Das rückwirkend zum 1.1.2011 in Kraft gesetzte Gesetz ist am 18. Mai 2011 verkündet worden. Zur Vermeidung einer Verkürzung der Jahresfrist gem. § 52 Abs. 2 VerfGHG NRW läuft die Frist zur Einlegung der Verfassungsbeschwerde nach ständiger Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs erst ab dem Zeitpunkt der Verkündung.

> VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, Rdnr. 46 m.w.Nachw. (www.justiz.nrw.de), insoweit in OVGE 51, 272 ff. nicht abgedruckt.

Das GFG 2011 unterscheidet sich gegenüber den Vorjahresgesetzen vor allem durch eine ganz erhebliche Höhergewichtung des sog. Soziallastenansatzes, was eine drastische Reduzierung des Gewichts des Hauptansatzes nach sich zieht.

Systematik und Gewichtung des Soziallastenansatzes im GFG sind, wie im Einzelnen zu begründen ist, mit den Anforderungen an einen verfassungsgemäßen Finanzausgleich unvereinbar. Sie verstoßen gegen das interkommunale Gleichbehandlungsgebot und verletzen die Beschwerdeführerinnen damit in ihrem Recht auf Selbstverwaltung gemäß Art. 78 Abs. 1, 79 Satz 2 Verf. NRW.

Die Beschwerdeführerinnen erhalten infolge verfassungswidriger Neugewichtung des Soziallastenansatzes durch die Novellierung des § 8 Abs. 5 GFG 2011 erheblich geringere Schlüsselzuweisungen, als sie bei der bisherigen Ausgestaltung des Finanzausgleichs unter Zugrundelegung etwa der Verteilungsregelungen des GFG 2010 erhalten hätten. Sie werden als kleinere Gemeinden des ländlichen Raums mit vergleichsweise geringer Zahl an Bedarfsgemeinschaften gegenüber anderen Gemeinden mit einer überproportional hohen Anzahl an Bedarfsgemeinschaften in ungerechtfertigter Weise benachteiligt.

Die erhebliche Schlechterstellung der Beschwerdeführerinnen ergibt sich aus den vom Ministerium für Inneres und Kommunales NRW übermittelten Modellrechnungen, die die Schlüsselzuweisungen auf der Grundlage des GFG 2010 bzw. des GFG 2011 gegenüberstellen.

> Ministerium für Inneres und Kommunales NRW – Abteilung 3 – Vergleich (Gemeinden) von Schlüsselzuweisungen nach dem Gesetzentwurf GFG 2011 vom 19. Januar 2011
> – Anlage 1 –

Danach verringern sich die errechneten Schlüsselzuweisungen infolge der Höhergewichtung des Soziallastenansatzes für die Stadt Ahaus um 3,0 Mio. EUR, für die Stadt Bocholt um 2,81 Mio. EUR, für die Stadt Borken um 1,49 Mio. EUR, für die Stadt Gescher um 819.000 EUR, für die Gemeinde Heek um 793.000 EUR, für die Gemeinde Heiden um 271.000 EUR, für die Gemeinde Legden um 474.000 EUR, für die Gemeinde Raesfeld um 616.000 EUR, für die Gemeinde Reken um 989.000 EUR, für die Stadt Rhede um 1,09 Mio. EUR, für die Gemeinde Schöppingen um 706.000 EUR, für die Stadt Stadtlohn um 1,53 Mio. EUR, für die Gemeinde Velen um 596.000 EUR und für die Stadt Vreden um 1,53 Mio. EUR.

Eine Belastung der Beschwerdeführerinnen ergibt sich zudem daraus, dass sie als kreisangehörige Gemeinden des ländlichen Raums durch das verfassungswidrige Festhalten des Finanzausgleichsgesetzgebers an der sog. Einwohnerveredelung gem. § 8 Abs. 3 Satz 2 und 3 GFG i.V.m. Hauptansatzstaffel – Anlage 2 – weniger Schlüsselzuweisungen erhalten, als ihnen bei einer verfassungsgemäßen Ausgestaltung ohne entsprechende „Veredelung“ zustünden.

Die Kombination von Einwohnerveredelung beim Hauptansatz und Nebenansätzen bewirkt im Ergebnis eine erhebliche Verschiebung der Schlüsselzuweisungen von den kreisangehörigen Gemeinden zu den kreisfreien Städten. So wurden im Jahr 2011 im Rahmen der Schlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte durchschnittlich 433 EUR pro Einwohner ausgezahlt, an die Kommunen im Kreis Borken jedoch lediglich durchschnittlich 117 EUR pro Einwohner.

> Entwicklung der Schlüsselzuweisungen 2003 bis 2012 - Eigenberechnung der Gemeinde Reken auf Grundlage der amtlichen Festsetzungen
> – Anlage 2 –

Im Ausgangssystem, also bei einer Verteilung allein nach der Zahl der Einwohner, würde der Kreis Borken ca. 75 Mio. EUR mehr an Schlüsselzuweisungen erhalten. Davon wird eine Verschiebung von 25,7 Mio. EUR zu Lasten der Gemeinden des Kreises Borken allein dadurch bewirkt, dass § 8 Abs. 3 GFG 2011 in Verbindung mit der Hauptansatzstaffel – Anlage 2 – an der sog. Einwohnerveredelung festhält. Bei Beseitigung der verfassungswidrigen Einwohnerveredelung würden die Beschwerdeführerinnen ausnahmslos bei konstanter Gesamtschlüsselmasse höhere Schlüsselzuweisungen im Gesamtvolumen von 25,7 Mio. EUR mehr erhalten, so dass sie auch durch diese Bestimmung nachhaltig beschwert sind.

> Eigenberechnung der Gemeinde Reken vom 30.03.2012 – Vergleich a)
> – Anlage 3 –

Bei einer Beibehaltung des bisherigen Gewichtungsfaktors von 3,9 für den Soziallastenansatzes statt des nun in § 8 Abs. 3 GFG 2011 normierten Gewichtungsfaktors 9,6 würden die Gemeinden des Kreises Borken insgesamt sogar höhere Schlüsselzuweisungen in einem Volumen von 51,174 Mio. EUR erhalten.

> Eigenberechnung der Gemeinde Reken vom 30.03.2012 – Vergleich b)
> – Anlage 3 –

Wie sich aus der Übersicht ergibt, würde jede der Beschwerdeführerinnen höhere Schlüsselzuweisungen erhalten, wenn die Verfassungsverstöße unter im Übrigen unveränderten Parametern vermieden worden wären.

II.

Die Kommunalverfassungsbeschwerde ist begründet.

Das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Art. 78 Verf. NRW umfasst auch den gegen das Land gerichteten Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung.

> VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (277); VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 62 (www.justiz.nrw.de).

Diesen Anspruch konkretisierend verpflichtet Art. 79 Satz 2 der Verf. NRW das Land, im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten.

> VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (277); VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 63 (www.justiz.nrw.de).

Bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichs wird dem Gesetzgeber zwar ein Gestaltungsspielraum konzediert.

Dieser Gestaltungsspielraum des Finanzausgleichsgesetzgebers ist allerdings nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs des Landes NRW und der Landesverfassungsgerichte anderer Länder beschränkt.

> VerfGH NRW, Urteil vom 08.04.2003, Az. VerfGH 2/02, OVGE 49, 271 (275 ff.); VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (278); VerfGH NRW, Urteil vom 26.5.2010, Az. VerfGH 17/08 Rdnr. 39 (www.justiz.nrw.de); VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 70 (www.justiz.nrw.de).

Diese Schranken missachtet das GFG 2011 unter Verstoß gegen Art. 78, 79 Satz 2 Verf. NRW insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung des Soziallastenansatzes und das Festhalten an der sog. Einwohnerveredelung.

1. Soziallastenansatz

Zur Bestimmung des fiktiven Finanzbedarfs der Gemeinden orientiert sich das GFG 2011 an einem Haupt- und mehreren Nebenansätzen. Zu den Nebenansätzen zählt der sog. Soziallastenansatz gem. § 8 Abs. 5 GFG 2011.

Der Landesgesetzgeber darf zwar im Rahmen seines Gestaltungsspielraums festlegen, nach welchem System er den Finanzausgleich bemisst. Dabei darf er bei seinen Einschätzungen auch eine Typisierung bzw. Pauschalierung vornehmen, insbesondere soweit dies durch praktische Erfordernisse der Verwaltung gerechtfertigt ist.

> VerfGH, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (280).

Unsicherheiten in der Prognose aber korrespondiert eine Pflicht des Landesgesetzgebers, die Auswirkungen der von ihm getroffenen Regelungen zu beobachten und ggf. zu korrigieren.

> VerfGH, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (280).

Die Ausgestaltung des Verteilungssystems für die Zuweisung von Finanzmitteln kann zudem im Hinblick auf das Gebot interkommunaler Gleichbehandlung sachlich nur gerechtfertigt sein, wenn der Gesetzgeber seine Entscheidung „an einer auf objektivierbare Daten gründenden Lageanalyse ausrichtet".

> VerfGH NRW, Urteil vom 26.05.2010, Az. VerfGH 17/08, Rdnr. 40 (www.justiz.nrw.de), im Anschluss an *Tettinger*, in: Löwer/Tettinger, Kommentar zur Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, 2002, Art. 79 Rdnr. 48.

Diesen Maßstäben wird die Ausgestaltung des Soziallastenausgleichs im GFG 2011 nicht gerecht.

Der Soziallastenansatz hat die Funktion, den Bedarf der Gemeinden im Bereich des Sozialen zu erfassen. Als – alleiniger – Indikator wird die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Sinne von § 7 Abs. 3 SGB II in der jeweiligen Gemeinde herangezogen. Aufgabe des Soziallastenansatzes im GFG 2011 ist es, den fiktiven Bedarf einer Gemeinde im Bereich der Sozialkosten insgesamt zu normieren, die durch den Hauptansatz nicht ausreichend erfasst würden.

> LT-Drucks. 15/1002, S. 63.

Nach dem Willen des Gesetzgebers hat der Soziallastenansatz somit nicht die Funktion, ausschließlich die Belastung durch Leistungen nach dem SGB II zu erfassen und zum Ausgleich zu bringen. Bei einer derartigen Zwecksetzung wäre zudem ganz eindeutig eine eklatante Überschreitung des normierten Bedarfs gegenüber den tatsächlichen Kosten anzunehmen. Eine derartige Überkompensation der SGB II-Kosten wäre mit dem verfassungsrechtlichen Verbot der Übernivellierung unvereinbar.

> Dazu VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (286 f.) m.w.Nachw.

Hervorzuheben ist demnach, dass der Soziallastenansatz des nordrhein-westfälischen GFG 2011 als Instrument zur Ermittlung des normierten Bedarfs der Gemeinden im sozialen Bereich insgesamt dient.

Der Soziallastenansatz nach dem GFG NRW unterscheidet sich damit grundlegend in seiner Struktur und eklatant in seiner Bedeutung von dem rheinland-pfälzischen Soziallastenansatz nach dem FAG R-P 2007, das Gegenstand der Entscheidung des VerfGH R-P vom 14.02.2012 war.

> VerfGH R-P, Urteil vom 14.02.2012, Az. VGH N 3/11 (juris).

Denn der Soziallastenansatz nach dem FAG R-P war als reiner Spitzenausgleichsansatz konzipiert, über den zudem lediglich 2,86 % der Gesamtschlüsselmasse umverteilt wurden. Demgegenüber wird in Nordrhein-Westfalen ein erheblicher, wie sogleich zu zeigen ist, drastisch steigender Anteil des fiktiven Bedarfs über den Ansatz ermittelt.

Soll der Soziallastenansatz somit den fiktiven Bedarf der Gemeinden insgesamt abbilden, muss dieser Bedarf sachgerecht ermittelt werden. Denn der dem Landesgesetzgeber bei der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs eingeräumte Spielraum wird durch das rechtsstaatlich determinierte Willkürverbot begrenzt, das als Element des objektiven Gerechtigkeitsprinzips auch kraft Landesverfassungsrechts verbürgt ist.

> VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (283 f.); VerfGH NRW, Beschluss vom 13.01.2004, Az. VerfGH 16/02, Rdnr. 57; VerfGH NRW, Urteil vom 08.04.2003, Az. VerfGH 2/02, OVGE 49, 271 (275); vgl. auch BVerfG, Urteil vom 27.05.1992, Az. 2 BvF 1, 2/88, 1/89, 1/90, BVerfGE 86, 148 (251).

In seiner Ausprägung als interkommunales Gleichbehandlungsgebot verbietet es, bestimmte Gemeinden oder Gemeindeverbände aufgrund sachlich nicht vertretbarer Differenzierungen zu benachteiligen oder zu bevorzugen. Dieser Grundsatz ist verletzt, wenn es für die getroffene Regelung an einem sachlichen Grund fehlt.

> VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (284); VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 67 (www.justiz.nrw.de); vgl. ferner VerfGH NRW, Urteil vom 26.05.2010, Az. VerfGH 17/08, Rdnr. 40 (www.justiz.nrw.de).

Verzerrungen sind dabei umso weniger hinnehmbar, je stärker sie ins Gewicht fallen.

> Vgl. VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 90 (www.justiz.nrw.de).

Die verfassungsgerichtliche Kontrolle der Finanzausgleichsgesetzgebung hat daher zu berücksichtigen, dass die Bedeutung des Soziallastenansatzes dramatisch angestiegen ist. So entfiel noch nach dem GFG 2008, das Gegenstand des mit Urteil vom 19.07.2011 abgeschlossenen Verfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof war, bei einem Gewichtungsfaktor des Soziallastenansatzes von 3,9 ein Volumen von 11,68 % der Schlüsselmasse auf die Bedarfspunkte nach dem Soziallastenansatz. Nur drei Jahre später entfallen dagegen nach Maßgabe des angegriffenen GFG 2011 mit einem Gewichtungsfaktor von 9,6 bereits 24,78 % der Schlüsselmasse auf den Soziallastenansatz.

> Entwicklung Haupt- und Nebenansätze in den Jahren 2003 bis 2012, Eigenberechnung der Gemeinde Reken auf der Grundlage der amtlichen Festsetzungen
> – Anlage 4 –

Dies entspricht einem Anstieg um 112 % in nur drei Jahren. Nach dem aktuellen Stand des Gesetzentwurfs für das GFG 2012

> – LT-Drucks. 15/3402 –

wird auf den Soziallastenansatz infolge seiner verfassungswidrigen Fehlgewichtung ein Anteil von über 31 % der Schlüsselmasse entfallen.

Tatsächlich stellt sich die zunehmende Gewichtung des Soziallastenansatzes jedoch noch dramatischer dar. Denn mit der Zunahme des auf den Soziallastenansatz entfallenden Anteils der Schlüsselzuweisungen geht in einem System kommunizierender Röhren automatisch ein entsprechender Gewichtsverlust des Hauptansatzes einher.

Auf den Hauptansatz entfielen nach dem GFG 2008 noch 76,41 % der Schlüsselmasse, während dies nach dem GFG 2011 noch 65,39 %, nach dem GFG 2012 voraussichtlich nur noch 52,55 % sein werden. Betrug das Verhältnis des Hauptansatzes zum Soziallastenansatz also im Jahr 2008 noch etwa 7:1, ist dieses Verhältnis im Jahr 2011 auf 2,64:1 geschmolzen und wird im Jahr 2012 nur noch 1,69:1 betragen.

Es hat somit in nur drei Jahren eine explosionsartige Gewichtszunahme des Soziallastenansatzes zu Lasten des Hauptansatzes stattgefunden.

Angesichts dieses Gewichts handelt es sich nicht um eine Randkorrekturgröße bei der Ermittlung des Finanzbedarfs, sondern der Soziallastenansatz ist von zentraler Bedeutung für das im Wege des Finanzausgleichs zu verteilende Volumen, so dass er verbreitet bereits als zweiter Hauptansatz qualifiziert wird.

> Vgl. dazu auch die Stellungnahme des Landkreistages NRW vom 20.01.2012 zum Gesetzentwurf des GFG 2012, Stellungnahme 15/1331, S. 18 ff., bes. S. 20.

Systematisch bedingte Schwächen bei der Bestimmung der Soziallasten beeinträchtigen den von Verfassungs wegen geforderten, an sachgerechten Kriterien zu orientierenden Finanzausgleich daher in ganz erheblicher Weise.

Für den Soziallastenansatz nach § 8 Abs. 5 GFG 2011 wird als einziger Indikator die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in der jeweiligen Gemeinde herangezogen.

Dieser Indikator ist indessen evident ungeeignet, die Sozialkosten der Gemeinden sachgerecht und in einer mit dem Grundsatz interkommunaler Gleichbehandlung zu vereinbarenden Weise zu erfassen.

Ein zentraler Mangel des Soziallastenansatzes nach § 8 Abs. 5 GFG 2011 liegt dabei darin begründet, dass er mit dem Alleinindikator Anzahl der Bedarfsgemeinschaften Sozialkosten der Gemeinden zu erfassen sucht, obwohl nicht die Gemeinden, sondern die Kreise Träger der Kosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II sind. Auf den normierten Finanzbedarf der (kreisangehörigen) Gemeinden wirken sich die Sozialkosten des Kreises erst mittelbar aus, weil sich der Kreis vorrangig mittels der Kreisumlage über die ihm angehörenden Gemeinden refinanziert. Die Ermittlung des vermeintlichen Bedarfs der Gemeinden im Sozialbereich erfolgt damit ausgerechnet und ausschließlich über einen Indikator, der außerhalb ihrer unmittelbaren Aufgaben- und Kostenträgerschaft liegt.

Diese Ermittlung des Finanzbedarfs der Gemeinden über die zunächst bei den Kreisen anfallenden Sozialkosten und deren Refinanzierung über die Kreisumlage führt zu ganz erheblichen Umverteilungen und Verzerrungen, die dem Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in mehrfacher und eklatanter Weise widersprechen.

Erhöht sich in einer kreisangehörigen Gemeinde die Anzahl an Bedarfsgemeinschaften, erhält diese über den Soziallastenansatz höhere Schlüsselzuweisungen. Diese werden nur zu einem Bruchteil über die Kreisumlage an den Kreis als Träger der örtlichen

Sozialhilfe abgeführt. Die Steigerung der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften führt in der betreffenden Gemeinde folglich im Ergebnis zu einem finanziellen Zugewinn.

Vgl. *Micosatt*, der gemeindehaushalt 2011, S. 265 (267).

Beim Kreis, dem die Gemeinde angehört, kommt letztlich nur ein erheblich verringerter Prozentsatz der Mehrbedarfszuweisung tatsächlich an. Neben die Tatsache der lediglich partiellen Überleitung der Kosten über die Kreisumlage tritt nämlich zusätzlich der Effekt, dass der entsprechende Kreis im Rahmen des Kreisfinanzausgleichs stärker herangezogen wird. Grundlage dafür ist, dass sich seine Finanzkraft durch die Mehrbedarfszuweisung an die entsprechende Gemeinde insgesamt erhöht hat.

Vgl. *Micosatt*, der gemeindehaushalt 2011, S. 265 (268).

Die Abschöpfung eines erheblichen Prozentsatzes der Mehrbedarfszuweisung benachteiligt den Kreis ohne sachlichen Grund im Vergleich zu kreisfreien Städten, denen aufgrund des Nichteingreifens der dargestellten Umverteilungsmechanismen der volle Betrag zur Verfügung steht und stellt so bereits eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung dar.

Der Kreis kann sein Defizit ausschließlich über einen höheren Umlagesatz refinanzieren. Dies führt allerdings zu einer weiteren Belastung der anderen Gemeinden desselben Kreises, deren tatsächliche Kosten steigen, ohne dass ihr normativ fingierter Bedarf mangels Zunahme eigener Bedarfsgemeinschaften dies erfasst. Diese Gemeinden sind aber bereits dadurch benachteiligt, dass sich aufgrund der Geschlossenheit des Systems der Grundbetrag wegen der Verringerung der Gesamtmasse für die Schlüsselzuweisung durch den höheren Sonderbedarf der Gemeinde mit erhöhter Zahl an Bedarfsgemeinschaften verringert hat.

Vgl. *Micosatt*, der gemeindehaushalt 2011, S. 265 (268).

Zusätzlich zu der verfassungswidrigen, weil von einem sachlichen Grund nicht getragenen Diskriminierung der Kreise im Vergleich zu den kreisfreien Städten bewirkt die Finanzierung über die Kreisumlage eine Umverteilung sozialer Lasten, die der Finanzausgleich nach dem GFG 2011 ignoriert, indem er einerseits einen entsprechend hohen Bedarf bei den Gemeinden mit hoher Zahl an Bedarfsgemeinschaften unterstellt, ohne die Umlagefinanzierung der Leistungen zu berücksichtigen, andererseits die Mitfinanzierung von Soziallasten benachbarter Gemeinden über die Kreisumlage systemwidrig bei der Bedarfsanalyse außer Ansatz lässt.

Dass diese systemimmanenten Verwerfungen bereits innerkreislich zu einer dramatischen Fehlbewertung führen, belegen die Zahlen aus dem Kreis Borken mit großer Deutlichkeit. Die Verwendung des Bedarfsindikators „Anzahl der Bedarfsgemeinschaft“ setzt als Axiom, dass die Kosten pro Bedarfsgemeinschaft jedenfalls im Rahmen zulässiger Pauschalierung vergleichbar sind. Tatsächlich bewirkt aber die Umlagefinanzierung, dass die Kosten pro Bedarfsgemeinschaft um über 100 % auseinanderfallen.

So trägt beispielsweise die Gemeinde Heek unmittelbar bzw. über die Kreisumlage bei 62 Bedarfsgemeinschaften SGB II-Kosten in Höhe von 295.526,02 EUR, während die Gemeinde Gronau für 1.871 Bedarfsgemeinschaften Kosten von 3.689.641,48 EUR aufwendet. Damit trägt die Gemeinde Gronau pro Bedarfsgemeinschaft Kosten von 1.972,02 EUR, die Gemeinde Heek hingegen Kosten von 4.766,55 EUR pro Bedarfsgemeinschaft.

> Kommunale Aufwendungen für Leistungen nach dem SGB II auf der Grundlage der Jahresabrechnung 2009
> – Anlage 5 –

Diese eklatante Verzerrung der tatsächlichen Kosten in Relation zu dem normierten fiktiven Bedarf nach dem GFG 2011 ist keineswegs ein Einzelfall. Auch die Gemeinden Ahaus, Heiden, Legden, Reken, Rhede, Schöppingen, Stadtlohn und Vreden weisen beträchtlich höhere Kosten pro Bedarfsgemeinschaft auf als die Referenzgemeinde Gronau. Für die Gemeinde Heek betragen die tatsächlichen gemeindlichen Kosten pro Bedarfsgemeinschaft 241,7 % der Kosten pro Bedarfsgemeinschaft in der Gemeinde Gronau.

Diese Diskrepanzen zwischen tatsächlichen Kosten und fiktivem Bedarf sind im System eines die Aufgabenträgerschaft ignorierenden Bedarfsindikators angelegt. Mit der explosionsartigen Bedeutungszunahme des Soziallastenansatzes unter gleichzeitiger Zurückdrängung des Hauptansatzes sind indes derart evidente Verzerrungen von tatsächlichem und normativ fingiertem Bedarf verfassungsrechtlich intolerabel. Dies gilt umso mehr, als der Landesgesetzgeber die Verzerrungen ohne weiteres vermeiden könnte und sich zudem zu seinen eigenen Regelungen in Widerspruch setzt.

Auch bei Konzedierung eines entsprechenden Gestaltungsspielraums im Rahmen der Ausgestaltung des Finanzausgleichs „bleibt der Gesetzgeber gehalten, sich um eine möglichst realitätsnahe Ermittlung des Aufwands zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, namentlich der Pflichtaufgaben, zu bemühen“.

> VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 75 (www.justiz.nrw.de) – Hervorhebung hinzugefügt; zum Gebot möglichst realitätsnaher Erfassung von Finanzkraft und Finanzbedarf der Kommunen ebenso BbgVerfG, Urteil vom 16.09.1999, Az. VfG Bbg. 28/98, NVwZ-RR 2000, 129 (131); *F. Kirchhof*, Kommunaler Finanzausgleich: Rechtliche Determinanten und gesetzgeberische Handlungsspielräume, in: F. Kirchhof/H. Meyer (Hrsg.), Kommunaler Finanzausgleich im Flächenbundesland, 1996, S. 25 (25).

Von einer realitätsnahen Erfassung des Aufwands kann indes keine Rede sein, wenn die wahre Kostenlast der einzelnen Gemeinden im Bereich SGB II-Leistungen vom Gesetzgeber ignoriert wird.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 19.07.2011 bereits für das GFG 2008 die eintretenden „systemimmanenten Verzerrungen" im Grundsatz als problematisch erkannt. Ausdrücklich hat er darauf hingewiesen, dass sich diese bei „ansteigende(n) Gewichtungsfaktoren weiter verschärfen" könnten.

> VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 83 (www.justiz.nrw.de).

Dem Gesetzgeber wird ausdrücklich aufgegeben, die aufgezeigten Verteilungsprobleme zu beobachten und bei sich verschärfenden systemimmanenten Verzerrungen eine Revision des Systems anzustreben, die diese Effekte vermeidet oder jedenfalls abmildert.

> VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 83 (www.justiz.nrw.de).

An diesen Anforderungen gemessen, steht außer Frage, dass die Systemverzerrungen im Hinblick auf die Ermittlung des Soziallastenansatzes nach dem GFG 2011 verfassungsrechtlich nicht mehr tolerabel sind.

Inzwischen hat der Soziallastenansatz gemäß § 8 Abs. 5 GFG 2011 einen Faktor von 9,6 erreicht und sich so im Vergleich zum GFG 2008 mehr als verdoppelt. Es kann also kein Zweifel bestehen, dass sich die Verteilungsprobleme verschärft haben und somit die Voraussetzungen erfüllt sind, unter denen das Gericht besonders dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf angenommen hat. Die Verzerrungen, die durch die nicht trägeradäquate Zuweisung verursacht werden, stehen jedenfalls angesichts des nunmehr erreichten Gewichts des fehlerhaft gebildeten Soziallastenansatzes nicht mehr im Ein-

klang mit den verfassungsrechtlichen Grenzen der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs.

Der Verfassungsgerichtshof hat die von ihm erkannten systemimmanenten Verzerrungen im Hinblick auf den Soziallastenansatz nach dem GFG 2008 nur in beschränktem Umfang als noch hinnehmbar angesehen. Die nunmehr im GFG 2011 ganz erheblich verschärften Verzerrungen sind indes keinesfalls unter einem der erwogenen Gesichtspunkte verfassungsrechtlich legitimierbar.

Was die Kreisumlage anbetrifft, hat der Verfassungsgerichtshof in dem Verfahren zum GFG 2008 mehrere Erwägungen angestellt, die allerdings zum Teil nicht die – seinerzeit noch eklatant geringeren – systemimmanenten Verzerrungen im Finanzausgleich infolge der Umlagefinanzierung von Sozialkosten, sondern die Kreisumlage selbst zu legitimieren suchen.

So soll nach der Entscheidung vom 19.07.2011 „eine Teilfinanzierung der Sozialausgaben der Kreise über die Kreisumlage eine differenzierte Kostenbeteiligung der Gemeinden [ermöglichen], die mehr oder weniger Kreiseinrichtungen in Anspruch nehmen, vgl. § 56 Abs. 4 und 5 KrO NRW".

> VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 89 (www.justiz.nrw.de).

Selbst im Anwendungsbereich der Vorschriften, soweit es also um Einrichtungen in dem dort beschriebenen Sinne geht, betreffen die Regelungen allerdings lediglich die Umlagefinanzierung, indem mit einer Pflicht zur Differenzierung Grenzen der solidarischen Finanzierung formuliert werden. Dagegen liefert die Pflicht zur Differenzierung der Kostentragung nach § 56 Abs. 4, 5 KrO keinen Anhalt, warum Bedarfe im Rahmen des Finanzausgleichs unter Durchbrechung der Aufgabenträgerschaft der Kreise bei den Gemeinden erfasst werden, ohne sich an den tatsächlichen Bedarfen infolge der Umlagefinanziertheit von deren Aufwendungen zu orientieren. Aus § 56 KrO NRW und insbesondere dessen Absätzen 4 und 5 folgt demnach nicht, dass die Auswirkungen der Kreisumlage auf die tatsächliche Kostenlast der Gemeinden systemwidrig unberücksichtigt bleiben dürften.

Auch wenn man das Argument der differenzierten Kostenbeteiligung vom Ansatz her auch im Rahmen des Finanzausgleichs für berücksichtigungsfähig hielte, vermag der Hinweis auf § 56 Abs. 4 und 5 KrO NRW aber keinesfalls zu erklären, warum der gesamte Soziallastenansatz mit seinem Alleinindikator „Anzahl der Bedarfsgemeinschaften" mit systemimmanenten Verzerrungen, also bewusst fehlerhaft, erfasst wird.

Nach § 56 Abs. 4 Satz 1 KrO NRW muss der Kreistag eine ausschließliche Belastung oder eine nach dem Umfang differenzierte Belastung von Kreisteilen beschließen, wenn Einrichtungen des Kreises ausschließlich, in besonders großem oder in besonders geringem Maße einzelnen Teilen des Kreises zustatten kommen. Zu derartigen Einrichtungen gehört begrifflich „die Vereinigung persönlicher und sachlicher Mittel in der Hand des Kreises zur dauernden Wahrnehmung öffentlicher Zwecke, wobei die öffentliche Sache, die benutzt oder mit der eine Verwaltungsleistung erbracht wird, im Vordergrund steht".

> *Klieve*, in: Held/Becker/Decker/Krämer/Wansleben/Winkel, Kommunalverfassungsrecht NRW, Kommentar, Loseblatt, Stand: Juni 2011, § 56 KrO Erl. 5.2; OVG NRW, Urteil vom 23. 4. 2002, Az. 15 A 5295/00, NVwZ-RR 2002, 864 (865).

§ 56 Abs. 5 KrO NRW trifft eine Sonderregelung in Abweichung des Ausgleichsprinzips der Kreisumlage,

> – so zutreffend *Klieve*, in: Held/Becker/Decker/Krämer/Wansleben/Winkel, Kommunalverfassungsrecht NRW, Kommentar, Loseblatt, Stand: Juni 2011, § 56 KrO Erl. 6.1 –

indem sie die einheitliche Berücksichtigung der durch die Aufgabe des Jugendamtes verursachten Aufwendungen bei der Kreisumlage ausschließlich für kreisangehörige Gemeinden verlangt, die über kein eigenes Jugendamt verfügen.

In Bezug auf die SGB II-Kosten kommt die Option – genau genommen die Pflicht – der differenzierten Kostenbeteiligung aufgrund der Nichterfüllung der gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen folglich von vornherein nicht in Betracht.

Die systemimmanenten Verwerfungen, die in gewichtigen Bereichen der Sozialkosten und insbesondere in dem Segment der SGB II-Kosten, auf deren Abbildung der Alleinindikator der Bedarfsgemeinschaften zielt, in Kauf genommen werden, können über die insoweit nicht einschlägigen § 56 Abs. 4, 5 KrO NRW somit nicht legitimiert werden. Einer der Aufgabenträgerschaft im Bereich der Sozialkosten Rechnung tragenden Ausgestaltung stehen die Regelungen mit ihrem eingeschränkten Anwendungsbereich nicht entgegen.

Es kann auch keine Rede davon sein, dass es dem Finanzausgleichsgesetzgeber nicht möglich wäre, einen gesonderten Bedarf auf Kreisebene bzw. durch Bildung einer entsprechenden Teilschlüsselmasse zu ermitteln.

So sehen eine Erfassung der SGB II-Kosten unmittelbar bei den (Land-)Kreisen bzw. kreisfreien Städte alle vergleichbaren Flächenländer vor (vgl. § 21 FAG BW; Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 FAG Bay.; § 23a FAG Hess.; § 7 FAG Nds.; § 11 Abs. 4 Nr. 3 FAG R-P; § 7 FAG S-A; § 23 Abs. 3 FAG Thür.).

Im Ländervergleich zeigt sich insbesondere deutlich, dass der Einwand, der fiktive Bedarf sei nur mit Schwierigkeiten zu ermitteln, nicht durchgreift. Die Ermittlung des Bedarfs im Bereich der SGB II-Kosten auf Kreisebene könnte sich nämlich ohne weiteres auch an den tatsächlichen Kosten orientieren.

Dies trüge zugleich dem Umstand Rechnung, dass die SGB II-Leistungen und damit im Wesentlichen auch deren Kosten in hohem Maße gesetzesdeterminiert sind.

So wird in Sachsen-Anhalt (§ 7 Abs. 1 FAG S-A) und Thüringen (§ 23 Abs. 1 FAG Thür.) für die Finanzierung der Ausgaben im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II eine zusätzliche Teilschlüsselmasse zur Verfügung gestellt. Der Anteil, der dem jeweiligen Landkreis bzw. der jeweiligen kreisfreien Stadt zusteht, bestimmt sich dabei durch den Anteil an der Summe der Nettoausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaftsgruppe in der Jahresrechnungsstatistik des vorvergangenen Jahres (§ 7 Abs. 2 FAG S-A) bzw. anhand des ungedeckten Finanzbedarfs des einzelnen kommunalen Trägers betreffend Aufwendungen für Leistungen für Unterkunft und Heizung im Verhältnis zum ungedeckten Finanzbedarf aller Träger (§ 23 Abs. 2 FAG Thür.).

> § 7 Abs. 1, 2 FAG S-A
> (1) Zum Ausgleich der Zusatzbelastung bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbstätige nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch erhalten die Landkreise eine besondere Ergänzungszuweisung in Höhe von 17 287 067 Euro für das Haushaltsjahr 2012. Die kreisfreien Städte erhalten 6 382 971 Euro für das Haushaltsjahr 2012. Zur Aufstockung erhalten im Haushaltsjahr 2012 die Landkreise zusätzlich 18 922 788 Euro und die kreisfreien Städte zusätzlich 7 720 305 Euro.
> (2) Dabei entspricht der Anteil der Ergänzungszuweisung für den jeweiligen Landkreis und die jeweilige kreisfreie Stadt dem Anteil an der Summe der Nettoausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaftsgruppe

der Jahresrechnungsstatistik des vorvergangenen Jahres. Die Auszahlung erfolgt in Raten zum 10. der Monate Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember eines jeden Kalenderjahres.

§ 23 Abs. 1, 2 FAG Thür.
(1) Zum Ausgleich ihrer Belastungen für die Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) in der Fassung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850) in der jeweils geltenden Fassung erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte als besondere Ergänzungszuweisung einen Betrag von 197 000 000 Euro.
(2) Der nach Absatz 1 den Landkreisen und kreisfreien Städten zuzuweisende Betrag wird nach Maßgabe des ungedeckten Finanzbedarfs des einzelnen kommunalen Trägers verteilt. Der ungedeckte Finanzbedarf des einzelnen kommunalen Trägers bestimmt sich nach den Aufwendungen für Leistungen für Unterkunft und Heizung, gemindert um die Entlastungen im Rahmen der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige. Verteilungsmaßstab für die besondere Ergänzungszuweisung nach Absatz 1 ist der ungedeckte Finanzbedarf eines örtlichen Trägers im Verhältnis zum ungedeckten Finanzbedarf aller Träger, vervielfältigt um den Betrag der besonderen Ergänzungszuweisung nach Absatz 1.

Der Ausgleich der Ausgabenbelastung für Leistungen nach dem SGB II erfolgt in Niedersachsen (§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FAG Nds.) in Form einer fiktiven Erhöhung der Einwohnerzahl des Landkreises oder der kreisfreien Stadt. Für die Ermittlung der Einwohnerzahl wird die tatsächliche Ausgabenbelastung des jeweiligen Landkreises oder der jeweiligen kreisfreien Stadt mit der Ausgabenbelastung aller Landkreise und kreisfreien Städte in Beziehung gebracht. Dabei wird die Ausgabenbelastung nach dem Durchschnitt der Ausgaben der letzten beiden vorvergangenen Haushaltsjahre ermittelt (§ 7 Abs. 3 FAG Nds.).

§ 7 Abs. 1, 3 FAG Nds.
(1) [1] Der Bedarfsansatz ergibt sich aus der Einwohnerzahl des Landkreises oder der kreisfreien Stadt, erhöht um zusätzliche Einwohnerzahlen zur Berücksichtigung der Ausgabenbelastungen
1. für die Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuchs und die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs sowie [...]
[2] Die zusätzliche Einwohnerzahl für die Ausgabenbelastungen nach Satz 1 Nr. 1 ergibt sich aus der Vervielfältigung des Einwohnererhöhungswertes (Absatz 2 Satz 1) mit der Verhältniszahl, die sich aus dem

Verhältnis der nach Absatz 3 ermittelten Ausgabenbelastung des Landkreises oder der kreisfreien Stadt zur nach Absatz 3 ermittelten Ausgabenbelastung aller Landkreise und kreisfreien Städte errechnet. [3] Die zusätzliche Einwohnerzahl für die Ausgabenbelastungen nach Satz 1 Nr. 2 ergibt sich aus der Vervielfältigung des Einwohnererhöhungswertes (Absatz 2 Satz 2) mit der Verhältniszahl, die sich aus dem Verhältnis der Fläche des Landkreises oder der kreisfreien Stadt am 31. Dezember des Vorvorjahres zu der Fläche aller Landkreise und kreisfreien Städte zum selben Stichtag errechnet.

(3) Die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 genannte Ausgabenbelastung wird nach dem Durchschnitt der Ausgaben der letzten beiden vorvergangenen Haushaltsjahre für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 genannten Leistungsarten jeweils nach Abzug der Einnahmen bei diesen Leistungsarten sowie der Leistungen des Landes nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs ermittelt.

In Baden-Württemberg (§ 21 Abs. 1 FAG BW), Bayern (Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 Satz 1, Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1 FAG Bay.) und Rheinland-Pfalz (§ 11 Abs. 4 Nr. 3 Satz 1 FAG R-P) wird die Verpflichtung der Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte und Landkreise für die Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Form eines Ergänzungsansatzes berücksichtigt, durch den eine überdurchschnittliche Belastung prozentual ausgeglichen wird. Nach § 21 Abs. 2 FAG BW sind dabei die Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende der Stadt- und Landkreise im zweitvorangegangenen Jahr nach der Rechnungsstatistik Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Ergänzungszuweisungen. Die Bestimmung der überdurchschnittlichen Belastung in Bayern bzw. Rheinland-Pfalz erfolgt anhand einer Gegenüberstellung der reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II mit denen im Landesdurchschnitt (Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2, Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 FAG Bay.) bzw. der nicht gedeckten Auszahlungen der Produktgruppe 312 (Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch) nach dem Produktrahmenplan, soweit hierauf ein Rechtsanspruch besteht (§ 11 Abs. 4 Nr. 3 Satz 2 FAG R-P).

§ 21 Abs. 1, 2 FAG BW

(1) Stadtkreise, deren Sozialhilfenettoausgaben und Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende je Einwohner den Landesdurchschnitt (Stadt- und Landkreise) übersteigen, erhalten jährlich Zuweisungen in Höhe von 30 vom Hundert des übersteigenden Betrags. Landkreise, deren Sozialhilfenettoausgaben und Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende je Einwohner den Landkreisdurchschnitt übersteigen, erhalten jährlich Zuweisungen in Höhe von 40 vom Hundert des übersteigenden Betrags.

Unberücksichtigt bleiben die Ausgaben, die in den Ausgleich nach § 22 Absatz 2 Nummer 1 einbezogen werden.
(2) Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Zuweisungen nach Absatz 1 sind die Sozialhilfenettoausgaben und die Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende der Stadt- und Landkreise als örtliche Träger der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsuchende im zweitvorangegangenen Jahr nach der Rechnungsstatistik. Für die Einwohnerzahl gilt § 30 Abs. 1 mit der Maßgabe, dass die Einwohnerzahl am 30. Juni des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend ist.

Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 FAG Bay.
(1) Die Ausgangsmesszahl wird gefunden, indem die folgenden Ansätze nach der Einwohnerzahl zusammengerechnet und mit dem nach Art. 2 Abs. 3 festgesetzten Grundbetrag vervielfältigt werden; hierbei werden für die Ermittlung der Ausgangsmesszahl und des Hauptansatzes nach Nr. 1 die Personen mit Nebenwohnung sowie drei Viertel der Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehöriger in der Gemeinde der Einwohnerzahl der Gemeinde zugerechnet: [...]
4. Ein Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende
[1] Kreisfreie Gemeinden erhalten einen Ergänzungsansatz für ihre Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende. [2] Die Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt sich aus dem Verhältnis der Aufwendungen einer kreisfreien Gemeinde nach Satz 3 zu ihren Umlagegrundlagen (Art. 21 Abs. 3). [3] Als Aufwendungen werden berücksichtigt

- die reinen Ausgaben nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 88 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) in der jeweils geltenden Fassung und
- die reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG und abzüglich der Zuweisungen nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 AGSG. [4] Der Ergänzungsansatz beträgt das Zweieinhalbfache der Summe der Prozentpunkte, die sich aus 75 v.H. der über dem landesdurchschnittlichen Belastungssatz der kreisfreien Gemeinden und Landkreise liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende und 25 v.H. der dem Landesdurchschnitt entsprechenden oder darunter liegenden Belastung

durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt. [5] Er wird dem Vomhundertsatz des Hauptansatzes hinzugerechnet.

§ 11 Abs. 4 Nr. 3 FAG R-P
(4) Zum Ausgleich besonderer Belastungen wird die Einwohnerzahl nach dem Hauptansatz durch folgende Leistungsansätze ergänzt:
3. Ansatz für Soziallasten
Der Ansatz wird Landkreisen und kreisfreien Städten gewährt, deren Belastungen durch Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und durch Grundsicherung für Arbeit Suchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch im vorvergangenen Haushaltsjahr zusammen im Verhältnis zur Einwohnerzahl den Landesdurchschnitt übersteigt. Der Ansatz beträgt für jeden Prozentpunkt, der über dem Landesdurchschnitt liegt, 2,5 v. T. der Einwohnerzahl. Belastungen im Sinne des Satzes 1 sind die anderweitig nicht gedeckten Auszahlungen der Produktgruppen 311 (Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch) und 312 (Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch) nach dem Produktrahmenplan, soweit hierauf ein Rechtsanspruch besteht; die Erstattungen der kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden werden einbezogen.

Angesichts dieser dargelegten Regelungen in zahlreichen anderen Bundesländern können Mängel des vom nordrhein-westfälischen Gesetzgeber gewählten, das Gebot realitätsnaher Bedarfsermittlung verfehlenden Ausgleichsmaßstabs nicht damit gerechtfertigt werden, dass ein verfassungsgemäßer Maßstab nicht zur Verfügung stünde.

Soweit weiter für die teilweise Finanzierung von Sozialausgaben über die Kreisumlage das Argument angeführt worden ist, dies gewährleiste „eine ortsnahe politische Auseinandersetzung, die einer Verfestigung ungewünschter sozialer Strukturen entgegenwirken“ könne,

VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 82 (www.justiz.nrw.de).

vermag auch diese Überlegung nicht zu begründen, warum der Soziallastenansatz erkannte Systemverzerrungen großen Ausmaßes in Kauf nimmt.

Im Gegenteil wird die „ortsnahe politische Auseinandersetzung“ umso besser sichergestellt, je präziser die Kosten an der Stelle und in der Höhe ihres tatsächlichen Anfallens

erfasst werden. Zu einer ortsnahen politischen Auseinandersetzung leistet eine systemimmanente Diskrepanz zwischen fiktivem und realem Bedarf keinen Beitrag.

Die Fehlerfassung des Bedarfs der Gemeinden im Bereich des Soziallastenansatzes wird in ihren Auswirkungen dadurch potenziert, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als Alleinindikator pars pro toto die gesamten gemeindlichen Soziallasten abbilden soll. Durch die Exklusivität des Indikators werden Schwächen im Bereich der Erfassung der SGB II-Kosten in etwa verdreifacht.

Mit Blick auf die Verzerrungen durch die nicht trägeradäquate Erfassung der Sozialkosten einerseits und die vervielfachte Bedeutung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften wegen ihrer Auswahl als Alleinindikator ist bereits wiederholt der Einwand erhoben worden, dass dies geradezu zu Fehlanreizen führen könne, da Gemeinden von einer Steigerung der Anzahl ihrer Bedarfsgemeinschaften gemäß SGB II zum Nachteil des Kreises und der sonstigen kreisangehörigen Gemeinden mit geringerer Zahl an Bedarfsgemeinschaften im Ergebnis profitieren.

> *I. Deubel*, Mehr Gerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich?, GFG-Gutachten 2011, S. 82; Abschlussbericht *Haastert*, Kommunaler Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen, Abschlussbericht vom 09.05.2011, S. 3, 7.

Das Profitieren einzelner Gemeinden mit einer hohen Anzahl an Bedarfsgemeinschaften ist wegen der fehlenden Aufgaben- und exklusiven Finanzierungszuständigkeit der Gemeinden eine gleichermaßen sachwidrige wie vermeidbare Fehlerfassung des tatsächlichen Bedarfs und verstößt damit gegen das Willkürverbot. Der finanzielle Zugewinn durch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Bedarfsgemeinschaften geht zudem zugleich auf Kosten der Gemeinden, die bei eigener geringer Anzahl an Bedarfsgemeinschaften über die Kreisumlage erheblich mehr Ausgaben mitfinanzieren, als ihnen fiktiv als vermeintlicher Bedarf zugerechnet wird. Damit verstößt der fehlerhaft strukturierte Ansatz gegen das Verbot der Nivellierung/Übernivellierung, indem er die Finanzkraftunterschiede der Gemeinden unter Missachtung der tatsächlichen Kostenbelastung verschiebt.

Ungleichheiten dürfen im Wege des kommunalen Finanzausgleichs lediglich abgemildert, nicht jedoch beseitigt werden.

> Vgl. VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 67 (www.justiz.nrw.de); VerfGH NRW, Urteil vom 01.12.1998,

> Az. VerfGH 5/97, NWVBl. 1999, 136 (138); zustimmend BbgVerfG, Urteil vom 16.09.1999, Az. VfG Bbg. 28/98, NVwZ-RR 2000, 129 (131); zum Einebnungsverbot im Wege des Finanzausgleichs gleichsinnig BVerfG, Urteil vom 24.06.1986, Az. 2 BvF 1, 5, 6/83, 1/84 und 1, 2/85, BVerfGE 72, 330 (398); BVerfG, Urteil vom 27.05.1992, Az. 2 BvF 1, 2/88, 1/89, 1/90, BVerfGE 86, 148 (215).

Teil des verfassungsgeschützten Selbstverwaltungsrechts ist „das Recht zum finanziellen ‚Anderssein'".

> *F. Kirchhof*, Kommunaler Finanzausgleich: Rechtliche Determinanten und gesetzgeberische Handlungsspielräume, in: F. Kirchhof/H. Meyer (Hrsg.), Kommunaler Finanzausgleich im Flächenbundesland, 1996, S. 25 (25).

Die Entscheidung des Gesetzgebers, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften trotz ihrer evidenten Ungeeignetheit als Indikator für den normierten fiktiven Finanzbedarf im Bereich der Soziallasten heranzuziehen, ist zudem aus einem weiteren Grunde fehlerhaft. Mit der Regelung setzt sich der Gesetzgeber nämlich in einen eklatanten Widerspruch zu seiner Regelung im AG-SGB II NRW und dem Telos der dort getroffenen Vorgaben.

Wie dargelegt, liegt die gesetzliche Aufgabenträgerschaft und infolgedessen Finanzierungszuständigkeit für die SGB II-Kosten grundsätzlich gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Dies führt zu den aufgezeigten Verzerrungen, weil die Gemeinden danach nur mittelbar über die Kreisumlage zur Finanzierung beitragen, deren Bemessung jedoch unabhängig von der Anzahl der „eigenen" Bedarfsgemeinschaften in der jeweiligen Gemeinde ist.

Zu den extremen Verwerfungen in dem dargelegten Umfang von bis zu 241 % kommt es, obwohl in Nordrhein-Westfalen partiell eine „Spitzabrechnung" der SGB II-Kosten erfolgt. Bliebe es hingegen bei der Ausgangslage, die der gesetzlichen Aufgabenträgerschaft entspricht, wären die Unterschiede sogar noch eklatanter.

> Vgl. nochmals die Übersicht Kommunale Aufwendungen für Leistungen nach dem SGB II auf der Grundlage der Jahresabrechnung 2009 – Anlage 5 – .

Nach dem Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW) vom 16. Dezember 2004 (GVBl. NRW

S. 821), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2010 (GVBl. NRW 2010 S. 692), wird nun dieser Effekt partiell modifiziert. Nach § 5 Abs. 5 AG-SGB II NRW tragen bei einer Heranziehung nach Absatz 2 die Gemeinden 50 vom Hundert der Aufwendungen für kommunale Leistungen nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch. Abweichend von Satz 1 können zugelassene Kreise durch Satzung im Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden eine andere quotale Verteilung der Aufwendungen bestimmen, wenn die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an den Aufwendungen 50 vom Hundert nicht überschreitet. Die Kreise können durch Satzung einen Härteausgleich festlegen, wenn infolge erheblicher struktureller Unterschiede im Kreisgebiet die Beteiligung kreisangehöriger Gemeinden an den Aufwendungen für diese zu einer erheblichen Härte führt. Abweichend von Satz 1 und Satz 2 können zugelassene Kreise und kreisangehörige Gemeinden eine andere Verteilung der Aufwendungen vereinbaren.

Beim Kreis Borken handelt es sich um eine der sog. Optionskommunen, also einen zugelassenen Kreis im Sinne von § 6a SGB II. Der Kreis Borken hat im Benehmen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden den Gemeinden zur Entscheidung im eigenen Namen die Durchführung von ihm obliegenden Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II nach Maßgabe der §§ 2 ff. der entsprechenden Delegationssatzung des Kreises Borken übertragen.

Es greift daher die Kostenregelung des § 5 Abs. 5 AG-SGB II NRW in Verbindung mit dessen Absatz 2. Eine satzungsmäßige Härtefallausgleichsregelung gem. § 5 Abs. 5 Satz 3 AG-SGB II NRW existiert im Kreis Borken nicht.

Betrachtet man nun die Entstehungsgeschichte der Regelungen im nordrhein-westfälischen Ausführungsgesetz zum SGB II, zeigt sich deutlich, dass die systemwidrige Ausgestaltung des Soziallastenansatzes im GFG 2011 dem Regelungszweck des § 5 Abs. 5 AG-SGB II NRW diametral zuwiderläuft.

§ 5 Abs. 5 AG-SGB II NRW in seiner heutigen Fassung geht auf ein Änderungsgesetz des AG-SGB II NRW aus 2007 zurück, in dem Satz 2 der Vorschrift zu den Optionskommunen neu gefasst wurde.

> Vgl. Gesetzentwurf der Landesregierung vom 23.04.2007, LT-Drucks. 14/4208.

Der grundlegende Inhalt dieses Absatzes war bereits im Änderungsgesetz zum AG-SGB II NRW aus dem Jahr 2006 enthalten, namentlich die 50/50-Regelung (inkl. Härte-

ausgleichsmöglichkeit) sowie ein erster Ansatz für eine Abweichung bei den Optionskommunen.

> Vgl. Gesetzentwurf der Landesregierung vom 17.01.2006, LT-Drucks. 14/1072; anders noch Gesetzentwurf der Landesregierung vom 14.09.2004, LT-Drucks. 13/5953.

Die Grundidee einer 50/50-Teilung zwischen Kreis und Gemeinden geht hingegen bereits zurück auf ein früheres Gesetzesvorhaben zum AG-BSHG NRW im Jahr 1999. Der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund brachten im Rahmen der Gesetzesberatungen zu diesem Gesetz einen solchen Vorschlag ein, der allerdings zunächst im Gesetz 1999 noch nicht realisiert wurde. Bereits im Jahr 2000 wurde der Vorschlag im Rahmen des 2. Modernisierungsgesetzes jedoch auch vom Landtag aufgegriffen und vom Gesetzgeber beschlossen.

> Vgl. Stellungnahme des Landkreistages zum 1. ModernG vom 15.04.1999, Zuschrift 12/2853, und Gesetzentwurf der Landesregierung zum 2. ModernG vom 20.09.1999, LT-Drucks. 12/4320, S. 157 unter ausdrücklicher Inbezugnahme des Vorschlags von Landkreistag und Städte- und Gemeindebund sowie die Entschließung des Landtags LT-Drucks. 12/4024.

Diese Regelung zielt darauf ab, mittels Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung der Gemeinden letztlich die gesamten Sozialhilfeaufwendungen zu senken. Denn durch die Kostentragung wird der aufgabenwahrnehmenden Gemeinde, die selbst nicht die (Letzt-) Verantwortung für die Erfüllung trägt, ein besonderer Anreiz gegeben, wirtschaftlich und sparsam zu handeln. Damit wird den Gemeinden die Möglichkeit nahegelegt, selbstständig auf den Leistungs- und zugleich Ausgabenumfang zu eigenen Gunsten einzuwirken.

> Vgl. Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung vom 17.01.2006, LT-Drucks. 14/1072, S. 10: „sachgerecht, da durch die Leistungsgewährung aus einer Hand [...] auch der kreisangehörige Bereich durch Aufgabenwahrnehmung im eigenen Namen für eine effektive Umsetzung des SGB II Sorge tragen und dadurch Einfluss auf die Entwicklung der Fallzahlen nehmen kann."

Dies entspricht der Zwecksetzung, die bereits der Landkreistag in seiner Stellungnahme zum 1. ModernG vom 15.04.1999 formuliert hatte.

> LT-Drucks 12/2853, S. 22: „Eine Interessenquote von 50 % [...] stellt eine sachgerechte Lösung dar, um den Zielen Rechnung zu tragen, die Eigenverantwortung der Gemeinden zu stärken und gleichzeitig die Ausgleichsfunktion der Kreise und Kreisumlage zu bewahren."

Wenn aber die Abweichung von der reinen Umlagefinanzierung mittels der Kreisumlage bei einer Heranziehung der Gemeinden zur Aufgabenwahrnehmung gerade dem Zweck dient, einen finanziellen Anreiz zu schaffen, dass die Gemeinden von einer Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften auch unmittelbar profitieren, so wird dieses Regelungsanliegen durch das GFG 2011 konterkariert. Denn infolge der Orientierung des Soziallastenansatzes an der bloßen Anzahl der Bedarfsgemeinschaften bleiben die höheren Kosten der Gemeinden mit niedrigen Fallzahlen infolge der Umlagefinanzierung außer Betracht, während die Gemeinden mit hohem Anteil an Bedarfsgemeinschaften sogar bessergestellt werden. Damit hebelt das Gemeindefinanzierungsgesetz den Effekt aus, auf den das AG-SGB II NRW zielt. Tatsächlich beträgt die gegenläufige Wirkung aufgrund § 8 Abs. 5 GFG 2011 sogar ein Mehrfaches des vom AG-SGB II NRW intendierten Effekts, weil die Zahl der Bedarfsgemeinschaften als Alleinindikator für alle Bereiche gemeindlicher Soziallasten dient.

Damit missachtet die ohne sachlichen Grund erfolgende fehlerhafte und übernivellierende Kompensation aber nicht nur die verfassungsrechtlichen Grenzen der Finanzausgleichsgesetzgebung. Der Gesetzgeber verstößt vielmehr gegen das Gebot der Folgerichtigkeit, indem er ein von ihm geschaffenes System mit einem bestimmten Regelungszweck durch gegenläufig wirkende Bestimmungen konterkariert.

Das rechtsstaatliche Gebot der Widerspruchsfreiheit gilt grundsätzlich für die gesamte Rechtsordnung, also auch im Verhältnis von Normen unterschiedlicher Normgeber.

> BVerfG, Urteil vom 07.05.1998, 2 BvR 1876/91, 1083, 2188, 2200/92, 2624/94, BVerfGE 98, 83 (97); BVerfG, Urteil vom 07.05.1998, 2 BvR 1991, 2004/95, BVerfGE 98, 106 (118 ff.); *Grzeszick*, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, Loseblatt, Stand: Oktober 2011, Art. 20 Rdnr. 56; *Robbers*, in: Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblatt, Stand: Februar 2012, Art. 20 Rdnr. 2323 ff.; *Sachs*, in: Sachs, Grundgesetz Kommentar, 6. Aufl. 2011, Art. 20 Rdnr. 125; *Schulze-Fielitz*, in: Dreier, Grundgesetz-Kommentar, Band II, 2. Aufl. 2006, Art. 20 (Rechtsstaat) Rdnr. 141; *Sommermann*, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, Grundgesetz, Band II, 6. Aufl. 2010, Art. 20 Rdnr. 298 f.

Erst recht ist der jeweilige Gesetzgeber verpflichtet, Normwidersprüche innerhalb seiner Regelungszuständigkeit zu vermeiden.

Im Anwendungsbereich gleichheitsrechtlicher Relationen ist der Gesetzgeber verpflichtet, system- und folgerichtige Regelungen zu treffen. Ein von ihm geschaffenes System darf er nur aus einem tragfähigen Grund verlassen.

Da Grenze des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums im Finanzausgleich der Grundsatz interkommunaler Gleichbehandlung ist, hat die Rechtsprechung die Bedeutung einer systemkonformen Regelung für diesen Bereich besonders hervorgehoben.

> VerfGH NRW, Urteil vom 16.12.1988, Az. VerfGH 9/87, OVGE 40, 300 (302); VerfGH NRW, Urteil vom 06.07.1993, Az. VerfGH 9, 22/92, OVGE 43, 252 (254 f.); VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (284); VerfG MV, Urteil vom 30.06.2011, Az. 10/10, Rdnr. 53 (juris).

Systemabweichungen indizieren einen Gleichheitsverstoß.

> VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (284); VerfG MV, Urteil vom 30.06.2011, Az. 10/10, Rdnr. 53 (juris).

Wahl des Alleinindikators Bedarfsgemeinschaften für den Soziallastenansatz

Leidet bereits die Ermittlung des fiktiven Finanzbedarfs der Gemeinden über den Indikator Bedarfsgemeinschaften für sich genommen an den dargelegten grundlegenden Systemfehlern, erweist sich auch die Wahl des Indikators als mit den Vorgaben der Landesverfassung unvereinbar.

Wie bereits die Bezeichnung Soziallastenansatz zum Ausdruck bringt, soll der sog. „Nebenansatz“ nicht nur SGB II-Kosten, sondern die besonderen sozialen Lasten der Gemeinden insgesamt bedarfsmäßig erfassen. Eine ausschließliche Fokussierung auf Kosten nach dem SGB II verböte sich zudem von vornherein, weil es in diesem Fall eindeutig zu einer Überkompensation käme, eine Gemeinde also pro Bedarfsgemeinschaft deutlich mehr erhielte, als ihr an Kosten entstehen.

Wenn eine derartige Überkompensation im engeren Sinne nicht stattfindet, hat dies also seinen Grund allein darin, dass der Soziallastenansatz den Finanzbedarf der Gemeinden insgesamt erfassen soll.

LT-Drucks. 15/1002, S. 63.

Die Kostenbelastung, die die Gemeinden – mittelbar – im Bereich der SGB II-Kosten zu schultern haben, macht jedoch nur ca. 35 % der Soziallasten aus.

Insgesamt weist das Statistische Bundesamt in seiner Statistik „Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte – Eckwerte der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Ländern“ (Stand März 2011) hinsichtlich des Landes Nordrhein-Westfalen für das Basisjahr 2009 „Soziale Leistungen“ von 11,675 Milliarden EUR aus.

Statistische Bundesamt, Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte – Eckwerte der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Ländern (Stand März 2011)
– Anlage 6 –

Die Statistik von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) verzeichnet im Produktbereich 57 „Soziale Leistungen u.Ä.“ im Jahr 2009 Ausgaben von 12,394 Milliarden EUR.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen, Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009, Gemeinden / GV insgesamt
– Anlage 7 –

Dieser Gesamtbetrag der Sozialen Leistungen auf kommunaler Ebene ist in den letzten Jahren zudem vergleichsweise moderat angestiegen, nämlich um 1,7 % (2007), 3,5 % (2008) bzw. 4,7 % (2009).

Insgesamt werden die sozialen Lasten der Gemeinden durch verschiedene gewichtige Kostenbereiche geprägt. Dazu zählen neben den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gem. §§ 53 ff.

SGB XII sowie Leistungen zur Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung gem. §§ 41 ff. SGB XII.

Über die verfassungs- und systemwidrigen Verzerrungen hinaus, welche die nicht trägeradäquate Orientierung an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften bereits für sich genommen im Bereich der SGB II-Kosten verursacht, wäre die Verwendung des (Allein-) Indikators Bedarfsgemeinschaften allenfalls dann mit dem Willkürverbot vereinbar, wenn sich die Höhe der Soziallasten der Gemeinden insgesamt proportional zu der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften verhielte. Dabei ist hervorzuheben, dass eine hinreichend verlässliche Korrelation zwischen den Gesamtkosten Soziales und der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (nicht etwa hinsichtlich der SGB II-Kosten, die die Gemeinden mittelbar über die Kreisumlage mitfinanzieren) bestehen müsste, weil allein diese Anzahl der Bedarfsgemeinschaften systemwidrig vom Gesetzgeber in § 8 Abs. 5 GFG 2011 als Anknüpfungspunkt für die Bemessung des Soziallastenansatzes bestimmt wird.

Ein derartiger Schluss von der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf die Sozialkosten einer Gemeinde insgesamt ist jedoch nicht zu ziehen und damit willkürlich. Denn die Kosten in anderen zentralen Bereichen der Sozialkosten der Gemeinden entwickeln sich keineswegs auch nur annähernd parallel zu der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften.

Vorbehaltlich des sogleich zu erbringenden statistischen Nachweises erscheint die Hypothese, die Kosten etwa der Jugendhilfe oder der Leistungen für Menschen mit Behinderungen seien abhängig von der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, von vornherein sachwidrig, nicht zuletzt weil die demographische Struktur der Gemeinde nachhaltige Unterschiede in den jeweiligen Kostenblöcken verursacht. Es ist schon soziologisch kein Grund ersichtlich, weshalb die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Sinne von § 7 Abs. 3 SGB II, was insbesondere einen im Sinne des § 8 SGB II erwerbsfähigen Leistungsberechtigten voraussetzt, mit den Leistungen für Kinder und Jugendliche, der Grundsicherung im Alter oder den Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte korrelieren sollte.

Fehlende Korrelation Anzahl Bedarfsgemeinschaften / übrige Kostenblöcke Soziallasten

Dass das Verhältnis der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften verschiedener Gemeinden nicht das entsprechende Verhältnis anderer Kostenbereiche widerspiegelt, zeigen mit großer Deutlichkeit die Statistischen Angaben des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen für wesentliche Aufgaben im Bereich der Soziallasten, wie namentlich die Jugendhilfe oder die Leistungen für Schwerhinderte.

Die fehlende Korrelation ist evident im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gem. §§ 53 ff. SGB XII. So verzeichnet IT.NRW zum 31.12.2009 im Kreis Recklinghausen 54.061 Schwerbehinderte Menschen gegenüber 30.996 Schwerbehinderten Menschen im Kreis Borken.

> Zahlen nach IT.NRW, Kommunalprofil: Schwerbehinderte Menschen nach Geschlecht und Art der schwersten Behinderung für kreisfreie Städte und Kreise 31.12.2009 (Stand 1.3.2012)
> – Anlage 8 –

Das Verhältnis der Schwerbehinderten in den Kreisen Recklinghausen bzw. Borken betrug also 1,74 zu 1.

Dagegen lag ausweislich der Statistik der Bundesagentur für Arbeit die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2009 im Kreis Recklinghausen bei 35.400 und im Kreis Borken bei 9.353.

> Bundesagentur für Arbeit, Statistik Bedarfsgemeinschaften und Personen in Bedarfsgemeinschaften. Deutschland nach Ländern und Kreisen, Berichtsmonat: Dezember 2009
> – Anlage 9 –

Das Verhältnis der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Recklinghausen zu der im Kreis Borken betrug hier also 3,785 zu 1. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Vergleich der Kreise übersteigt also die Zahl der schwerbehinderten Menschen relativ um 117,5 %.

Diese fehlende Korrelation der Leistungen für Menschen mit Behinderungen zu der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften bestätigt sich, wenn man die entsprechenden Ausgaben in den Blick nimmt. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass auch die gemeindlichen Leistungen für Behinderte nicht unmittelbar, sondern erst nach ggf. zweifacher Mediatisierung zu erfassen sind, soweit die Aufgabenträgerschaft bei den Landschaftsverbänden liegt, die sich vornehmlich über die Landschaftsumlage der Kreise finanzieren, die ihrerseits über die Kreisumlage auf die ihnen zugehörigen Gemeinden zurückgreifen. Insoweit bekräftigen die Ausgaben der Kreise für die Landschaftsumlage gemäß den Haushaltsansätzen der Kreise Recklinghausen und Borken die vorstehend beschriebene Ausgabenrelation.

Der Kreis Recklinghausen sieht in seinem Produktplan 2009 für die Umlage zur Finanzierung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL-Umlage) 107,970 Mio. EUR vor.

> Kreis Recklinghausen, Produktplan 2009
> – Anlage 10 –

Der Gesamtergebnisplan des Kreises Borken sieht für die Umlage 66,658 Mio. EUR vor.

> Kreis Borken, Gesamtergebnisplan mit Anlage 2009
> – Anlage 11 –

Das Verhältnis der Aufwendungen auf der Ebene der Kreise, die diese über die Kreisumlage bei den Gemeinden zu refinanzieren haben, beträgt somit 1,62 zu 1. Damit ist das Verhältnis der Leistungen für behinderte Menschen noch weiter von der Relation der Bedarfsgemeinschaften (3,785 zu 1) entfernt. Das Verhältnis der Bedarfsgemeinschaften Recklinghausen/Borken ist um über 133 % höher als das Verhältnis der Aufwendungen für Menschen mit Behinderungen.

Damit erhalten die Beschwerdeführerinnen aus dem Kreis Borken wegen der ausschließlichen Orientierung des Soziallastenansatzes an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich weit weniger als die Hälfte ihres entsprechenden Bedarfs im Bereich der Leistungen für die Eingliederung Behinderter.

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der zu den gewichtigsten Ausgabenbereichen der Gemeinden zählt, zeigt sich deutlich, dass der Indikator Anzahl Bedarfsgemeinschaften gänzlich ungeeignet ist, die Kosten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit zu erfassen.

So weisen die Statistischen Berichte Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen 2009 von IT.NRW für den Kreis Borken Ausgaben von 60,743 EUR Mio. aus, während die Ausgaben des Kreises Recklinghausen sich auf 76,204 Mio. EUR belaufen.

> Information und Technik Nordrhein-Westfalen – Geschäftsbereich Statistik, Statistische Berichte Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen 2009. Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, S. 31.

Die Jugendhilfeaufwendungen der Kreise Recklinghausen und Borken stehen also im Verhältnis 1,25 zu 1, während die Relation der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, wie oben genannt, 3,785 zu 1 beträgt. Damit klafft die Relation um das Dreifache auseinander.

Durch die Orientierung an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften fingiert das GFG 2011, dass auch in anderen wesentlichen Bereichen der sozialen Lasten der Gemeinden die Ausgaben der Gemeinden des Kreises Borken nur gut ein Viertel der Ausgaben des Kreises Recklinghausen – oder anderer Kreise mit vergleichsweise hoher Zahl von Bedarfsgemeinschaften – betragen, obwohl die Relation in den Bereichen eine ganz andere ist. Damit werden im Ergebnis die Lasten der Gemeinden außerhalb der SGB II-Leistungen grob fehlerhaft bei der Ermittlung des fiktiven Bedarfs erfasst. Es besteht indes kein sachlicher Grund, weshalb die Ausgaben der Gemeinden des Kreises Borken – gemessen an denen des Kreises Recklinghausen – im Bereich der Leistungen für Menschen mit Behinderungen mit weniger als der Hälfte, im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sogar nur mit weniger als einem Drittel in die Bedarfsberechnung eingehen, nur weil die Zahl der Bedarfsgemeinschaften entsprechend gering ist.

Der Alleinindikator Bedarfsgemeinschaften ist damit unabhängig von seiner Systemwidrigkeit für die sachgerechte Erfassung von SGB II-Kosten der Gemeinden gänzlich ungeeignet, den Bedarf in anderen zentralen Sektoren der gemeindlichen sozialen Leistungen und damit für die Soziallasten insgesamt zu erfassen. Das Kriterium erweist sich damit als willkürlich und infolgedessen verfassungswidrig.

Auch innerhalb eines Kreises verteilen sich die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften einerseits und die Zahlen von Menschen mit Behinderungen oder Empfängern von Kinder- oder Jugendhilfe keineswegs gleichmäßig auf die einzelnen Gemeinden. Insoweit kann hinsichtlich der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auf die zuvor genannte Statistik verwiesen werden.

Damit führt die Verwendung des Alleinindikators Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu einer Potenzierung seiner Fehlerhaftigkeit. Gemeinden mit geringer Anzahl an Bedarfsgemeinschaften werden gleich mehrfach systemwidrig benachteiligt.

Erstens wird ihre tatsächliche Belastung vom Gesetzgeber ignoriert, soweit die SGB II-Lasten im Hinblick auf die Aufgabenträgerschaft des Kreises umlagefinanziert sind. Insofern übersieht die Orientierung an den Bedarfsgemeinschaften, dass die Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Zahl an Bedarfsgemeinschaften im Rahmen der Umlagefinanzierung bereits einen solidarischen Beitrag auf Kreisebene leisten.

Zweitens wird dieser Systemfehler nun auch noch auf den gesamten Bereich der Soziallasten ausgedehnt, indem der in seiner Konstruktion bereits für die Ermittlung der SGB II-Kosten fehlerhafte Indikator sachwidrig auf alle übrigen Bereiche sozialer Lasten der Gemeinden erstreckt wird.

Fehlende Korrelation Anzahl Bedarfsgemeinschaften / Gesamtkosten Soziallasten

Dass der durch den Gesetzgeber in § 8 Abs. 5 GFG 2011 erneut herangezogene Alleinindikator Anzahl der Bedarfsgemeinschaften wegen seiner systemimmanenten Verzerrungen und der fehlenden Korrelation mit wesentlichen sozialen Kostenblöcken offensichtlich ungeeignet ist, die Soziallasten der Gemeinden insgesamt einigermaßen realitätsnah zu erfassen, belegen mit großer Deutlichkeit die von IT.NRW übermittelten statistischen Daten.

So weist IT.NRW in einer den Beschwerdeführerinnen am 20.04.2012 mitgeteilten Statistik „Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009" „Soziale Leistungen u.Ä." des Kreises Borken in Höhe von insgesamt 176,783 Mio. EUR aus.

> Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009, S. 3 Zeile 57 (Mitteilungen IT.NRW vom 20.04.2012, Gegenüberstellung der einzelnen Datenblätter durch die Gemeinde Reken)
> – Anlage 12 –

Die diesem Wert entsprechenden Sozialkosten im Kreis Recklinghausen betrugen im Jahr 2009 insgesamt 227,873 Mio. EUR.

> Ebd.

Das Verhältnis der Soziallasten Kreis Recklinghausen/Kreis Borken beträgt demnach im Jahr 2009 als dem maßgeblichen Referenzzeitraum für die Berechnung des GFG 2011 1,289 zu 1. Die Relation der Bedarfsgemeinschaften der Kreise Recklinghausen und Borken beträgt dagegen, wie gesehen, 3,785 zu 1. Damit ist die für nach dem GFG 2011 maßgebliche Relation Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zwischen den Kreisen Recklinghausen um ein Vielfaches höher als das Verhältnis der Soziallasten. Übersteigen die gesamten Soziallasten nach Angaben von IT.NRW im Kreis Recklinghausen die des Kreises Borken um 28,9 %, liegt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Recklinghausen um 278,5 % höher als im Kreis Borken.

Die Ungeeignetheit des Indikators wird zudem statistisch nach Maßgabe der Daten von IT.NRW dadurch belegt, dass sich die gewichtigen Kostenblöcke keineswegs parallel zu dem gesetzlichen Indikator Anzahl der Bedarfsgemeinschaften entwickeln, wie die Angaben für die Jahre 2007 bis 2009 belegen.

> Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009, S. 3 Zeilen 57 und 58 (Mitteilungen IT.NRW vom 20.04.2012, Gegenüberstellung der einzelnen Datenblätter durch die Gemeinde Reken)
> - Anlage 12 -

Angesichts dieser extremen Varianzen ist der in § 8 Abs. 5 GFG 2011 gewählte Alleinindikator Anzahl der Bedarfsgemeinschaften evident ungeeignet, die gesamten Soziallasten einer Gemeinde zu ermitteln.

Möglichkeit der realitätsnäheren Erfassung des gemeindlichen Bedarfs

Der Alleinindikator „Anzahl der Bedarfsgemeinschaften“ erweist sich somit sowohl für die Erfassung gemeindlicher Lasten im Bereich des SGB II als auch erst recht als potentielle Bezugsgröße für sämtliche übrigen Kostenblöcke im Bereich gemeindlicher Soziallasten als evident ungeeignet. Dieser systemwidrige und in seinen Ergebnissen den Bedarf nicht ansatzweise realitätsnah abbildende Indikator kann auch nicht mit dem Argument dem Verdikt der Verfassungswidrigkeit entzogen werden, dass es nicht möglich sei, bessere Indikatoren zu gewinnen.

Es mag zutreffen, dass ein anderer einzelner Indikator ebenso wenig wie die Zahl der Bedarfsgemeinschaften geeignet wäre, den Bedarf der Gemeinden im Bereich sozialer Lasten insgesamt zu erfassen. Auch wenn der Gesetzgeber nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs nicht verpflichtet ist, den bestmöglichen Finanzausgleich ins Werk zu setzen, entbindet dies nicht von der Pflicht, den Bedarf realitätsnah zu erfassen.

> Vgl. dazu nochmals VerfGH NRW, Urteil vom 19.07.2011, Az. VerfGH 32/08, Rdnr. 75 (www.justiz.nrw.de).

Zudem trifft den Gesetzgeber die Pflicht, die Auswirkungen des komplexen Systems zu beobachten und auf Fehleinschätzungen zu reagieren.

Vgl. VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (280, 281).

Wenn ein einzelner Indikator den Bedarf der Gemeinden gänzlich unzureichend erfasst, bleibt es dem Gesetzgeber unter Aufrechterhaltung seines Gestaltungsspielraums jedoch selbstverständlich unbenommen, mehrere Indikatoren zu kombinieren. Dies ist verfassungsrechtlich geboten, wenn ein einzelner Indikator sich als ungeeignet erwiesen hat, die vom Verfassungsgerichtshof geforderte realitätsnahe Ermittlung des Bedarfs zu leisten.

Es kann indes keine Rede davon sein, dass die extremen Verzerrungen, die das GFG 2011 in § 8 Abs. 5 für eine Vielzahl von Gemeinden verursacht, unvermeidbar sind. Vielmehr zeigt ebenso wie im Bereich der SGB II-Kosten auch insoweit ein Blick auf die Finanzausgleichsgesetze anderer Bundesländer, dass es für den nordrhein-westfälischen Gesetzgeber leicht möglich wäre, eine Bedarfsermittlung zu normieren, die bei Weitem realitätsnäher wäre.

Dementsprechend werden in den Finanzausgleichsgesetzen der meisten Länder und namentlich der Nordrhein-Westfalen vergleichbaren Flächenländer nicht nur die SGB II-Kosten, sondern auch die SGB XII-Kosten, die zu dem Indikator Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in keiner ansatzweise verlässlichen Relation stehen, separat ausgeglichen.

Vgl. § 21 FAG BW; Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 FAG Bay.; § 23 FAG Hess.; § 7 Abs. 1, 3 FAG Nds.; § 11 Abs. 4 Nr. 3 FAG R-P; § 8 FAG S-A; § 22 FAG Thür.

Zugleich trägt diese eigenständige Erfassung der SGB XII-Kosten dem Umstand Rechnung, dass die Kosten der Sozialhilfe in ihrer Bedeutung der Belastung durch die Kosten im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende vergleichbar sind und Fehlerfassungen damit dramatische Auswirkungen für den Finanzausgleich besitzen.

Nach Angaben des Deutschen Städtetages entsprach der kommunale Kostenanteil im Bereich des SGB XII im Jahr 2008 mit ca. 10 Mrd. EUR in etwa der Kostenbelastung durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende, vgl. Deutscher Städtetag, Sozialleistungen der Städte in Not, S. 9 bzw. S. 27.

Damit erweist sich die Orientierung an der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die bereits für sich genommen wegen ihrer systemimmanenten Verzerrungen die Belastung der Gemeinden durch die SGB II-Kosten grob fehlerhaft erfasst, auch und gerade im Hinblick auf die ausschließliche Verwendung als Indikator für die Soziallasten insgesamt als willkürlich, weil sie zu den übrigen gewichtigen Bedarfsbereichen der Gemeinden im Bereich der Soziallasten in keinerlei Zusammenhang steht.

Bedeutung der Regressionsanalyse

Die vorstehend dargelegte Verfassungswidrigkeit der Ausgestaltung des Soziallastenansatzes durch die in sich fehlerhafte Orientierung an der nicht gemeindespezifischen Größe der Bedarfsgemeinschaften und darüber hinaus der Verwendung dieser Bezugsgröße als Alleinindikator für die gesamten Soziallasten kann auch nicht mit dem Verweis auf die sog. Regressionsanalyse ausgeräumt werden.

Dies folgt schon daraus, dass die Regressionsanalyse keinen Selbststand besitzt, sondern allenfalls Hilfsmittel sein kann, um die von Verfassungs wegen geforderte realitätsnahe Ermittlung des kommunalen Bedarfs zu leisten. Die Vorauswahl der untersuchten Variablen ist hingegen eine inhaltliche Vorgabe.

> *Haastert*, Kommunaler Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen, Abschlussbericht vom 9.5.2011, S. 3; ähnlich S. 7.

Es handelt sich demnach unstreitig bei der Setzung der Variablen, die regressionsanalytisch untersucht werden, um einen Akt gesetzgeberischer Dezision. Diese Entscheidung des Gesetzgebers, Soziallasten der Gemeinden ausschließlich über die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften erfassen zu wollen, ist aus den dargelegten Gründen mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen eines kommunale Gleichheit gebietenden Finanzausgleichs unvereinbar.

Die vorstehend nachgewiesene Mangelhaftigkeit des vom Gesetzgeber gewählten Kriteriums Anzahl der Bedarfsgemeinschaften deutet sich indes letztlich bereits in den regressionsanalytischen Studien selbst an. So wird selbst im ifo-Gutachten die Wahl des (Allein-) Indikators Anzahl der Bedarfsgemeinschaften damit begründet, dass andere Indikatoren sich als noch weniger geeignet erwiesen hätten.

> Vgl. *Th. Büttner/F. Holm-Hadulla/R. Parsche/C. Starbatty*, ifo Institut, Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen, 2008, S. 111 ff.

2. Einwohnerveredelung

Ferner ist § 8 Abs. 3 Satz 2, 3 GFG 2011 in Verbindung mit der Hauptansatzstaffel – Anlage 2 – verfassungswidrig und nichtig wegen Verstoßes gegen Art. 78, 79 Satz 2 Verf. NRW.

Nach § 8 Abs. 3 Satz 2 GFG 2011 wird für die Berücksichtigung im Rahmen des Hauptansatzes die Zahl der Einwohner nach der Gemeindegröße nach Maßgabe der Hauptansatzstaffel gewichtet. Die Gewichtung der Einwohner steigt danach von dem Basiswert 1 (100 %) für Gemeinden mit bis zu 25.000 Einwohnern auf bis zu 154 % für Gemeinden mit mehr als 635.500 Einwohnern.

Für diese Gewichtung der Einwohner über die sog. Einwohnerveredelung im Rahmen der Ermittlung des Hauptansatzes fehlt es an einem tragfähigen sachlichen Grund. Die Vorschrift verletzt daher Art. 78, 79 Satz 2 Verf. NRW im Hinblick auf den Grundsatz interkommunaler Gleichbehandlung.

Die Einwohnerstaffelung geht von der Prämisse aus, dass Gemeinden mit großen Bevölkerungszahlen einen erhöhten Finanzbedarf gegenüber kleineren Gemeinden aufweisen, und zwar dergestalt, dass mit zunehmender Bevölkerungszahl der Bedarf pro Einwohner durchweg ansteigt.

Die Einwohnerveredelung basiert damit auf der von Brecht und Popitz im Jahre 1932 formulierten These, dass mit zunehmender Bevölkerung die öffentlichen Ausgaben steigen und folglich auf einen erhöhten Bedarf größerer Städte zu schließen sei.

> *J. Popitz*, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Gutachten erstattet der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich, 1932, S. 266; *A. Brecht*, Internationaler Vergleich öffentlicher Ausgaben, in: Grundfragen der internationalen Politik, Vorträge des Carnegie-Lehrstuhls für Außenpolitik und Geschichte an der Hochschule für Politik, Heft 2, Leipzig 1932, S. 6, 24.

Tatsächlich vermögen die damaligen Untersuchungen einen solchen Zusammenhang jedoch nicht zu belegen und gelten heute als widerlegt.

> *R. Cuny*, Die optimale Stadtgröße, 1981, S. 103; *K. Korinsky*, Der kommunale Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, 1971, S. 30; *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffent-

lichen Leistungserstellung, 2002, S. 12, 116; nach *H.-G. Henneke*, Kommunale Finanzgarantien in der Rechtsprechung, in: H.-G. Henneke/H. Pünder/C. Waldhoff (Hrsg.), Recht der Kommunalfinanzen, 2006, § 24 Rdnr. 350, können die Kernüberlegungen „heute unstrittig als widerlegt angesehen werden".

Bereits in statistischer Hinsicht halten die damaligen Untersuchungen den heutigen Anforderungen an wissenschaftliche Methodik nicht Stand.

J. Kaehler, Agglomeration und Staatsausgaben, Brechtsches und Wagnersches Gesetz im Vergleich, in: Finanzarchiv, Vol. 40, 1982, S. 445 (446); *B. Dietrich*, Das Prinzip der Einwohnerveredelung in den Finanzausgleichssystemen der Bundesrepublik Deutschland, 1996, S. 137 f.; *K. Littmann*, Die „Gesetze" in ihrer langfristigen Entwicklung, in: W. Albers (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), Bd. 1, 1977, S. 349 (360); *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 22; *T. Lenk/H.-J. Rudolph,* Die kommunalen Finanzausgleichssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, Die Bestimmung des Finanzbedarfs, Institut für Finanzen, Universität Leipzig (Hrsg.), Arbeitspapier Nr. 25, 2003, S. 13.

Auch neuere Berechnungen mittels der sog. Regressionsanalysen leiden an Mängeln, weil sie durch die Ermittlung von Mittelwerten innerhalb von Gemeindegrößenklassen einen Zusammenhang herstellen, der in dieser Strenge nicht existiert. Die Vernachlässigung der tatsächlichen Streuung um die Mittelwerte herum führt dazu, dass die Aussagekraft der Modelle verfälscht wird.

R. Cuny, Die optimale Stadtgröße, 1981, S. 77 f., 183; vgl. auch bereits *J. Popitz*, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Gutachten erstattet der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich, 1932, S. 270, 282, 287.

Vor allem aber leidet die heutige Einwohnerveredelung nach § 8 Abs. 3 GFG 2011 unverändert an dem gleichen grundlegenden Zirkelschluss, der die Hypothese Brechts und Popitz` widerlegt.

Wenn die Analysen eine Korrelation zwischen wachsenden Bevölkerungszahlen und öffentlichen Pro-Kopf-Ausgaben aufzeigen, so belegt dies keineswegs auch eine Kausalität. Höhere Ausgaben können vielmehr auch durch eine Vielzahl anderer Faktoren,

wie beispielsweise höhere Einnahmen oder schlicht unterschiedliche politische Entscheidungen entstehen. Von höheren Ausgaben kann daher nicht automatisch auch auf einen höheren Bedarf geschlossen werden.

> *R. Cuny*, Die optimale Stadtgröße, 1981, S. 182 f.; *K. Littmann*, Die Gestaltung des kommunalen Finanzsystems unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten, 1968, S. 25; *K. Ganser*, Kommunales Finanzsystem im Widerspruch zu Stadtentwicklung und Raumordnung?, DÖV 1979, S. 8 (11); *M. Junkernheinrich*, Gemeindefinanzen, Theoretische und methodische Grundlagen ihrer Analyse, 1991, S. 179 f.; *W. Wittmann*, Finanzwissenschaft III, 1976, S. 113 f.; *K. Korinsky*, Der kommunale Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, 1971, S. 30; *F. Tetsch*, Raumwirkungen des Finanzsystems der Bundesrepublik Deutschland, 1978, S. 121; *B. Dietrich*, Das Prinzip der Einwohnerveredelung in den Finanzausgleichssystemen der Bundesrepublik Deutschland, 1996, S. 141 f., 149; *H.-G. Henneke*, Die Kommunen in der Finanzverfassung des Bundes und der Länder, Praxis der Kommunalverwaltung, Bd. E 1 Bu, 2008, S. 279; *I. Deubel*, Mehr Gerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich?, GFG-Gutachten 2011, S. 45; *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 9; *T. Lenk/H.-J. Rudolph,* Die kommunalen Finanzausgleichssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, Die Bestimmung des Finanzbedarfs, Institut für Finanzen, Universität Leipzig (Hrsg.), Arbeitspapier Nr. 25, 2003, S. 14; *D. M. Nguyen,* Die Verteilung der staatlichen Einnahmen auf die Kommunen in Deutschland und Vietnam, 2007, S. 220; vgl. auch bereits die Beobachtungen bei *J. Popitz*, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Gutachten erstattet der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich, 1932, S. 285 f.

Die neuere Regressionsanalyse mag zwar in der statistischen Erfassung des Ausgabeverhaltens verfeinert sein. Sie setzt indes im Grundsatz unverändert bei den Ausgaben einer Gemeinde an, um den vermeintlichen Bedarf für die Erfüllung von Aufgaben zu erfassen. Den Versuch, den Bedarf, wie es verfassungsrechtlich geboten ist, von der Aufgabenseite und damit funktionsorientiert zu bestimmen, unternehmen die statistischen Beschreibungsmodelle der Regressionsanalyse nicht.

Auch das im Auftrag des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen erstattete Gutachten des ifo-Instituts vom 12.06.2008 unternimmt nicht die Anstrengung, den Bedarf von Kommunen ohne Rekurs auf die tatsächlichen Ausgaben zu bestimmen.

Seine Bedarfsanalyse bleibt damit bereits im Ansatz der zirkelschlüssigen These von Brecht und Popitz verhaftet.

Die in dem Gutachten selbst referierte Kritik an der Einwohnerveredelung wird in der Sache nicht angegangen. Erwidert werden soll sie mit „drei konzeptionellen Gründen",

> – *Th. Büttner/F. Holm-Hadulla/R. Parsche/C. Starbatty*, Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen, 2008, S. 97 –

die ersichtlich nicht tragfähig sind, zum Teil nicht einmal Konzeptionelles betreffen.

So ist nicht nachvollziehbar, weshalb das Zirkelschlussargument zwar nach der Aussage des ifo-Gutachtens für die Studie Popitz` berechtigt sei, für die Einwohnerveredelung nunmehr aber nicht greifen soll, weil die multivariate Analyse nur den Teil der Unterschiede in den Ausgaben berücksichtige, der nicht durch andere Zusammenhänge erklärt werden könne.

> *Th. Büttner/F. Holm-Hadulla/R. Parsche/C. Starbatty*, Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen, 2008, S. 97.

Dies bestätigt vielmehr, dass der Finanzbedarf – wie bei Popitz – nach wie vor nicht nach Maßgabe der Aufgaben, sondern anhand der Ausgaben ermittelt wird.

Ebenso wenig nachvollziehbar ist es, wenn in einem zweiten Argumentationsversuch angeführt wird, bereits bei Popitz sei die behauptete Steigerung des Finanzbedarfs in einwohnerstarken Gemeinden lediglich deskriptiv erfasst worden. Bereits nach Popitz seien es aber die strukturellen Unterschiede gewesen, die eine Berücksichtigung im Finanzausgleich gerechtfertigt hätten.

> *Th. Büttner/F. Holm-Hadulla/R. Parsche/C. Starbatty*, Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen, 2008, S. 98.

Genau dieser von Popitz noch vermutete ursächliche Zusammenhang wird aber heute als widerlegt angesehen, was den Einwand der Zirkelschlüssigkeit gerade begründet. Dass bereits Popitz im Ansatz die Achillesferse seiner These erkannt hat, ist alles andere als geeignet, die jahrzehntelange Fortschreibung des Fehlers zu rechtfertigen.

Wenn schließlich die Bemessung des vermeintlichen Finanzbedarfs durch die zirkelschlüssige Orientierung an den tatsächlichen, ggf. durch Kontrollvariablen bereinigten Ausgaben dadurch „konzeptionell“ gerechtfertigt werden soll, dass die Beobachtung standardisierter Leistungsniveaus im öffentlichen Sektor problematisch sei,

> – *Th. Büttner/F. Holm-Hadulla/R. Parsche/C. Starbatty*, Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen, 2008, S. 98 –

so verkennt dies, dass das Gebot an den Landesgesetzgeber, eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinde zu gewährleisten, gerade dem Zweck dient, den Gemeinden eine ordnungsgemäße und eigenverantwortliche Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

> VerfGH NRW, Urteil vom 06.07.1993, Az. VerfGH 9/92, 22/92, OVGE 43, 252 (254); VerfGH NRW, Urteil vom 08.04.2003, Az. VerfGH 2/02, OVGE 49, 271 (274); VerfGH NRW, Urteil vom 11.12.2007, Az. VerfGH 10/06, OVGE 51, 272 (277); VerfGH NRW, Urteil vom 12.10.2010, Az. VerfGH 12/09, Rdnr. 69 (www.justiz.nrw.de); zu Gewährleistung und Umfang des Anspruchs auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung *Schoch/Wieland*, Finanzierungsverantwortung für gesetzgeberisch veranlaßte kommunale Aufgaben, 1995, S. 176 ff.; *Löwer*, in: v. Münch/Kunig (Hrsg.), GG, Bd. 1, 6. Aufl. 2012, Art. 28 Rdnr. 102 ff.; ferner *Mückl*, Finanzverfassungsrechtlicher Schutz der kommunalen Selbstverwaltung, 1998, S. 64 ff.; *Dreier*, in: ders., GG, 2. Aufl. 2008, Art. 28 Rdnr. 156.

Die Verfassungspflicht ist daher aufgabenorientiert formuliert und entsprechend zu erfüllen.

Dass eine an der wahrzunehmenden Aufgabe zu bemessende Bestimmung des Finanzbedarfs nicht ausgeschlossen, sondern verfassungsrechtlich gerade gefordert ist, belegen auch die landesverfassungsrechtlichen Regelungen zum Konnexitätsprinzip. So verpflichtet namentlich Art. 78 Abs. 3 Satz 1 Verf. NRW den Gesetzgeber, Kostenansätze zu spezifizieren, indem die gesetzliche Verpflichtung zur Übernahme und Durchführung bestimmter öffentlicher Aufgaben an das Erfordernis geknüpft wird, gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen.

> Zu den Anforderungen dieses strikten Konnexitätsprinzips nach Art. 78 Abs. 3 Satz 1 Verf. NRW i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 22.06.2004

(GVBl. S. 360) und insbesondere zu dem Erfordernis der Aufstellung einer Kostenfolgeabschätzung siehe VerfGH NRW, Urteil vom 12.10.2010, Az. VerfGH 12/09, Rdnr. 69 ff., 72 (www.justiz.nrw.de).

Die Verfassung geht damit selbst davon aus, dass es gleichermaßen geboten wie möglich ist, auch im Bereich öffentlicher Aufgabenwahrnehmung die erforderlichen Aufwendungen zu ermitteln.

Es bleibt daher bei dem Befund, dass die Einwohnerveredelung in zirkelschlüssiger Weise von den Ausgaben auf den Bedarf schließt.

Das ifo-Gutachten räumt dies im Grundsatz ein, wenn es zusammenfassend die Kritik lobt, sie weise „auf Gefahren einer schematischen Anwendung und Interpretation der Ergebnisse hin."

Th. Büttner/F. Holm-Hadulla/R. Parsche/C. Starbatty, Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen, 2008, S. 99.

Wenn daraus die Forderung abgeleitet wird, erforderlich sei „eine positive finanzwissenschaftliche Bewertung des unterstellten Zusammenhangs", weil „der Nachweis statistischer Zusammenhänge allein … kein Nachweis eines Finanzbedarfs sein" könne, so ist dies eine decouvrierende Leerformel.

Th. Büttner/F. Holm-Hadulla/R. Parsche/C. Starbatty, Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen, 2008, S. 99 (Hervorhebung hinzugefügt).

Bekanntlich hat der VerfGH NRW ungeachtet der bereits seinerzeit bestehenden Einwände und Kritik, die insbesondere auch das Bundesverfassungsgericht bereits in seiner Finanzausgleich II-Entscheidung formuliert hat,

– BVerfG, Urteil vom 27.05.1992, Az. 2 BvF 1, 2/88, 1/89, 1/90, BVerfGE 86, 148 (235 ff.) –

die Einwohnergewichtung des Hauptansatzes im Jahr 1998 im Hinblick auf das gesetzgeberische Ermessen noch als mit der Verfassung vereinbar angesehen.

VerfGH NRW, Urteil vom 09.07.1998, Az. VerfGH 16/96 und 7/97, DVBl. 1998, 1280 (1285 f.).

Die vom Bundesverfassungsgericht schon 1992 angedeutete Pflicht zur Prüfung der gegen die Einwohnerveredelung bestehenden Einwände und Prüfung alternativer Ansätze

> – BVerfG, Urteil vom 27.05.1992, Az. 2 BvF 1, 2/88, 1/89, 1/90, BVerfGE 86, 148 (236) –

wurde vom Verfassungsgerichtshof seinerzeit als jedenfalls erfüllt angesehen.

> VerfGH NRW, Urteil vom 09.07.1998, Az. VerfGH 16/96 und 7/97, DVBl. 1998, 1280 (1285).

Der Verfassungsgerichtshof hat jedoch bereits in der damaligen Entscheidung die Verpflichtung des Gesetzgebers klargestellt, „die Hauptansatzstaffel in nicht allzu großen Zeitabständen regelmäßig zu überprüfen, um geänderten kommunalen Bedingungen oder neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung tragen zu können".

> VerfGH NRW, Urteil vom 09.07.1998, Az. VerfGH 16/96 und 7/97, DVBl. 1998, 1280 (1286).

In den vergangenen 14 Jahren haben sich die Erkenntnisse zur Zirkelschlüssigkeit einer Ableitung von Bedarfen aus dem Ausgabeverhalten derart verfestigt, dass die Brecht/Popitzsche These „unstreitig als widerlegt" gilt.

> Vgl. nochmals *H.-G. Henneke*, Kommunale Finanzgarantien in der Rechtsprechung, in: H.-G. Henneke/H. Pünder/C. Waldhoff (Hrsg.), Recht der Kommunalfinanzen, 2006, § 24 Rdnr. 350.

Zahlreiche finanzwissenschaftliche Studien, die nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs aus dem Jahr 1998 angestellt worden sind, haben die Zirkularität des Ansatzes und die fehlende Aussagekraft einer ausgabeorientierten Bedarfsbestimmung nachgewiesen.

Spätestens seit der Entscheidung Finanzausgleich III des Bundesverfassungsgerichts vom 11.11.1999 ist der Weg nicht mehr gangbar, von den Ausgaben der Vergangenheit auf künftige Bedarfe zu schließen. Danach ist der Gesetzgeber „verpflichtet, die ´notwendigen´ von den im Haushalt veranschlagten Ausgaben zu unterscheiden, also in einer Erforderlichkeits- und Dringlichkeitsbewertung von Ausgabestrukturen der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern eine Grenze des Finanzierbaren vorzugeben".

> BVerfG, Urteil vom 11.11.1999, 2 BvF 2, 3/98, 1, 2/99, BVerfGE 101, 158 (220).

Ein Verfahren, „das allein nach den in den jeweiligen Haushalten veranschlagten Einnahmen und Ausgaben bemessen ist, genügt diesen Erfordernissen nicht."

> BVerfG, Urteil vom 11.11.1999, 2 BvF 2, 3/98, 1, 2/99, BVerfGE 101, 158 (220).

Der beschriebene Zirkelschluss tendiert zudem dazu, existierende Unterschiede im Ausgabeverhalten zu versteinern und die Schere weiter auseinanderklaffen zu lassen. Indem höhere Ausgaben auf einen höheren Bedarf schließen lassen sollen, steigert das Ausgabeverhalten der Vergangenheit den Finanzbedarf der Zukunft, so dass höhere Schlüsselzuweisungen erfolgen. Höhere Schlüsselzuweisungen steigern durch die Verfügbarkeit größerer Finanzmittel die Ausgaben und begründen damit erneut einen höheren Bedarf.

Dieser Effekt findet seine Bestätigung darin, dass die Umverteilung über den Finanzausgleich im Verhältnis der kreisangehörigen Gemeinden des ländlichen Raums gegenüber den kreisfreien Städten erheblich zunimmt.

Unabhängig von der Unzulässigkeit des Schlusses vom Ausgabeverhalten auf den objektiven Bedarf hat das Bundesverfassungsgericht auch die Überprüfungsbedürftigkeit der Einwohnergewichtung angemahnt.

> BVerfG, Urteil vom 11.11.1999, 2 BvF 2, 3/98, 1, 2/99, BVerfGE 101, 158 (230).

Dabei hat das Gericht insbesondere darauf hingewiesen, dass bei einer Modifizierung des Einwohnermaßstabs verlässliche, objektivierbare Indikatoren gewonnen werden müssten.

> BVerfG, Urteil vom 11.11.1999, 2 BvF 2, 3/98, 1, 2/99, BVerfGE 101, 158 (230).

Insbesondere sei zu berücksichtigen, dass „die Kosten vieler öffentlicher Leistungen in dünn besiedelten Gebieten deutlich höher liegen können als in den Städten, zudem die Gemeinkosten auf eine geringere Kopfzahl umgelegt werden müssen".

BVerfG, Urteil vom 11.11.1999, 2 BvF 2, 3/98, 1, 2/99, BVerfGE 101, 158 (231), im Anschluss an *D. Carl*, Bund-Länder-Finanzausgleich im Verfassungsstaat, 1994, S. 87.

Das von der Landesregierung in Auftrag gegebene ifo-Gutachten orientiert sich dagegen unverändert an Ausgaben und schließt noch immer von diesen auf einen höheren Bedarf. Ohne sachliche Auseinandersetzung wird damit der beschriebene Zirkelschluss fortgeschrieben, was sowohl den gefestigten finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen als auch den Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Aussagen zum Länderfinanzausgleich für die Erfassung des Finanzbedarfs der Gemeinden formuliert hat, widerspricht.

Dass der Finanzausgleichsgesetzgeber in Nordrhein-Westfalen gleichwohl an einer unterschiedlichen Bewertung der Einwohner seines Landes unter Berufung auf eine 80 Jahre alte Hypothese festhält, die seit Jahrzehnten als widerlegt gilt, ist ebenso erstaunlich wie verfassungsrechtlich intolerabel.

Kann somit nicht bereits aus der Existenz höherer Ausgaben auf einen höheren Bedarf geschlossen werden, ist ein sachlicher Grund erforderlich, um die unterschiedliche Behandlung der Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl zu rechtfertigen. Andernfalls liegt in der schematischen Diskriminierung von Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl ein Verstoß gegen das kommunale Gleichbehandlungsgebot.

Ein höherer Bedarf größerer Gemeinden lässt sich ebenso wenig durch den pauschalen Verweis auf höhere Ballungskosten begründen. Zudem wird die finanzielle Lage einer Gemeinde nicht allein durch ihre Kosten, sondern auch durch ihre Finanzkraft bestimmt. Größere Städte verfügen aber in aller Regel über eine höhere Finanzkraft und können daher auch höhere Kosten leichter abdecken.

H. Seitz, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 15 f.; *R. Cuny*, Die optimale Stadtgröße, 1981, S. 116, 137 f.; ebenso bereits *J. Popitz*, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Gutachten erstattet der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich, 1932, S. 266.

Zum Ausdruck kommt dies in den im Durchschnitt deutlich höheren Hebesätzen größerer Gemeinden und vor allem kreisfreier Städte.

Zwar ist die Berücksichtigung fiktiver Hebesätze zur Ermittlung der Finanzkraft angemessen, weil das Recht, die Hebesätze im Rahmen der gesetzlichen Grenzen festzulegen, Teil des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts ist.

> *F. Kirchhof*, Kommunaler Finanzausgleich: Rechtliche Determinanten und gesetzgeberische Handlungsspielräume, in: F. Kirchhof/H. Meyer (Hrsg.), Kommunaler Finanzausgleich im Flächenbundesland, 1996, S. 25 (30).

Allerdings ist nicht zu verkennen, dass kleinere Gemeinden nicht freiwillig in Ausübung ihres Selbstverwaltungsrechts niedrigere Hebesätze in Kauf nehmen, sondern weithin faktisch gezwungen sind, sich dem Niveau des Umlands anzupassen. Dies gilt in besonderem Maße für Gemeinden wie die Beschwerdeführerinnen, die ein Ausweichen von Unternehmen über die Landesgrenze hinweg gewärtigen müssen.

Dementsprechend verstärkt das GFG 2011 diesen Effekt dadurch, dass der Finanzausgleichsgesetzgeber sich nicht zur (Wieder-) Einführung gestaffelter fiktiver Hebesätze hat durchringen können. Damit wird den Gemeinden fiktiv eine tatsächlich gar nicht zu realisierende Finanzkraft zugerechnet, so dass die Finanzkraftunterschiede zwischen kreisfreien Städten und kleineren Gemeinden des ländlichen Raums zusätzlich zu dem Effekt der Einwohnerveredelung weiter vertieft werden.

Richtigerweise bedarf es statt der zirkulären Fortschreibung durch Orientierung an den Ausgaben der Vergangenheit einer Ermittlung der Vor- und Nachteile der Agglomeration sowie der Deglomeration. Nur wenn die Kostennachteile der Agglomeration überwiegen, kann die sog. Einwohnerveredelung von einem sachlichen Grund getragen sein.

Zu den Ballungskosten zählt zunächst unbestritten der Preiseffekt, denn mit zunehmender Ballung steigen z.B. die Bodenpreise an.

> *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 15 f., 33.

Des Weiteren wird die zentralörtliche Funktion einer Gemeinde als Kostenfaktor gewertet. Allerdings darf das Ausmaß der zentralörtlichen Funktion nicht überschätzt werden, denn genauso gibt es auch gegenläufige Leistungen, die das Umland für die Stadt erbringt, z.B. ihr Beitrag zur Naherholung der Stadtbevölkerung.

> *F. Tetsch*, Raumwirkungen des Finanzsystems der Bundesrepublik Deutschland, 1978, S. 128.

Jedenfalls aber ist kein unmittelbarer Schluss von der Einwohnerzahl einer Gemeinde auf ihre zentralörtliche Funktion möglich. Inwieweit Leistungen für das Umland erbracht werden, hängt nämlich entscheidend auch vom Charakter der Umgebung ab. Bezogen auf die Struktur Nordrhein-Westfalens bedeutet dies, dass durch das besonders erhöhte Aufkommen von Agglomerationsräumen die zentralörtliche Funktion der einzelnen Gemeinden weitaus weniger ins Gewicht fällt.

> *M. Junkernheinrich*, Gemeindefinanzen, Theoretische und methodische Grundlagen ihrer Analyse, 1991, S. 182; *I. Deubel*, Mehr Gerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich?, GFG-Gutachten 2011, S. 40; *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 15 f., 33; *T. Lenk/H.-J. Rudolph,* Die kommunalen Finanzausgleichssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, Die Bestimmung des Finanzbedarfs, Institut für Finanzen, Universität Leipzig (Hrsg.), Arbeitspapier Nr. 25, 2003, S. 14.

Auf die Wahrnehmung zentralörtlicher Funktionen, die von *F. Kirchhof* bereits in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts als „verfassungsnäherer Maßstab" bewertet worden ist,

> *F. Kirchhof*, Kommunaler Finanzausgleich: Rechtliche Determinanten und gesetzgeberische Handlungsspielräume, in: F. Kirchhof/H. Meyer (Hrsg.), Kommunaler Finanzausgleich im Flächenbundesland, 1996, S. 25 (32) –

kann die Spreizung in § 8 Abs. 3 GFG 2011 nicht gestützt werden, weil das Gesetz ungeachtet jeder funktionellen Betrachtung nach der Einwohnerzahl differenziert.

Ebenso wenig kann die von Popitz stammende Annahme, die Stadtbewohner hätten höhere Ansprüche als die Landbevölkerung und ihnen müsste daher ein breiteres Angebot zur Verfügung gestellt werden,

> – *J. Popitz*, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Gutachten erstattet der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich, 1932, S. 280 f. –

als bedarfssteigernder Faktor die Einwohnerveredelung rechtfertigen.

Dabei ist Ausgangspunkt der Überlegung wiederum ein Zirkelschluss, weil das größere Angebot in der Stadt Folge einer höheren Finanzkraft ist.

Vor allem aber ist es im Hinblick auf die von Art. 106 Abs. 3 S. 4 Nr. 2 GG geforderte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse verfassungsrechtlich nicht haltbar, Bedürfnisunterschiede von Stadt- und Landbevölkerung anzunehmen und ein höheres Anspruchsniveau der Städter auch noch durch die Einwohner des ländlichen Raums quersubventionieren zu lassen.

> Vgl. *M. Junkernheinrich*, Gemeindefinanzen, Theoretische und methodische Grundlagen ihrer Analyse, 1991, S. 181; *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 14; *J. Kaehler,* Agglomeration und Staatsausgaben, Brechtsches und Wagnersches Gesetz im Vergleich, in: Finanzarchiv, Vol. 40, 1982, S. 445 (449); *T. Lenk/H.-J. Rudolph,* Die kommunalen Finanzausgleichssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, Die Bestimmung des Finanzbedarfs, Institut für Finanzen, Universität Leipzig (Hrsg.), Arbeitspapier Nr. 25, 2003, S. 13.

Bei der Ermittlung des Finanzbedarfs der Städte werden die steigenden sozialen Lasten als weiterer Faktor angeführt. Allerdings werden diese Kosten bereits über den Soziallastenansatz als „Nebenansatz" berücksichtigt. Für die Bestimmung des Hauptansatzes dürfen sie zur Vermeidung einer Doppelberücksichtigung nicht ein weiteres Mal als sachlicher Grund herangezogen werden.

Stattdessen müssen bei der Ermittlung des Bedarfs einer Gemeinde auch die Nachteile der Deglomeration Berücksichtigung finden. Denn in vielen Bereichen öffentlicher Leistung, wie beispielsweise dem Schul- und Verkehrswesen oder auch der Abwasserversorgung, entstehen zunächst Fixkosten, die in kleinen Gemeinden von einer geringeren Bevölkerungszahl getragen werden müssen.

> *K. Korinsky*, Der kommunale Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, 1971, S. 30; *K. Ganser*, Kommunales Finanzsystem im Widerspruch zu Stadtentwicklung und Raumordnung?, DÖV 1979, S. 8 (11 f.); *W. Wittmann*, Finanzwissenschaft III, 1976, S. 113, 143; *R. Grawert*, Die Kommunen im Länderfinanzausgleich, 1989, S. 90 f.; *F. Brosius-Gersdorf/H. Bauer*, Die demografische Krise, Verwaltungswissenschaftliche Steuerungsansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels in den Kommunen, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann/J. Ziller (Hrsg.), Verwaltungswissenschaft und Verwaltungspraxis in nationaler

und transnationaler Perspektive, Festschrift für Heinrich Siedentopf zum 70. Geburtstag, 2008, S. 385 (393); *M. Junkernheinrich*, Gemeindefinanzen, Theoretische und methodische Grundlagen ihrer Analyse, 1991, S. 184.

Schließlich gibt es viele weitere Faktoren, die unabhängig von der Größe einer Stadt Kosten verursachen. Beispielsweise entstehen im Hinblick auf den demographischen Wandel zusätzliche Belastungen einer Stadt dadurch, dass ihre Gemeindegröße stark schrumpft oder sie ihr Angebot umstellen muss.

W. Wittmann, Finanzwissenschaft III, 1976, S. 140; *I. Deubel*, Mehr Gerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich?, GFG-Gutachten 2011, S. 40; *T. Lenk/H.-J. Rudolph,* Die kommunalen Finanzausgleichssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, Die Bestimmung des Finanzbedarfs, Institut für Finanzen, Universität Leipzig (Hrsg.), Arbeitspapier Nr. 25, 2003, S. 12.

Im Hinblick auf die Vielfalt der kostenverursachenden Faktoren und den unterschiedlichen Einflüssen von Agglomeration und Deglomeration ist der schlichte Verweis auf Ballungskosten ungeeignet, einen erhöhten Bedarf der einwohnerstärkeren Städte zu begründen.

Ein sachlicher Grund für die Einwohnerveredelung bestünde daher nur, wenn alle Kostenfaktoren zusammen im Ergebnis einen höheren Bedarf größerer Gemeinden begründeten, sprich die Ballungskosten die Nachteile der Deglomeration durchgehend überwiegen würden.

Dies ist indessen, wie zahlreiche Studien belegen, nicht der Fall.

Dabei gelangen einige Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass sich die verschiedenen kostenrelevanten Faktoren für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Ergebnis ausgleichen und sich somit die Bedarfe großer und kleiner Gemeinden kaum unterscheiden.

K. Littmann, Die Gestaltung des kommunalen Finanzsystems unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten, 1968, S. 27; *M. Junkernheinrich*, Gemeindefinanzen, Theoretische und methodische Grundlagen ihrer Analyse, 1991, S. 180; *K. Korinsky*, Der kommunale Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, 1971, S. 30; *B. Dietrich*, Das Prinzip der Einwohnerveredelung in den Finanzausgleichssystemen der Bundesrepublik Deutschland, 1996, S. 138; *H.-G. Henneke*, Die Kommunen in

der Finanzverfassung des Bundes und der Länder, Praxis der Kommunalverwaltung, Bd. E 1 Bu, 2008, S. 279; zu einem Vergleich der Bundesländer siehe *T. Büttner/R. Schwager/D. Stegarescu,* Agglomeration, Population Size, and the Cost of Providing Public Services: An Empirical Analysis for German States, in: Public Finance and Management Vol. 4 (4), 2004, S. 496 (510).

In der finanzwissenschaftlichen Literatur am verbreitetsten ist jedoch die Feststellung, dass die Kosten sowohl in sehr stark agglomerierten als auch in stark deglomerierten Räumen besonders hoch sind und sich somit im Ergebnis ein U-förmiger Kostenverlauf ergibt.

R. Cuny, Die optimale Stadtgröße, 1981, S. 19; *K. Littmann*, Die Gestaltung des kommunalen Finanzsystems unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten, 1968, S. 21, 25, 28; *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 12, 19, 116 f. und auf S. 21 Verweis auf *R. J. Bennet*, The geography of public finance, London and New York, 1980, S. 112 f., 118 ff. sowie auf *H. F. Ladd*, Fiscal impact of local population growth: A conceptual and empirical analysis, in: Regional Science and Urban Economics, vol. 24, Issue 6, Dezember 1994, S. 661 ff.; *P. Haug*, Sinkende Einwohnerzahlen und steigende Kosten für kommunale Leistungen, in: Wirtschaft im Wandel, 11/2004, S. 306 (307 ff.); *F. Tetsch*, Raumwirkungen des Finanzsystems der Bundesrepublik Deutschland, 1978, S. 125; *K. Littmann*, Die „Gesetze" in ihrer langfristigen Entwicklung, in: W. Albers (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), Bd. 1, 1977, S. 349 (360 f.); *I. Deubel*, Mehr Gerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich?, GFG-Gutachten 2011, S. 102, 105; *J. Kaehler,* Agglomeration und Staatsausgaben, Brechtsches und Wagnersches Gesetz im Vergleich, in: Finanzarchiv, Vol. 40, 1982, S. 445 (464 f.) mit Verweis auf *A. Brecht*, Three Topics in Comparative Administration-Organization of Government Departments, Government Corporations, Expenditures in Relation to Population, in: C. J. Friedrich/E. S. Mason (Hrsg.): Public Policy, Cambridge, Mass. 1941, S. 289 (305-307).

Zunächst überwiegen die Deglomerationsnachteile, wie sie beispielsweise durch Fixkosten entstehen. Diese verteilen sich zunächst auf wenige, schließlich aber auf immer mehr Einwohner und sinken im Ergebnis. Gegenläufig entstehen Agglomerations-

nachteile, die zunächst noch gering sind, dann aber schließlich die Vorteile der Agglomeration überwiegen.

Der U-förmige Verlauf der Gemeindekosten insgesamt lässt sich durch Untersuchungen zu einzelnen Aufgabenbereichen belegen.

Betrachtet man beispielsweise den Bereich der Wasserversorgung, so steigt mit zunehmender Bevölkerungsgröße die Anschlussquote, sodass zunächst die Anzahl der notwendigen Abwasserkanäle und Kläranlagen pro Einwohner zurückgeht, bevor wiederum die Betriebs- und Baukosten ansteigen.

> *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 39, 41, 43, 46-48; *P. Haug*, Sinkende Einwohnerzahlen und steigende Kosten für kommunale Leistungen, in: Wirtschaft im Wandel, 11/2004, S. 306 (309-311).

Ebenso führt eine Bevölkerungsballung im Straßenbau zwar einerseits zu höheren Unterhaltungskosten pro km Straße, gleichzeitig aber auch zu einer sinkenden Straßenlänge je Einwohner.

> *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 60, 63.

Als weiterer Aufgabenbereich ist die Unterhaltung von Schulen zu nennen, bei denen eine entsprechende Fixkostendegression festgestellt werden kann.

> *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 77, 79, 80.

Ab welchem Punkt genau die Nachteile der Agglomeration stärker wiegen als ihre Vorteile, unterscheidet sich je nach untersuchtem Aufgabenbereich. Vielfach wird dieser Bereich mit einer „extremen" Bevölkerungsgröße umschrieben.

> *H. Seitz*, Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung, 2002, S. 53 f.; *P. Haug*, Sinkende Einwohnerzahlen und steigende Kosten für kommunale Leistungen, in: Wirtschaft im Wandel, 11/2004, S. 306 (308); *S. Fabricant*, The Trend of Government Activity in the United States since 1900, 1952, S. 127; *K. Littmann*, Die Gestaltung des kommunalen Finanzsystems unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten, 1968, S. 25.

Damit ist fraglich, ob es in Nordrhein-Westfalen überhaupt derart extreme Bevölkerungsagglomerationen gibt, die bereits wieder ein Ansteigen der zuvor degressiven Kosten erkennen lassen.

Jedenfalls aber ist die Annahme einer bei 25.000 Einwohnern einsetzenden Veredelung der Einwohner, also in einem Bereich, in dem der Fixkosteneffekt überwiegt, offensichtlich fehlerhaft.

Festzuhalten bleibt, dass sowohl ein horizontaler als auch ein U-förmiger Kurvenverlauf die Annahme einer stetigen Kostenzunahme widerlegen.

Die Annahme eines aus den Ausgaben abgeleiteten Bedarfs, der ausschließlich und durchgängig mit zunehmender Einwohnerzahl nach Maßgabe der Hauptansatzstaffel ansteigt, ist offensichtlich fehlsam.

Mithin besteht kein sachlicher Grund für die geltende Einwohnerveredelung.

§ 8 Abs. 3 GFG 2011 in Verbindung mit der Hauptansatzstaffel – Anlage 2 – ist damit mit Art. 78, 79 Satz 2 Verf. NRW in Verbindung mit dem Gebot interkommunaler Gleichbehandlung unvereinbar.

III.

Nach alledem ist die Kommunalverfassungsbeschwerde begründet.

Bochum, den 8. Mai 2012

(Prof. Dr. Joachim Suerbaum)

Anlage 1

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Abteilung 3

VERGLEICH (GEMEINDEN) von Schlüsselzuweisungen nach dem Gesetzentwurf GFG 2011

19. Januar 2011

zu

c) einem GFG 2011 mit Grunddatenanpassung, abweichend mit einem Soziallastenansatz von 3,9
d) einem GFG 2011 mit Grunddatenanpassung, abweichend mit einem Soziallastenansatz von 15,3

Gebietskörperschaft	SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 - Gesetzentwurf - vorläufig EUR	Vergleich c)			Vergleich d)		
		SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 - Soziallasten-ansatz 3,9 - EUR	Veränderung absolut EUR	Ver-änderung %	SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 - Soziallasten-ansatz 15,3 - EUR	Veränderung absolut EUR	Ver-änderung %
1	2	8	10	11	12	13	14
Ahaus, Stadt	2.938.168	5.943.017	+ 3.004.849	+ 102,3	691.180	- 2.246.988	- 76,5
Bocholt, Stadt	9.179.693	11.985.550	+ 2.805.857	+ 30,6	7.047.556	- 2.132.137	- 23,2
Borken, Stadt	9.166.798	10.654.732	+ 1.487.934	+ 16,2	8.035.875	- 1.130.923	- 12,3
Gescher, Stadt	1.273.545	2.092.815	+ 819.270	+ 64,3	656.579	- 616.966	- 48,4
Gronau (Westf.), Stadt	0	0	+ 0	+ 0,0	0	+ 0	+ 0,0
Heek	1.488.811	2.281.945	+ 793.134	+ 53,3	898.412	- 590.399	- 39,7
Heiden	0	271.172	+ 271.172		0	+ 0	+ 0,0
Isselburg, Stadt	1.934.106	2.573.940	+ 639.834	+ 33,1	1.454.387	- 479.719	- 24,8
Legden	599.051	1.073.269	+ 474.218	+ 79,2	244.977	- 354.074	- 59,1
Raesfeld	1.185.169	1.801.483	+ 616.314	+ 52,0	722.272	- 462.897	- 39,1
Reken	2.272.571	3.261.810	+ 989.239	+ 43,5	1.532.668	- 739.903	- 32,6
Rhede, Stadt	1.743.411	2.838.395	+ 1.094.984	+ 62,8	921.161	- 822.250	- 47,2
Schöppingen	701.390	1.407.070	+ 705.680	+ 100,6	175.259	- 526.131	- 75,0
Stadtlohn, Stadt	128.243	1.658.535	+ 1.530.292	+ 1.193,3	0	- 128.243	- 100,0
Südlohn	882.081	1.498.600	+ 616.519	+ 69,9	420.962	- 461.119	- 52,3
Velen	3.044.723	3.640.766	+ 596.043	+ 19,6	2.595.536	- 449.187	- 14,8
Vreden, Stadt	6.707.819	8.237.076	+ 1.529.257	+ 22,8	5.561.928	- 1.145.891	- 17,1
KREIS BORKEN	43.245.579	61.220.175	+ 17.974.596	+ 41,6	30.958.752	- 12.286.827	- 28,4

Anlage 2

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen je Einwohner im Zeitraum 2003 bis 2012

(Eigenberechnung der Gemeinde Reken auf Grundlage der amtlichen Festsetzungen)

	Schlüsselzuweisungen 2012	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	Verhältnis zum Kreis Borken
Kreisfreie Städte	3.392.761.249,00 €	7.127.038	476,04 €	6,14
Kreis Borken	28.694.017,00 €	370.158	77,52 €	1,00
Kreis Coesfeld	23.921.283,00 €	220.322	108,57 €	1,40
Kreis Recklinghausen	309.190.421,00 €	632.511	488,83 €	6,31

	Schlüsselzuweisungen 2011	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	3.077.147.654,00 €	7.102.303	433,26 €	3,70
Kreis Borken	43.324.003,00 €	369.666	117,20 €	1,00
Kreis Coesfeld	26.621.883,00 €	220.261	120,87 €	1,03
Kreis Recklinghausen	286.276.557,00 €	632.535	452,59 €	3,86

	Schlüsselzuweisungen 2010	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	2.922.720.345,00 €	7.121.497	410,41 €	2,84
Kreis Borken	53.524.610,00 €	370.323	144,53 €	1,00
Kreis Coesfeld	51.414.504,00 €	220.662	233,00 €	1,61
Kreis Recklinghausen	295.770.008,00 €	636.180	464,92 €	3,22

	Schlüsselzuweisungen 2009	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	3.018.501.541,00 €	7.402.555	407,76 €	2,52
Kreis Borken	59.964.150,00 €	370.196	161,98 €	1,00
Kreis Coesfeld	50.657.997,00 €	221.381	228,83 €	1,41
Kreis Recklinghausen	307.466.995,00 €	639.811	480,56 €	2,97

	Schlüsselzuweisungen 2008	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	2.691.158.279,00 €	7.410.238	363,17 €	1,93
Kreis Borken	69.558.255,00 €	369.500	188,25 €	1,00
Kreis Coesfeld	57.469.879,00 €	221.494	259,46 €	1,38
Kreis Recklinghausen	299.545.439,00 €	643.411	465,56 €	2,47

	Schlüsselzuweisungen 2007	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	2.328.831.348,00 €	7.414.960	314,07 €	1,73
Kreis Borken	67.112.357,00 €	369.112	181,82 €	1,00
Kreis Coesfeld	56.101.753,00 €	221.001	253,85 €	1,40
Kreis Recklinghausen	274.668.745,00 €	646.558	424,82 €	2,34

	Schlüsselzuweisungen 2006	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	2.099.118.692,00 €	7.418.663	282,95 €	2,09
Kreis Borken	49.703.101,00 €	367.457	135,26 €	1,00
Kreis Coesfeld	42.612.515,00 €	220.984	192,83 €	1,43
Kreis Recklinghausen	218.839.869,00 €	649.310	337,03 €	2,49

	Schlüsselzuweisungen 2005	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	2.398.215.983,00 €	7.425.405	322,97 €	2,01
Kreis Borken	58.884.964,00 €	366.679	160,59 €	1,00
Kreis Coesfeld	42.713.760,00 €	219.915	194,23 €	1,21
Kreis Recklinghausen	209.039.100,00 €	651.397	320,91 €	2,00

	Schlüsselzuweisungen 2004	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	2.469.068.677,00 €	7.426.050	332,49 €	1,44
Kreis Borken	84.388.364,00 €	364.730	231,37 €	1,00
Kreis Coesfeld	48.867.167,00 €	218.525	223,62 €	0,97
Kreis Recklinghausen	242.119.235,00 €	653.971	370,23 €	1,60

	Schlüsselzuweisungen 2003	Einwohner	Auszahlungsbetrag pro Einwohner	
Kreisfreie Städte	2.538.998.207,00 €	7.427.589	341,83 €	1,60
Kreis Borken	77.488.743,00 €	362.834	213,57 €	1,00
Kreis Coesfeld	45.785.438,00 €	216.805	211,18 €	0,99
Kreis Recklinghausen	245.686.587,00 €	656.053	374,49 €	1,75

*) lt. 1. Modellrechnung

VERGLEICH (GEMEINDEN) von Schlüsselzuweisungen nach dem Gesetzentwurf GFG 2011

zu

a) GFG 2011 ohne Einwohnerveredelung (übrige Nebenansätze bleiben gleich)

b) GFG 2011 ohne Einwohnerveredelung und Soziallastenansatz 3,9 v. H.

Gebietskörperschaft	SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 EUR	Vergleich a)			Vergleich b)		
		SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 - GFG ohne Einwohnerveredelung - EUR	Veränderung absolut EUR	Veränderung %	SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 - GFG o. EW-Veredelung u. Soziallastenansatz 3,9- EUR	Veränderung absolut EUR	Veränderung %
1	2	3	4	5	6	7	8
Ahaus, Stadt	2.947.686	5.634.407	+ 2.686.721	+ 91,1	9.482.117	+ 6.534.431	+ 221,7
Bocholt, Stadt	9.200.078	12.321.710	+ 3.121.632	+ 33,9	15.952.914	+ 6.752.836	+ 73,4
Borken, Stadt	9.177.792	12.220.104	+ 3.042.312	+ 33,1	14.417.140	+ 5.239.348	+ 57,1
Gescher, Stadt	1.277.626	2.768.793	+ 1.491.167	+ 116,7	3.956.592	+ 2.678.966	+ 209,7
Gronau (Westf.), Stadt	0	2.687.773	+ 2.687.773		3.593.518	+ 3.593.518	
Heek	1.490.572	2.134.310	+ 643.738	+ 43,2	3.142.107	+ 1.651.535	+ 110,8
Heiden	0	370.499	+ 370.499		1.107.814	+ 1.107.814	
Isselburg, Stadt	1.936.741	2.899.695	+ 962.954	+ 49,7	3.791.137	+ 1.854.396	+ 95,7
Legden	600.545	1.146.083	+ 545.538	+ 90,8	1.776.920	+ 1.176.375	+ 195,9
Raesfeld	1.187.641	2.090.563	+ 902.922	+ 76,0	2.945.695	+ 1.758.054	+ 148,0
Reken	2.275.761	3.440.871	+ 1.165.110	+ 51,2	4.762.438	+ 2.486.677	+ 109,3
Rhede, Stadt	1.747.883	3.381.555	+ 1.633.672	+ 93,5	4.905.715	+ 3.157.832	+ 180,7
Schöppingen	703.085	1.322.657	+ 619.572	+ 88,1	2.228.136	+ 1.525.051	+ 216,9
Stadtlohn, Stadt	133.258	1.965.442	+ 1.832.184	+ 1.374,9	4.015.325	+ 3.882.067	+ 2.913,2
Südlohn	884.066	1.609.319	+ 725.253	+ 82,0	2.432.627	+ 1.548.561	+ 175,2
Velen	3.047.805	4.173.660	+ 1.125.855	+ 36,9	5.044.776	+ 1.996.971	+ 65,5
Vreden, Stadt	6.713.464	8.775.678	+ 2.062.214	+ 30,7	10.864.711	+ 4.151.247	+ 61,8
KREIS BORKEN	43.245.579	68.943.119	+ 25.697.540	+ 59,4	94.419.681	+ 51.174.102	+ 118,3

Anlage 3

VERGLEICH (GEMEINDEN) von Schlüsselzuweisungen nach dem Gesetzentwurf GFG 2011
zu
a) GFG 2011 ohne Einwohnerveredelung (übrige Nebenansätze bleiben gleich)
b) GFG 2011 ohne Einwohnerveredelung und Soziallastenansatz 3,9 v. H.

Gebietskörperschaft	SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 EUR	Vergleich a)			Vergleich b)		
		SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 - GFG ohne Einwohner veredelung - EUR	Veränderung absolut EUR	Ver-änderung %	SCHLÜSSEL-ZUWEISUNGEN 2011 - GFG o. EW-Veredelung u. So-ziallastenansatz 3,9- EUR	Veränderung absolut EUR	Ver-änderung %
1	2	3	4	5	6	7	8
Auwirkungen auf Kreisfreie Städte:							
Düsseldorf, kreisfreie Stadt	0	0	+ 0	+ 0,0	0	+ 0	+ 0,0
Duisburg, kreisfreie Stadt	403.671.230	337 580 138	- 66.091.092	- 16,4	296 390 734	- 107.280.496	- 26,6
Essen, kreisfreie Stadt	300.073.361	206 036 223	- 94 037.138	- 31,3	159 011 789	- 141.061.572	- 47,0
Krefeld, kreisfreie Stadt	103.170.615	94 171 630	- 8.998.985	- 8,7	81 290 038	- 21.880.577	- 21,2
Mönchengladbach, krfr. Stadt	151.198.823	139 719 129	- 11.479.694	- 7,6	120 143 670	- 31.055.153	- 20,5
Mülheim a.d Ruhr, krfr. Stadt	17.373.950	15 534 558	- 1.839.392	- 10,6	12 863 696	- 4 510.254	- 26,0
Oberhausen, kreisfreie Stadt	128.088.166	121 909 909	- 6.178.257	- 4,8	110 415 890	- 17.672.276	- 13,8
Remscheid, kreisfreie Stadt	43.053.785	46 208 436	+ 3.154.651	+ 7,3	44 651 638	+ 1.597.853	+ 3,7
Solingen, kreisfreie Stadt	55 094.294	53 640 525	- 1.453.769	- 2,6	53 435 871	- 1 658.423	- 3,0
Wuppertal, kreisfreie Stadt	217.679.462	187 442 082	- 30.237.380	- 13,9	161 237 406	- 56.442.056	- 25,9
Bonn, kreisfreie Stadt	82.433.718	53 438 898	- 28.994.820	- 35,2	61 435 757	- 20.997.961	- 25,5
Köln, kreisfreie Stadt	243.635.271	39 109 661	- 204.525.610	- 83,9	0	- 243.635.271	- 100,0
Leverkusen, kreisfreie Stadt	44.368.035	43 012 250	- 1.355.785	- 3,1	43 186 321	- 1.181 714	- 2,7
Bottrop, kreisfreie Stadt	57.628 131	59 870 891	+ 2.242.760	+ 3,9	58 573 232	+ 945.101	+ 1,6
Gelsenkirchen, krfr Stadt	174.210.081	164 596 607	- 9.613.474	- 5,5	133 030 037	- 41.180.044	- 23,6
Münster, krfr. Stadt	0	0	+ 0	+ 0,0	0	+ 0	+ 0,0
Bielefeld, kreisfreie Stadt	153.415.173	127 208 850	- 26.206.323	- 17.1	115 432 883	- 37.982.290	- 24,8
Bochum, kreisfreie Stadt	181.008.463	140 722 430	- 40.286.033	- 22,3	131 752 546	- 49.255.917	- 27,2
Dortmund, kreisfreie Stadt	398 065.422	302 105 749	- 95 959.673	- 24,1	255 336 884	- 142.728.538	- 35,9
Hagen, kreisfreie Stadt	103.478.343	100 614 067	- 2.864 276	- 2,8	91 911 240	- 11.567.103	- 11,2
Hamm, kreisfreie Stadt	111.394.136	108 989 122	- 2.405 014	- 2,2	101 481 179	- 9.912.957	- 8,9
Herne, kreisfreie Stadt	108.152.413	107 725 581	- 426.832	- 0,4	98 588 714	- 9.563.699	- 8,8
KREISFREIE STÄDTE	3 077 192 872	2 449 636 735	- 627.556.137	- 281,2	2 130 169 526	- 947.023.346	- 447,2

Entwicklung Haupt- und Nebenansätze in den Jahren 2003 bis 2012

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 *)
Schlüsselzuweisung Kommunen	**4.580.889.000,00 €**	**4.699.524.000,00 €**	**4.132.931.000,00 €**	**3.894.894.000,00 €**	**4.502.497.000,00 €**	**5.079.066.000,00 €**	**5.309.827.000,00 €**	**5.258.583.000,00 €**	**5.275.425.000,00 €**	**5.608.119.000,00 €**
Gesamtansatz im GFG	**27.452.954**	**27.833.322**	**28.203.223**	**28.166.643**	**28.116.510**	**28.033.110**	**27.897.858**	**27.687.692**	**32.210.943**	**40.660.079**
davon:										
Hauptansatz	21.459.101	21.487.693	21.484.923	21.477.630	21.454.839	21.419.549	21.382.294	21.302.816	21.061.321	21.366.592
anteilige Schlüsselzuweisung in Euro	3.580.735.236,03 €	3.628.094.733,29 €	3.148.424.004,57 €	2.969.934.763,66 €	3.435.716.176,47 €	3.880.814.617,47 €	4.069.713.237,59 €	4.045.935.864,56 €	3.449.368.723,43 €	2.947.027.981,93 €
anteilige Schlüsselzuweisung in Prozen	78,17%	77,20%	76,18%	76,25%	76,31%	76,41%	76,64%	76,94%	65,39%	52,55%
Schüleransatz	2.507.471	2.527.029	2.546.556	2.541.893	2.521.583	2.490.646	2.461.705	2.424.018	2.297.419	2.639.534
anteilige Schlüsselzuweisung in Euro	418.404.748,78 €	426.676.824,07 €	373.175.088,38 €	351.493.921,17 €	403.799.045,21 €	451.257.652,71 €	468.538.755,74 €	460.381.452,04 €	376.265.346,47 €	364.062.764,77 €
anteilige Schlüsselzuweisung in Prozen	9,13%	9,08%	9,03%	9,02%	8,97%	8,88%	8,82%	8,75%	7,13%	6,49%
Soziallastenansatz	2.591.723	2.939.412	3.315.851	3.303.194	3.303.194	3.275.667	3.186.634	3.080.963	7.981.138	12.657.476
anteilige Schlüsselzuweisung in Euro	432.463.310,93 €	496.305.731,67 €	485.908.415,12 €	456.766.910,12 €	528.963.981,50 €	593.488.517,22 €	606.515.211,75 €	585.151.686,01 €	1.307.130.155,54 €	1.745.806.535,39 €
anteilige Schlüsselzuweisung in Prozen	9,44%	10,56%	11,76%	11,73%	11,75%	11,68%	11,42%	11,13%	24,78%	31,13%
Zentralitätsansatz	894.659	879.188	855.893	843.926	836.894	847.248	867.225	879.895	871.065	3.849.808
anteilige Schlüsselzuweisung in Euro	149.285.704,26 €	148.446.710,98 €	125.423.491,93 €	116.698.405,05 €	134.017.796,81 €	153.505.212,60 €	165.059.794,92 €	167.113.997,40 €	142.660.774,56 €	530.992.116,15 €
anteilige Schlüsselzuweisung in Prozen	3,26%	3,16%	3,03%	3,00%	2,98%	3,02%	3,11%	3,18%	2,70%	9,47%
Flächenansatz										146.669
anteilige Schlüsselzuweisung in Euro										20.229.601,76 €
anteilige Schlüsselzuweisung in Prozen										0,36%

*) Lt. Modellrechnung GFG 2012

Anlage 4

Delegierte kommunale Aufwendungen für Leistungen nach dem SGB II auf Grundlage der Jahresabrechnung 2009

Alle Werte in Euro.

Stadt / Gemeinde	Summe kommunaler Aufwand lt. Berechnung des Kreises Borken	50% ige Finanzbeteiligung für die Kommunen	Anteil der Kommune an der Kreisumlage 2009	Anteilige Kostenübernahme des Restdefizits (hilfsweise über den Anteil an der Kreisumlage (Summe Sp. C x Sp. D)	Gesamtbelastung je Kommune unter Berücksichtigung der 50%igen Spitzabrechnung (Sp. C + Sp. E)	Saldo für die Kommune bei 50%iger Spitzabrechnung (Sp. B - Sp. F)	Anteilige Kostenübernahme ohne 50%ige Spitzabrechnung (hilfsweise über den Anteil der Kreisumlage) (Summe Sp. B x Sp. D)	Saldo für die Kommune ohne 50%ige Spitzabrechnung (Sp. B - Sp. H)	Bedarfs-gemeinschaften 31.12.2009	Einwohner 31.12.2009
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
Ahaus	1.443 612,63	721.806,32	10,52%	1 155.138,36 €	1 876.944,68 €	-433 332,05	2.310.276,72 €	-866.664,09	661	38.879
Bocholt	5.808.972,40	2.904.486,20	21,40%	2.350.443,54 €	5 254 929,74 €	554 042,66	4.700.887,08 €	1.108.085,32	2.326	73 279
Borken	3.169 208,62	1 584 604,31	11,45%	1 257.364,01 €	2 841.968,32 €	327 240,30	2.514.728,02 €	654 480,60	1.248	41.216
Gescher	891.973,73	445.986,86	4,30%	472 264,21 €	918.251,07 €	-26.277,34	944.528,41 €	-52.554,69	387	17.144
Gronau	4.405.443,70	2.202.721,85	13,54%	1.486.919,63 €	3.689.641,48 €	715.802,22	2 973 839,26 €	1.431 604,44	1.871	46.549
Heek	148.951,04	74.475,52	2,01%	221 050,50 €	295.526,02 €	-146.574,98	442.101,00 €	-293 149,97	62	8.404
Heiden	293.916,72	146 958,36	1,96%	215 314,77 €	362.273,13 €	-68.356,41	430 629,53 €	-136.712,81	130	8 124
Isselburg	583.752,76	291.876,38	2,75%	302 325,16 €	594.201,54 €	-10.448,78	604 650,32 €	-20.897,56	219	11.236
Legden	246.979,46	123 489,73	1,63%	179 521,88 €	303.011,61 €	-56.032,15	359.043,76 €	-112.064,30	104	6.769
Raesfeld	525 924,26	262.962,13	2,64%	290.311,90 €	553.274,03 €	-27.349,77	580.623,80 €	-54 699,54	208	10 991
Reken	431.260,49	215 630,25	3,49%	383.174,39 €	598 804,64 €	-167 544,15	766 348,79 €	-335 088,30	228	14 088
Rhede	985.572,09	492 786,04	4,84%	530 971,33 €	1.023.757,38 €	-38 185,29	1.061.942,67 €	-76.370,58	401	19 424
Schöppingen	156 736,76	78 368,38	1,88%	206.055,16 €	284.423,54 €	-127 686,78	412.110,31 €	-255 373,55	73	8 224
Stadtlohn	830 970,90	415.485,45	5,51%	604 744,06 €	1 020 229,51 €	-189.258,61	1 209.488,12 €	-378.517,22	355	20.718
Südlohn	338 801,47	169.400,74	2,17%	237 977,83 €	407.378,57 €	-68.577,10	475.955,66 €	-137.154,19	139	9 004
Velen	694 580,68	347.290,34	3,30%	361 835,94 €	709 126,28 €	-14.545,60	723 671,89 €	-29.091,21	309	12 976
Vreden	1 005.530,95	502.765,47	6,61%	725 681,65 €	1.228 447,12 €	-222.916,17	1.451.363,30 €	-445.832,35	444	22.641
Gesamt	21.962.188,66	10.981.094,33	100,00%	10.981.094,33	21.962.188,66	0,00	21.962.188,66	0,00		

Anlage 5

Anlage 6

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
DESTATIS
wissen.nutzen.

Stand: März 2011

Ansprechpartner:
Herr Schönberger (0611) 75 4164
Frau Putz (0611) 75 2852

Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte
Eckwerte der Gemeinden/Gv. nach Ländern
1. - 4. Vierteljahr 2009 / 1. - 4. Vierteljahr 2010
- Mill. EUR -

Land		Darunter						Bereinigte Ausgaben
		Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Soziale Leistungen 1)	Zinsausgaben	Sachinvestitionen zusammen	Sachinvestitionen dar. Baumaßnahmen	
Baden-Württemberg	2009	6 715,5	5 052,8	4 244,0	293,8	4 118,9	3 113,2	27 476,4
	2010	6 831,1	5 018,4	4 330,8	272,4	3 856,2	3 049,2	26 654,7
	%	1,7	- 0,7	2,0	- 7,3	- 6,4	- 2,1	- 3,0
Bayern	2009	7 102,8	5 360,4	5 324,2	620,8	5 112,9	3 898,2	28 985,4
	2010	7 233,3	6 352,1	5 542,7	570,5	5 667,5	4 529,4	30 293,6
	%	1,8	18,5	4,1	- 8,1	10,8	16,2	4,5
Brandenburg	2009	1 661,4	1 184,5	1 351,5	75,3	838,7	700,8	5 907,5
	2010	1 688,4	1 225,9	1 360,3	66,4	825,3	699,0	5 989,3
	%	1,6	3,5	0,7	- 11,8	- 1,6	- 0,3	1,4
Hessen	2009	3 676,6	3 480,0	3 910,7	509,0	1 660,5	1 251,7	15 436,1
	2010	3 801,1	3 804,3	3 944,4	506,1	2 148,1	1 831,2	16 905,5
	%	3,4	9,3	0,9	- 0,6	29,4	46,3	9,5
Mecklenburg-Vorpommern	2009	902,5	702,2	1 083,7	92,3	416,8	361,4	3 751,1
	2010	889,0	724,3	1 090,7	81,5	432,3	379,3	3 795,8
	%	- 1,5	3,1	0,6	- 11,7	3,7	5,0	1,2
Niedersachsen	2009	4 149,7	3 526,6	4 693,7	439,6	1 914,9	1 445,9	16 959,5
	2010	4 269,5	3 508,6	4 895,6	409,3	1 985,7	1 526,4	17 096,1
	%	2,9	- 0,5	4,3	- 6,9	3,7	5,6	0,8
Nordrhein-Westfalen	2009	10 740,5	10 461,4	11 674,7	1 404,8	2 966,6	2 091,9	43 878,1
	2010	11 026,4	10 912,8	12 626,8	1 329,0	2 939,0	2 174,3	45 608,4
	%	2,7	4,3	8,2	- 5,4	- 0,9	3,9	3,9
Rheinland-Pfalz	2009	2 183,7	1 656,0	2 101,5	339,7	1 061,4	812,4	8 137,8
	2010	2 320,9	1 912,8	2 241,4	339,5	1 113,3	900,5	8 800,3
	%	6,3	15,5	6,7	- 0,1	4,9	10,8	8,1
Saarland	2009	556,0	416,2	366,8	85,7	204,7	161,6	1 919,7
	2010	578,0	427,2	404,2	79,0	220,2	181,0	2 018,3
	%	4,0	2,6	10,2	- 7,8	7,6	12,0	5,1
Sachsen	2009	2 401,3	1 494,2	1 950,1	148,7	1 434,6	1 218,5	8 803,2
	2010	2 414,6	1 499,7	1 957,8	128,9	1 678,6	1 457,8	9 073,0
	%	0,6	0,4	0,4	- 13,3	17,0	19,6	3,1
Sachsen-Anhalt	2009	1 477,5	995,3	870,0	138,0	651,0	561,1	4 808,9
	2010	1 460,3	1 026,1	881,4	132,0	723,6	632,4	4 889,8
	%	- 1,2	3,1	1,3	- 4,3	11,2	12,7	1,7
Schleswig-Holstein	2009	1 444,8	1 262,4	1 712,0	127,7	693,2	527,9	6 411,3
	2010	1 446,7	1 154,8	1 779,5	125,6	741,3	597,5	6 362,4
	%	0,1	- 8,5	3,9	- 1,6	6,9	13,2	- 0,8
Thüringen	2009	1 257,2	846,0	1 042,0	108,9	786,2	694,9	4 718,8
	2010	1 282,8	817,6	1 068,5	100,3	740,5	653,7	4 699,3
	%	2,0	- 3,4	2,5	- 7,9	- 5,8	- 5,9	- 0,4
Deutschland (ohne Stadtstaaten)	2009	44.269,5	36.438,0	40.324,9	4.384,3	21.860,4	16.839,5	177 193,8
	2010	45.242,1	38.384,6	42.124,1	4.140,5	23.071,6	18.611,7	182.186,5
	%	2,2	5,3	4,5	-5,6	5,5	10,5	2,8
Davon: Früheres Bundesgebiet	2009	36.569,6	31.215,8	34.027,6	3.821,1	17.733,1	13.302,8	149.204,3
	2010	37.507,0	33.091,0	35.765,4	3.631,4	18.671,3	14.789,5	153.739,3
	%	2,6	6,0	5,1	-5,0	5,3	11,2	3,0
Neue Länder	2009	7.699,9	5.222,2	6.297,3	563,2	4.127,3	3.536,7	27.989,5
	2010	7.735,1	5.293,6	6.358,7	509,1	4.400,3	3.822,2	28.447,2
	%	0,5	1,4	1,0	-9,6	6,6	8,1	1,6

1) Einschl. Zahlungen an Arbeitsgemeinschaften zur Erfüllung von Hartz IV.

Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009

Gemeinden / GV insgesamt

in 1000 EUR / Veränderung in v. H.

Kenn-ziffer (KZ)	Einnahme- / Schulden- / Ausgabeart	2007	v. H.	2008	v. H.	2009	v. H.
1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	18.000.469	7,9	18.282.581	1,6	16.484.658	9,8 -
2	Grundsteuern A und B	2.570.698	1,4	2.593.196	0,9	2.620.566	1,1
3	Gewerbesteuer (brutto)	10.130.954	2,7	10.008.557	1,2 -	8.029.451	19,8 -
4	Gewerbesteuer (netto)	8.556.226	6,1	8.395.618	1,9 -	6.880.899	18,0 -
5	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	5.892.013	13,3	6.258.458	6,2	5.929.408	5,3 -
6	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	809.543	12,0	839.770	3,7	842.479	0,3
7	sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	171.989	3,2	195.539	13,7	211.306	8,1
8	Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse, Erstattungen	17.818.413	5,3	19.805.488	11,2	20.650.438	4,3
9	vom Bund	412.514	10,0	430.622	4,4	463.675	7,7
10	vom Land	7.501.617	10,6	9.012.580	20,1	9.011.392	-
11	darunter: allgemeine Zuweisungen	5.840.503	15,3	7.069.023	21,0	6.785.081	4,0 -
12	von Gemeinden/GV	8.603.912	1,6	8.973.853	4,3	9.738.240	8,5
13	darunter: Umlagen von Gemeinden/Kreisen	7.915.812	4,0	8.367.586	5,7	9.036.225	8,0
14	vom sonstigen öffentlichen Bereich	351.323	6,8	379.214	7,9	406.711	7,3
15	vom nichtöffentlichen Bereich	949.047	1,8 -	1.009.219	6,3	1.030.420	2,1
16	Weitere Einnahmen	12.157.859	4,4	11.678.247	3,9 -	11.739.883	0,5
	Ausgleichsleistungen						
17	nach dem Familienleistungsausgleich	564.113	21,3	558.993	0,9 -	619.782	10,9
18	aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende	348.589	20,2	305.601	12,3 -	288.548	5,6 -
19	Gebühren, sonstige Entgelte	5.548.159	-	5.605.934	1,0	5.649.772	0,8
20	Erwerbseinnahmen (Gewinn-, Konzessionsabgaben etc.)	4.107.441	8,8	3.634.523	11,5 -	3.661.963	0,8
21	Beteiligungsleistungen	1.589.557	1,4	1.573.196	1,0 -	1.519.818	3,4 -
22	darunter: für Unterkunft und Heizung	941.378	7,1	915.672	2,7 -	931.649	1,7
23	./. Zahlungen von gleicher Ebene	8.603.912	1,6	8.973.853	4,3	9.738.240	8,5
24	**Einnahmen der lfd. Rechnung**	**39.372.829**	**7,0**	**40.792.463**	**3,6**	**39.136.739**	**4,1 -**
25	Nettostellungen beim Verwaltungshaushalt	12.040.060	7,3 -	11.304.752	6,1 -	10.886.792	3,7 -
26	Zahlungen von gleicher Ebene	8.603.912	1,6	8.973.853	4,3	9.738.240	8,5
27	innere Verrechnungen	797.448	36,4 -	380.305	52,3 -	-	100,0 -
28	Kalkulatorische Einnahmen	662.276	21,7 -	202.183	69,5 -	-	100,0 -
29	Zuführungen vom Vermögenshaushalt	401.696	34,4 -	135.472	66,3 -	-	100,0 -
30	Gewerbesteuerumlage	1.574.728	12,7 -	1.612.939	2,4	1.148.552	28,8 -
31	**Einnahmen des Verwaltungshaushalts**	**51.412.889**	**3,3**	**52.097.215**	**1,3**	**50.023.531**	**4,0 -**

Quelle:
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

Anlage 7

Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009

Gemeinden / GV insgesamt

in 1000 EUR / Veränderung in v. H.

Kenn-ziffer (KZ)	Einnahme- / Schulden- / Ausgabeart	2007	v. H.	2008	v. H.	2009	v. H.
32	Rückflüsse von Darlehen	184.961	37,2	258.120	39,6	449.739	74,2
33	Veräußerung von Vermögen	1.352.490	42,9	880.887	34,9 -	818.397	7,1 -
34	Beiträge und ähnliche Entgelte	243.270	9,1 -	196.026	19,4 -	168.014	14,3 -
35	Investitionszuweisungen insgesamt	1.823.978	3,8	1.839.522	0,9	2.028.472	10,3
36	vom Bund	61.625	9,3 -	78.307	27,1	72.243	7,7 -
37	vom Land	1.596.911	3,1	1.676.967	5,0	1.868.917	11,4
38	von Gemeinden/GV	21.346	33,1 -	14.409	32,5 -	18.993	31,8
39	vom sonstigen öffentlichen Bereich	21.377	165,8	4.304	79,9 -	7.470	73,6
40	vom nichtöffentlichen Bereich	122.719	23,6	65.535	46,6 -	60.849	7,2 -
41	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	6.938	32,2	3.559	48,7 -	7.932	122,9
42	./. Zahlungen von gleicher Ebene	21.681	32,6 -	14.499	33,1 -	20.147	39,0
43	**Einnahmen der Kapitalrechnung**	**3.589.956**	**16,6**	**3.163.615**	**11,9 -**	**3.452.407**	**9,1**
44	Nettostellungen beim Vermögenshaushalt	1.183.959	14,3 -	1.053.767	11,0 -	40.836	96,1 -
45	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	1.140.936	14,4 -	1.027.127	10,0 -	-	100,0 -
46	Zahlungen von gleicher Ebene	21.681	32,6 -	14.499	33,1 -	20.147	39,0
47	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	21.342	24,8	12.141	43,1 -	20.689	70,4
48	Besondere Finanzierungseinnahmen	2.499.336	8,3 -	2.266.871	9,3 -	1.942.587	14,3 -
49	Entnahmen aus Rücklagen	409.488	6,4 -	121.073	70,4 -	-	100,0 -
50	Schuldenaufnahme bei übrigen öffentlichen und nichtöffentlichen Bereichen	2.082.315	8,9 -	2.145.775	3,0	1.942.587	9,5 -
51	Aufnahme innerer Darlehen	7.533	194,6	23	99,7 -	-	100,0 -
52	**Einnahmen des Vermögenshaushalts**	**7.273.251**	**1,2**	**6.484.253**	**10,8 -**	**5.435.830**	**16,2 -**
53	**Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge**	**42.962.785**	**7,8**	**43.956.078**	**2,3**	**42.589.146**	**3,1 -**

Quelle:

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009

Gemeinden / GV insgesamt

in 1000 EUR / Veränderung in v. H.

Kenn-ziffer (KZ)	Einnahme- / Schulden- / Ausgabeart	2007	v. H.	2008	v. H.	2009	v. H.
54	Personalausgaben	9.973.078	0,3	10.204.091	2,3	10.741.162	5,3
55	Lfd. Sachaufwand	9.906.898	9,4	10.188.096	2,8	10.436.971	2,4
56	Zinsausgaben	1.680.778	11,0	1.772.477	5,5	1.401.087	21,0 -
57	Soziale Leistungen u. Ä.	11.435.406	1,8	11.832.255	3,5	12.393.475	4,7
	darunter:						
58	Leistungen der Jugendhilfe	1.243.230	1,2 -	1.390.521	11,8	1.537.658	10,6
59	Beteiligung bei bzw. Leistungen für Unterkunft und Heizung	3.125.520	0,2	3.166.756	1,3	3.432.763	8,4
60	Beteiligung bei bzw. Leistungen zur Eingliederung I von Arbeitssuchenden	41.061	38,2	93.323	127,3	179.603	92,5
61	Beteiligung bei bzw. einmalige Leistungen an Arbeitssuchende	84.305	25,8 -	84.175	0,2 -	126.779	50,6
62	Arbeitslosengeld II	529.309	16,5 -	476.287	10,0 -	617.320	29,6
63	Leistungen der Eingliederung II von Arbeitssuchenden	113.866	7,0	102.660	9,8 -	101.850	0,8 -
64	Umlagen an Kreise / LV'e / RVR	7.967.416	3,8	8.675.197	8,9	9.071.256	4,6
65	Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse, übrige Erstattungen	5.692.583	0,2 -	5.873.972	3,2	6.328.759	7,7
66	./. Zahlungen von gleicher Ebene	8.603.912	1,6	8.973.853	4,3	9.738.240	8,5
67	**Ausgaben der lfd. Rechnung**	**38.052.247**	**3,8**	**39.572.235**	**4,0**	**40.634.470**	**2,7**
68	Nettostellungen beim Verwaltungshaushalt	12.779.300	6,7 -	12.196.407	4,6 -	10.886.792	10,7 -
69	Zahlungen von gleicher Ebene	8.603.912	1,6	8.973.853	4,3	9.738.240	8,5
70	innere Verrechnungen	797.448	36,4 -	380.305	52,3 -	-	100,0 -
71	Kalkulatorische Kosten	662.276	21,7 -	202.183	69,5 -	-	100,0 -
72	Gewerbesteuerumlage	1.574.728	12,7 -	1.612.939	2,4	1.148.552	28,8 -
73	Zuführung zum Vermögenshaushalt	1.140.936	14,4 -	1.027.127	10,0 -	-	100,0 -
74	Deckung von Sollfehlbeträgen	4.552.727	16,1 -	1.271.621	72,1 -	-	100,0 -
75	**Ausgaben des Verwaltungshaushalts**	**55.384.274**	**0,7 -**	**53.040.263**	**4,2 -**	**51.521.262**	**2,9 -**
76	**Fehlbetrag (-) oder Überschuß (+) des VWH**	**3.971.385 -**	**34,1**	**943.048 -**	**76,3**	**1.497.731 -**	**58,8 -**

Quelle:

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009

Gemeinden / GV insgesamt

in 1000 EUR / Veränderung in v. H.

Kenn-ziffer (KZ)	Einnahme- / Schulden- / Ausgabeart	2007	v. H.	2008	v. H.	2009	v. H.
77	Sachinvestitionen	2.968.419	0,7	2.919.427	1,7 -	2.937.273	0,6
78	Erwerb von Grundstücken	814.225	2,2	808.631	0,7 -	872.259	7,9
79	Baumaßnahmen	2.154.194	0,1	2.110.796	2,0 -	2.065.014	2,2 -
	darunter:						
80	Schulen	404.557	13,1 -	299.299	26,0 -	243.197	18,7 -
81	Straßen	626.215	6,0	584.409	6,7 -	613.232	4,9
82	Abwasserbeseitigung	271.483	5,3 -	258.690	4,7 -	196.251	24,1 -
83	Gewährung von Darlehen	107.622	43,1	111.921	4,0	288.576	157,8
84	Erwerb von Beteiligungen	355.650	52,9	424.037	19,2	398.292	6,1 -
85	Investitionszuweisungen	709.326	1,5 -	360.373	49,2 -	262.610	27,1 -
86	Sonstige Investitionsausgaben	496	68,2 -	4.855	878,8	680	86,0 -
87	Schuldentilgung an den öffentlichen Bereich	36.726	23,7	32.621	11,2 -	64.230	96,9
88	./. Zahlungen von gleicher Ebene	21.681	32,6 -	14.499	33,1 -	20.147	39,0
89	**Ausgaben der Kapitalrechnung**	**4.156.558**	**4,5**	**3.838.735**	**7,6 -**	**3.931.514**	**2,4**
90	Zuführungen zum Verwaltungshaushalt	401.696	34,4 -	135.472	66,3 -	-	100,0 -
91	Besondere Finanzierungsausgaben	3.232.940	2,1 -	2.743.835	15,1 -	2.298.710	16,2 -
92	Zuführungen an Rücklagen	406.981	1,7	206.701	49,2 -	-	100,0 -
93	Schuldentilgung bei übrigen öffentlichen und nichtöffentlichen Bereichen	2.811.819	1,2	2.533.989	9,9 -	2.298.710	9,3 -
94	Tilgung innerer Darlehen	6.234	93,1 -	1.383	77,8 -	-	100,0 -
95	Deckung von Sollfehlbeträgen	7.906	77,0 -	1.762	77,7 -	-	100,0 -
96	Nettostellungen beim Vermögenshaushalt	43.023	12,6 -	26.640	38,1 -	40.836	53,3
97	Zahlungen von gleicher Ebene	21.681	32,6 -	14.499	33,1 -	20.147	39,0
98	Abwicklung von Baumaßnahmen	21.342	24,8	12.141	43,1 -	20.689	70,4
99	**Ausgaben des Vermögenshaushalts**	**7.834.217**	**1,3 -**	**6.744.682**	**13,9 -**	**6.271.060**	**7,0 -**
100	**Nettokreditaufnahme**	**729.504 -**	**47,7 -**	**388.214 -**	**46,8**	**356.123 -**	**8,3**
101	**Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge**	**42.208.805**	**3,9**	**43.410.970**	**2,8**	**44.565.984**	**2,7**
102	**Finanzierungssaldo**	**753.980**	**197,3**	**545.108**	**27,7 -**	**1.976.838 -**	**462,7 -**

Quelle:

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009

Gemeinden / GV insgesamt

in 1000 EUR / Veränderung in v. H.

Kenn-ziffer (KZ)	Einnahme- / Schulden- / Ausgabeart	2007	v. H.	2008	v. H.	2009	v. H.
	Stand der Verschuldung u. Ä.						
	Schuldenstand						
105	Kernhaushalt						
	absolut	23.601.796	2,6 -	23.582.833	0,1 -	23.192.782	1,7 -
111	Innere Darlehen						
	absolut	98.461	31,2 -	95.524	3,0 -	-	100,0 -
113	Kassenkredite						
	absolut	13.659.119	8,9	14.606.013	6,9	17.254.131	18,1

Quelle:
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

Kommunalprofil: Schwerbehinderte Menschen nach Geschlecht und Art der schwersten Behinderung für kreisfreie Städte und Kreise
Statistik der schwerbehinderten Menschen
31.12.2009

Kreise Art der schwersten Behinderung			Schwerbehinderte		
			Insgesamt	männlich	weiblich
			Anzahl	Anzahl	Anzahl
05554	Borken, Kreis	Insgesamt	30966	16918	14048
		Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	212	153	59
		Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	3967	1997	1970
		Funktionseinschränk. Wirbelsäule, Rumpf, Brustkorb	3365	2010	1355
		Blindheit und Sehbehinderung	931	418	513
		Sprach- u. Sprechstörung, Taubheit, Schwerhörigk.	1016	583	433
		Verlust einer o. beider Brüste, Entstellungen u.a.	525	13	512
		Beeinträcht. d.Fkt. innerer Organe bzw. Organsyst.	5942	3590	2352
		Querschnittl.,zerebr.Str.,geist.-seel.Bh.,Suchtkr.	6338	3492	2846
		Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	8670	4662	4008
05562	Recklinghausen, Kreis	Insgesamt	54061	28431	25630
		Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	454	347	107
		Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	6167	2941	3226
		Funktionseinschränk. Wirbelsäule, Rumpf, Brustkorb	5205	2781	2424
		Blindheit und Sehbehinderung	2683	1055	1628
		Sprach- u. Sprechstörung, Taubheit, Schwerhörigk.	2234	1184	1050
		Verlust einer o. beider Brüste, Entstellungen u.a.	966	17	949
		Beeinträcht. d.Fkt. innerer Organe bzw. Organsyst.	13923	8138	5785
		Querschnittl.,zerebr.Str.,geist.-seel.Bh.,Suchtkr.	9170	4806	4364
		Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	13259	7162	6097

Aus Geheimhaltungsgründen können die Daten zu den schwerbehinderten Menschen leider nur für kreisfreie Städte und Kreise angeboten weren.

Der vollständige Text zu 'Funktionseinschränk. Wirbelsäule,

Anlage 8

Rumpf, Brustkorb' lautet:
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes,
Deformierung des Brustkorbes.

Der vollständige Text zu 'Sprach- u. Sprechstörung,
Taubheit, Schwerhörigk.' lautet:
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit,
Gleichgewichtsstörungen.

Der vollständige Text zu 'Beeinträcht. d.Fkt. innerer Organe
bzw. Organsyst.' lautet:
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw.
Organsystemen.

Der vollständige Text zu 'Querschnittl., zerebr.Str.,
geist.-seel.Bh.,Suchtkr.' lautet:
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische
Behinderungen, Suchtkrankheiten.

(C)opyright Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen
(IT.NRW), Düsseldorf, 2012. Vervielfältigung und Verbreitung,
auch auszugsweise, mit Quellangabe gestattet.
Stand: 01.03.2012 / 15:12:15

Bedarfsgemeinschaften und Personen in Bedarfsgemeinschaften

Deutschland nach Ländern und Kreisen

Berichtsmonat: Dezember 2009 - Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten

Die vorliegenden Informationen der statistischen Berichterstattung zum Rechtskreis SGB II geben die Strukturdaten aus A2LL und XSozial auf Bundesebene wieder. In den folgenden Fällen liegen vollständige statistische Daten über Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder vor:
- Für 345 Kreise, die das EDV-Verfahren A2LL für alle SGB II-Fälle genutzt haben.
- Für 58 Kreise (zugelassene kommunale Träger), deren SGB II-Fälle mit dem XSozial-Standard übermittelt wurden
- Für 9 Kreise, deren vollständige Strukturen aus A2LL und XSozial gewonnen werden konnten.

Für 412 bundesdeutsche Kreise konnten Strukturdaten ermittelt werden. Die Strukturergebnisse dieser 412 vollständig erfassten Kreise wurden auf die in einem gesonderten Verfahren berechneten Eckdaten der SGB II-Statistik (Bedarfsgemeinschaften, erwerbsfähige Hilfebedürftige, nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige und Personen insgesamt) auf Länderebene hochgerechnet und zu Gesamtergebnissen (Bundesgebiet insgesamt, Westdeutschland und Ostdeutschland) zusammengefasst.
In den 412 Fällen vollständiger Erfassung werden die Strukturdaten auf Kreisebene ausgewiesen, bei Unvollständigkeit der Kreisdaten (keine Vollerfassung durch A2LL bzw. XSozial) können auf Kreisebene nur die (fortgeschriebenen) Eckdaten berichtet werden.
Die Eckdaten auf Bundesebene basieren auf 412 vollständigen Kreisen.
Die aus dem Verfahren A2LL gewonnenen Detail-/Strukturdaten beziehen sich auf die bis zum 6. März 2010 im DV-Verfahren erfassten Leistungsfälle (Bedarfsgemeinschaften mit bewilligten Ansprüchen).
Gezählt wurden dabei ausschließlich Leistungsfälle, die zum Stichtag 10. Dezember 2009 bewilligt (angeordnet) waren und am Stichtag keinen Ausschlussgrund/Beendigungsgrund hatten.

Regionen		Fuß-note	Bedarfsgemeinschaften						Personen in Bedarfs-gemein-schaften [2]	Personen pro Bedarfs-gemein-schaft	Bedarfsgemeinschaften mit eHb [1]				Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren				
			Insgesamt	mit 1 Person	mit 2 Personen	mit 3 Personen	mit 4 Personen	mit 5 und mehr Personen			mit 1 eHb	mit 2 eHb	mit 3 eHb	mit 4 und mehr eHb	Insgesamt	BG [1] mit 1 Kind	BG mit 2 Kindern	BG mit 3 Kindern	BG mit 4 und mehr Kindern
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bremen			**50.732**	**29.073**	**9.659**	**5.931**	**3.441**	**2.628**	**94.712**	**1,9**	**36.923**	**10.780**	**2.074**	**815**	**15.123**	**8.249**	**4.513**	**1.628**	**742**
Bremen, Stadt	04011000	a	39 826	23 005	7 496	4 604	2 713	2.008	73 933	1,9	29 146	8 362	1.568	623	11 833	6 454	3 571	1 258	550
Bremerhaven, Stadt	04012000	a	10.906	6.068	2.163	1.327	728	620	20.779	1,9	7.777	2.418	506	192	3.290	1.786	942	370	192
Nordrhein-Westfalen			**831.369**	**436.084**	**169.105**	**106.151**	**68.979**	**49.050**	**1.643.239**	**2,0**	**562.235**	**210.507**	**41.884**	**15.053**	**266.077**	**141.594**	**62.524**	**29.794**	**12.165**
Düsseldorf, Stadt	05111000	a	34 410	20 148	6 408	3 857	2 440	1 557	62 845	1,8	24.572	7 934	1 401	440	9.546	5.218	2 907	1 047	374
Duisburg, Stadt	05112000	a	36 377	19 449	7 181	4 495	3 079	2 173	71 538	2,0	24 689	9 174	1.850	616	11 572	5 991	3 698	1.358	525
Essen, Stadt	05113000	a	41 918	22 935	8 085	4 938	3 403	2 557	82 067	2,0	28 758	10 173	2 057	853	12 865	6 665	3 968	1 518	714
Krefeld, Stadt	05114000	a	15 219	8 524	3.069	1 857	1 080	689	28 326	1,9	10 766	3.505	706	201	4 400	2.506	1 290	433	171
Mönchengladbach, Stadt	05116000	a	18 497	9 422	3 936	2 430	1.569	1 140	37 129	2,0	12 343	4 813	1 010	307	6 145	3 231	1 887	732	295
Mülheim an der Ruhr, Stadt	05117000	b	8 751	4 561	1 839	1 133	748	470	17 196	2,0	5 907	2.231	454	139	2 906	1 584	870	344	108
Oberhausen, Stadt	05119000	a	13 663	7 178	2 822	1 742	1.122	799	26 988	2,0	9 325	3 305	733	297	4 338	2 298	1 323	504	213
Remscheid, Stadt	05120000	a	5.934	3 098	1 235	806	483	312	11 619	2,0	3 982	1 502	342	101	1 891	1 040	611	177	63
Solingen, Stadt	05122000	a	7 725	4 114	1 539	997	645	430	15 103	2,0	5 329	1 884	371	127	2 507	1 326	814	274	93
Wuppertal, Stadt	05124000	a	24 730	13 793	4 626	2 866	1 931	1.514	47 810	1,9	16 977	5 968	1.252	494	7 467	3 893	2 300	884	390
Kleve	05154000	b	8 280	4 776	1 601	940	547	416	15.316	1,8	5 565	2 136	427	147	2 075	1 164	576	229	106
Mettmann	05158000	a	18 516	9 307	4 091	2 516	1 576	1 026	36 949	2,0	12 325	4 837	1 050	274	6 121	3 392	1 849	656	224
Rhein-Kreis-Neuss	05162000	a	15 060	7 417	3 392	2 082	1 295	874	30 381	2,0	10 012	3 968	780	257	5 233	2 796	1 704	540	193
Viersen	05166000	a	9 925	4 817	2 279	1.410	885	534	20 085	2,0	6 564	2 643	546	157	3 430	1 871	1 047	380	132
Wesel	05170000	a	18 519	9 134	4 090	2 584	1 615	1 096	37 663	2,0	12 128	4.974	996	409	6 156	3 353	1 903	634	266
Bonn, Stadt	05314000	a	12 960	6 629	2 385	1.645	1 257	1 044	27 214	2,1	8 651	3 339	660	248	4.737	2 333	1 466	631	307
Köln, Stadt	05315000	a	61 715	34 502	11 746	7 496	4 913	3 058	116 870	1,9	43 227	14 883	2 720	795	18 856	10 106	6 028	1 999	723
Leverkusen, Stadt	05316000	a	7 664	4 321	1 440	898	593	412	14 499	1,9	5 240	1 960	360	92	2 212	1 207	666	253	86
Aachen, Städteregion	05334000	a	26 696	13 833	5 362	3 661	2 286	1 554	53 263	2,0	18 139	6 717	1 332	447	8 910	4 736	2 760	1 021	393
Düren	05358000	b	10 655	5 887	2 047	1 152	880	689	20 851	2,0	6 872	2 937	567	267	2 899	1 495	895	330	179
Rhein-Erft-Kreis	05362000	a	17 906	8 734	3 847	2 511	1 662	1 152	36 913	2,1	11 587	4 935	1 024	339	6 272	3 392	1 900	706	274
Euskirchen	05366000	a	5 804	2 922	1.238	823	447	374	11 725	2,0	3 895	1 517	290	95	1 987	1 054	605	230	98
Heinsberg	05370000	a	8 882	4 097	2 051	1 318	829	587	18 716	2,1	5 611	2 547	525	191	3 183	1.709	965	361	148
Oberbergischer Kreis	05374000	a	8 706	4 242	1 996	1 229	738	501	17.679	2,0	5 829	2 261	432	160	3 014	1 639	939	306	130
Rheinisch-Bergischer Kreis	05378000	a	8 780	4 610	1 912	1 160	658	440	16 955	1,9	5 979	2 172	453	156	2 744	1 572	814	262	96
Rhein-Sieg-Kreis	05382000	a	18 849	9 330	3 988	2 632	1 711	1 188	38 678	2,1	12 489	4 908	999	401	6 580	3 507	2 086	673	314
Bottrop, Stadt	05512000	a	5 901	3 089	1 173	783	508	348	11 749	2,0	4 007	1 510	289	92	1 885	988	613	200	84
Gelsenkirchen, Stadt	05513000	a	22 201	11 743	4 395	2 728	1 892	1.443	44 435	2,0	14 796	5 805	1 122	443	6.975	3 658	2.147	803	367
Münster, Stadt	05515000	a	10.404	5 706	1.986	1.316	802	594	20.112	1,9	7.486	2.244	457	162	3.428	1 836	1.051	380	161
Borken	05554000	b	9.353	4.247	2.142	1.365	883	716	20.476	2,2	6.071	2.563	481	229	3.507	1.821	1.081	426	179
Coesfeld	05558000	b	4.426	2.455	905	516	308	242	8.379	1,9	3.017	1.121	209	73	1.242	669	371	139	63
Recklinghausen	05562000	a	35.400	18.083	7.428	4.507	3.210	2.172	71.322	2,0	23.311	9.377	1.929	720	11.460	6.096	3.591	1.258	515
Steinfurt	05566000	b	11 364	5 323	2 549	1 637	1 067	808	24 144	2,1	7 488	2 949	635	274	4 229	2 199	1 287	479	264
Warendorf	05570000	a	8 207	3 879	1 798	1 108	800	622	17 430	2,1	5 319	2 294	422	148	3 015	1 504	948	413	150
Bielefeld, Stadt	05711000	a	19 094	10 557	3 426	2 292	1 527	1.292	37 772	2 0	13 364	4 470	813	370	6 141	3 164	1 896	750	331
Gütersloh	05754000	a	8 888	4 126	1 976	1 350	821	615	18 870	2,1	5 687	2 429	520	229	3 274	1 740	1 046	353	135
Herford	05758000	a	8 893	4 379	1.912	1 261	759	582	18 351	2,1	5 788	2 328	533	216	3 037	1 674	878	332	153
Höxter	05762000	a	4 199	2.124	935	555	335	250	8.404	2,0	2.776	1.080	244	98	1 339	725	401	158	55

Anlage 5

Produktplan 2009

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt 16.01.01 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktgruppe 16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft
verantwortlich: Fachdienstleitung Herr Dynak

Organisationseinheit (Dezernat/Fachbereich)

Dezernat Kreisdirektor - FAchbereich F

Organisationseinheit (Amt/Fachdienst)

Fachdienst 20 - Kämmerei

Kurzbeschreibung

Die allgemeine Finanzwirtschaft stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar. Sie dient vielmehr der Darstellung der Finanzmittel, die dem Gesamthaushalt des Kreises produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat und bei denen es nur geringe Möglichkeiten der Beeinflussung durch den Kreis gibt.
Auf Grundlage des jeweiligen Gemeindefinanzierungsgesetzes erhält der Kreis als Erträge die festgesetzte Kreisumlage von den Städten. Ferner werden hier die Schlüsselzuweisungen des Landes dargestellt. Auf der Aufwandsseite sind hier unter anderem die Umlagen an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und den Regionalverband Ruhr (RVR) zu nennen.
Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel genannt und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt.

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung, Kreisordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindefinanzierungsgesetz, Kreistagsbeschlüsse

Zielgruppe

Kreistag, Verwaltungsführung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Aufsichtsbehörden, andere Behörden und Institutionen, Einwohner/innen, Bürger/innen

Ziele

Erläuterungen

Erläuterung zum Teilergebnisplan:

Die Kreisumlage 2009, so der Vorschlag der Verwaltung, wird trotz der Inanspruchnahme des restlichen Eigenkaptals von 9 Mio. € mit einem erhöhten Hebesatz von 48,58 %-Punkten (= + 3,97 %-Punkte) gegenüber 2008 auf 354,4 Mio. € (= + 38,30 Mio. €) festgesetzt. Die Notwendigkeit dieser Erhöhung resultiert aus verschiedenen Belastungen des Haushalts. Exemplarisch seien an dieser Stelle nur die stark ansteigenden Soziallasten (= + 20,7 Mio. €) und die Landschaftsumlage (= + 6,3 Mio. €) genannt. Die Erhöhung der Landschaftsumlage ist auf Basis des Hebesatzes 2008 mit Höhe von 14,6 %-Punkten gerechnet. Der Landschaftsverband beabsichtigt in seinem bereits eingebrachten Entwurf 2009 seinen Hebesatz auf 15,8 %-Punkte anzuheben. Von daher liegt in dieser Veranschlagung noch deutliches Risikopotential.

Den in diesem Produkt ausgewiesenen Landesleistungen liegt die 1. Modellrechnung des GFG 2009 zugrunde. Danach ist mit steigenden Schlüsselzuweisungen (= + 1,99 Mio. € auf 35,2 Mio. €) und einem Mehr bei der Schulpauschale zu rechnen (= + 145 T € auf 3,86 Mio. €). Unter "Sonstige ordentliche Erträge" ist die Inanspruchnahme der ZIRE-Mittel des Kreises dargestellt. Diese Erträge decken zu 100 % die in den verschiedenen Produkten (z.B. 15.01.01) veranschlagten Aufwendungen für ZIRE-Kreis-Projekte.

Wegen der sich weiter verschlechternden Liquiditätslage der Kreiskasse ist von deutlich höheren Kassenkreditzinsen auszugehen (= + 600 T €). Ebenso ist der Zinsaufwand für Investitionskredite um rd. 600 T € zu erhöhen.

Bei der im Teilfinanzplan ausgewiesenen Zuwendung von 1,6 Mio. € handelt es sich um die Investitionspauschale des Landes, die der Kreis als Sozialhilfeträger erhält.

Strukturdaten (Grundkennzahlen) und Kennzahlen zur Zielerreichung

	Einheit	Plan 2009	Plan 2008	Plan 2007	Ist 2007
Strukturdaten (Grundkennzahl):					
Kreisumlage	€	346.000.000	313.967.018	279.527.215	291.761.184
Schlüsselzuweisungen	€	33.000.000	32.418.429	32.421.843	34.350.000
LWL-Umlage	€	107.970.000	102.821.425	102.821.425	97.010.247
RVR-Umlage	€	4.391.000	4.283.600	4.283.600	3.751.063

Anlage 10

Gesamtergebnisplan

Allgemeine Finanzierungsmittel

Gesamtfinanzplan

Kreis Borken

Gesamtergebnisplan	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
1 Steuern und ähnliche Abgaben	7.758.442,55	5.965.000	4.450.000	4.337.500	4.225.000	4.112.500
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	188.771.074,99	195.686.083	217.261.384	219.574.490	220.695.758	222.515.658
3 + Sonstige Transfererträge	8.834.551,26	6.871.500	10.399.000	10.229.000	10.259.000	10.259.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	39.445.890,31	35.742.856	37.178.635	38.375.314	38.632.371	39.091.614
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.955.244,16	604.800	648.900	648.900	648.900	648.900
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100.196.703,86	105.848.213	107.521.048	108.294.531	108.576.040	108.755.677
7 + Sonstige ordentliche Erträge	3.982.960,57	3.191.550	3.096.600	3.097.500	3.097.500	3.097.500
8 + Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
9 +/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0
10 **= Ordentliche Erträge**	**350.944.867,70**	**353.910.002**	**380.555.567**	**384.557.235**	**386.134.569**	**388.480.849**
11 - Personalaufwendungen	39.700.505,21	38.260.000	41.997.000	41.988.100	42.635.301	43.454.900
12 - Versorgungsaufwendungen	3.646.405,10	5.630.000	7.221.500	7.117.510	6.700.600	7.118.812
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.192.770,89	45.974.280	49.087.997	50.357.552	50.623.552	50.802.690
14 - Bilanzielle Abschreibungen	15.136.611,03	9.604.306	10.750.539	10.750.539	10.750.539	10.750.539
15 - Transferaufwendungen	233.236.933,03	244.361.770	263.691.039	265.839.539	267.194.439	268.171.339
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.504.576,53	8.848.150	9.482.465	8.858.620	8.647.418	8.665.004
17 **= Ordentliche Aufwendungen**	**350.417.801,79**	**352.678.506**	**382.230.540**	**384.911.860**	**386.551.849**	**388.963.284**
18 **= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**527.065,91**	**1.231.496**	**-1.674.973**	**-354.625**	**-417.280**	**-482.435**
19 + Finanzerträge	2.658.741,12	1.402.675	1.651.652	1.551.630	1.501.610	1.451.590
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.592.080,70	1.327.965	1.335.185	1.198.005	1.085.330	970.155
21 **= Finanzergebnis**	**1.066.660,42**	**74.710**	**316.467**	**353.625**	**416.280**	**481.435**
22 **= Ordentliches Ergebnis**	**1.593.726,33**	**1.306.206**	**-1.358.506**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**
23 + Außerordentliche Erträge	57.949,65	0	1.000	1.000	1.000	1.000
24 - Außerordentliche Aufwendungen	24.434,13	0	0	0	0	0
25 **= Außerordentliches Ergebnis**	**33.515,52**	**0**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000**
26 **= Jahresergebnis**	**1.627.241,85**	**1.306.206**	**-1.357.506**	**0**	**0**	**0**

Allgemeine Finanzierungsmittel

	Ergebnis 2007 EUR	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2012 EUR
Erträge						
Jugendamtsumlage	24.005.038,54	27.314.346	30.374.648	30.303.720	30.327.623	30.442.466
Jagdsteuer	451.427,52	465.000	450.000	337.500	225.000	112.500
Schlüsselzuweisungen vom Land	30.641.317,05	38.268.899	40.166.664	40.166.664	40.166.664	40.166.664
Schul- und Bildungspauschale (konsumtiv)	0,00	228.566	1.643.815	1.643.815	2.143.815	2.143.815
Investitionspauschale (konsumtiv)	0,00	0	786.232	786.232	786.232	786.232
Kreisumlage	115.086.897,63	115.396.892	124.424.849	126.984.163	127.921.848	129.907.638
Summe	**170.184.680,74**	**181.673.703**	**197.846.208**	**200.222.094**	**201.571.182**	**203.559.315**
Aufwendungen						
Rückzahl. an Gemeinden/GV	2.100.000,00	0	0	0	0	0
Landschaftsumlage	56.471.915,29	59.072.802	64.658.203	64.658.203	64.658.203	64.658.203
Summe	**58.571.915,29**	**59.072.802**	**64.658.203**	**64.658.203**	**64.658.203**	**64.658.203**
Saldo	**111.612.765,45**	**122.600.901**	**133.188.005**	**135.563.891**	**136.912.979**	**138.901.112**

Allgemeine Finanzierungsmittel

Investitionstätigkeit	Ergebnis 2007 EUR	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2009 EUR	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2010 EUR	Planung 2011 EUR	Planung 2012 EUR
Einzahlung							
Investitionspauschale	662.218,72	718.159	0	0	0	0	0
Schul- und Bildungspauschale	0,00	2.485.000	1.500.000	0	1.500.000	1.000.000	1.000.000
Summe	**662.218,72**	**3.203.159**	**1.500.000**	**0**	**1.500.000**	**1.000.000**	**1.000.000**
Saldo	**662.218,72**	**3.203.159**	**1.500.000**	**0**	**1.500.000**	**1.000.000**	**1.000.000**

* Die Schul- und Bildungspauschale (ehem. Schulpauschale) wurde 2007 im Budget 12 ausgewiesen.

Allgemeine Finanzierungsmittel

Finanzausgleich

Die Umlagegrundlagen steigen nach der 2. Modellrechnung zum GFG 2009 gegenüber 2008 um ca. 18,4 Mio. EUR.

Kreisumlage

Der Hebesatz der Kreisumlage wird gegenüber 2008 um 0,8 %-Punkte auf 32,3 % erhöht.

Damit deckt die Kreisumlage nicht die Aufwendungen des Kreishaushalts. Das defizitäre Jahresergebnis berücksichtigt den voraussichtlichen Überschuss für das Haushaltsjahr 2008 in Höhe von rd. 1,0 Mio. EUR (Stand: 3. Controllingbericht).

Jugendamtsumlage

Der Hebesatz der Jugendamtsumlage beläuft sich 2009 auf 18,3 %. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Anhebung von 0,9 %-Punkte.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung im Budget 02 enthält für die Jahre 2010 - 2012 folgende Hebesätze für die Jugendamtsumlage (auf Basis der Umlagegrundlagen nach der 2. Modellrechnung zum GFG 2009):

Hebesätze der Jugendamtsumlage	2010	=	18,3 %
	2011	=	18,3 %
	2012	=	18,3 %

Schlüsselzuweisungen

Nach der 2. Modellrechnung zum GFG 2009 belaufen sich die Schlüsselzuweisungen auf ca. 40,2 Mio. EUR.

Jagdsteuer

Der Steuersatz beträgt jährlich 20 vom Hundert des zu Beginn des Steuerjahres geltenden Jagdwertes. Die Erträge belaufen sich auf ca. 450 T-EUR. Aufgrund aktueller Überlegungen auf Landesebene* wird in den nächsten Jahren mit verringerten Beträgen (jährliche Senkung um 25 %) gerechnet:

2009	100 %	450.000 EUR
2010	75 %	337.500 EUR
2011	50 %	225.000 EUR
2012	25 %	112.500 EUR

* Nach Verabschiedung des Haushalts liegt inzwischen ein Gesetzentwurf zur Abschaffung der Jagdsteuer vor. Die darin genannten Prozentsätze weichen von den geplanten Beträgen in geringem Umfang ab. Für den Haushalt 2010 werden die Beträge entsprechend angepasst.

Landschaftsumlage

Bei der Berechnung der Landschaftsumlage ist von einem Hebesatz von 15,2 % ausgegangen worden.

Allgemeine Finanzierungsmittel

Haushaltsausgleich in den Jahren 2010 bis 2012

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung enthält für die Jahre 2010 - 2012 folgende Hebesätze für die allgemeine Kreisumlage (auf Basis der Umlagegrundlagen nach der 2. Modellrechnung zum GFG 2009):

Hebesätze der Kreisumlage	2010	=	33,0 %
	2011	=	33,2 %
	2012	=	33,7 %

Schul- und Bildungspauschale

Die Schul- und Bildungspauschale i.H.v. insgesamt 3,1 Mio. EUR ist anteilig konsumtiv für Aufwendungen als auch investiv für Baumaßnahmen im Schulbereich veranschlagt worden.

Investitionspauschale

Nachdem die Investitionspauschale bis 2008 investiv veranschlagt worden ist, erfolgt 2009 erstmals eine konsumtive Ausweisung.

Hinweis zum Gesamtergebnisplan und den Teilergebnisplänen

Für Zuwendungen zu Investitionen sind nach dem Haushaltsrecht des NKF Sonderposten bilanziert. Entsprechend der Abschreibung dieser Anlagegüter werden die Sonderposten ertragswirksam aufgelöst. Die bilanziellen Abschreibungen sind im Gesamtergebnisplan unter der lfd. Ziff. 14 veranschlagt, die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten unter Ziff. 2. Aufgrund der Buchungssystematik ist es für die Darstellung des Rechnungsergebnisses 2007 im Haushaltsplan 2009 nicht möglich, diese beiden Positionen in den Teilergebnisplänen abzubilden. Bis auf wenige Ausnahmen sind sie in einer Summe im Produkt 11.06.01 dargestellt. In den übrigen Produkten des Haushalts sind als Rechnungsergebnis 2007 die Abschreibungen und die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nicht enthalten.

Gesamtfinanzplan - Anfangsbestand an Finanzmitteln

Im Gesamtfinanzplan sind erstmalig die Anfangsbestände an Finanzmitteln aufgenommen worden. Diese Beträge sind in erheblichem Umfang gebunden für die Rekultivierungsrücklagen und die Sonderposten für den Gebührenausgleich der kostenrechnenden Einrichtungen.

Rechnungsergebnisse 2007

Bei den dargestellten Rechnungsergebnissen in diesem Haushaltsplan handelt es sich um vorläufige Werte, die sich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten noch verändern können.

Kreis Borken

	Gesamtfinanzplan	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	VE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	7.758.442,55	5.965.000	4.450.000	0	4.337.500	4.225.000	4.112.500
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	180.180.867,31	191.682.938	211.984.858	0	214.297.964	215.419.232	217.239.132
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	8.547.872,51	6.871.500	10.399.000	0	10.229.000	10.259.000	10.259.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	37.055.135,92	35.742.856	36.433.474	0	38.375.314	38.632.371	39.091.614
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.994.024,83	604.800	648.900	0	648.900	648.900	648.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	102.931.108,10	105.848.213	107.521.048	0	108.294.531	108.576.040	108.755.677
7	+ Sonstige Einzahlungen	4.742.099,34	3.030.500	3.031.600	0	3.032.500	3.032.500	3.032.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	2.172.899,81	1.402.675	1.651.652	0	1.551.630	1.501.610	1.451.590
9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**345.382.450,37**	**351.148.482**	**376.120.532**	**0**	**380.767.339**	**382.294.653**	**384.590.913**
10	- Personalauszahlungen	35.405.606,55	36.640.000	38.352.000	0	39.058.100	39.807.901	40.572.700
11	- Versorgungsauszahlungen	4.184.978,98	4.460.000	4.760.500	0	4.855.710	4.952.824	5.051.880
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	49.287.594,64	45.924.280	50.487.997	0	51.757.552	52.023.552	52.202.690
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	175.910,65	824.415	749.345	0	699.325	649.310	599.295
14	- Transferauszahlungen	241.539.336,75	244.361.770	263.691.039	0	265.839.539	267.194.439	268.171.339
15	- Sonstige Auszahlungen	6.971.289,17	8.848.150	9.382.465	0	8.758.620	8.547.418	8.566.004
16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**337.564.716,74**	**341.058.615**	**367.423.346**	**0**	**370.968.846**	**373.175.444**	**375.163.908**
17	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.817.733,63**	**10.089.867**	**8.697.186**	**0**	**9.798.493**	**9.119.209**	**9.427.005**
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	5.010.126,32	6.222.159	6.605.000	0	6.778.000	5.973.000	6.093.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	88.944,50	77.500	48.500	0	43.500	43.500	43.500
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
23	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.099.070,82**	**6.299.659**	**6.653.500**	**0**	**6.821.500**	**6.016.500**	**6.136.500**
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	621.691,06	330.000	380.000	0	380.000	380.000	380.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.746.070,87	10.415.000	9.190.000	7.200.000	7.215.000	6.095.000	6.315.000
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.731.410,53	3.471.000	4.313.000	250.000	3.248.000	2.805.500	2.803.000
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	31.598,00	112.273	492.927	0	0	0	0
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	722.568,87	710.000	4.210.000	0	2.960.000	2.960.000	2.960.000
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
30	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.853.339,33**	**15.038.273**	**18.585.927**	**7.450.000**	**13.803.000**	**12.240.500**	**12.458.000**

	Gesamtfinanzplan	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	VE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
31	**= Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-2.754.268,51**	**-8.738.614**	**-11.932.427**	**-7.450.000**	**-6.981.500**	**-6.224.000**	**-6.321.500**
32	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag**	**5.063.465,12**	**1.351.253**	**-3.235.241**	**-7.450.000**	**2.816.993**	**2.895.209**	**3.105.505**
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	22.065,92	8.500	6.510	0	6.100	1.950	1.970
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	2.995.172,15	965.150	1.005.200	0	1.045.200	1.095.200	1.145.250
35	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**-2.973.106,23**	**-956.650**	**-998.690**	**0**	**-1.039.100**	**-1.093.250**	**-1.143.280**
36	**= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln**	**2.090.358,89**	**394.603**	**-4.233.931**	**-7.450.000**	**1.777.893**	**1.801.959**	**1.962.225**
37	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	24.767.079,97	26.857.438	27.252.041	0	23.018.110	24.796.003	26.597.962
38	**= Liquide Mittel**	**26.857.438,86**	**27.252.041**	**23.018.110**	**-7.450.000**	**24.796.003**	**26.597.962**	**28.560.187**

Investitionstätigkeit

Budget		Ergebnis 2007 EUR	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2009 EUR	Verpflich-tungser-mächtigungen	Planung 2010 EUR	Planung 2011 EUR	Planung 2012 EUR
Allgemeine Finanzierungsmittel		662.218,72	3.203.159	1.500.000	0	1.500.000	1.000.000	1.000.000
Budget 01	Soziales	0,00	0	0	0	0	0	0
Budget 02	Jugend und Familie	0,00	0	0	0	0	0	0
Budget 03	Tiere und Lebensmittel	-48.782,39	0	-16.000	0	0	0	-20.000
Budget 04	Gesundheit	0,00	0	0	0	0	0	0
Budget 05	Schule, Bildung, Kultur und Sport	-730.416,06	-1.126.000	-2.281.000	200.000	-1.306.000	-1.031.000	-1.031.000
Budget 06	Natur und Umwelt	-415.845,57	-3.923.000	-4.573.000	0	-2.140.000	-2.020.000	-2.050.000
Budget 07	Verkehr	-139.124,60	-120.000	-354.000	0	-100.000	-100.000	-100.000
Budget 08	Bauen, Wohnen und Immissionschutz	-7.405,65	0	0	0	0	0	0
Budget 09	Vermessung und Kataster	-356.449,05	-292.000	-262.000	0	-377.000	-252.000	-387.000
Budget 10	Sicherheit und Ordnung	-327.891,21	-985.000	-1.235.000	0	-560.000	-487.500	-335.000
Budget 11	Querschnittsfunktionen, zentrale Dienste	-814.097,88	-729.773	-1.535.227	250.000	-973.500	-728.500	-723.500
Budget 12	Straße, Gebäude, Grünflächen	-576.474,82	-4.766.000	-3.176.200	7.000.000	-3.025.000	-2.605.000	-2.675.000
Saldo aus Investitionstätigkeit		**-2.754.268,51**	**-8.738.614**	**-11.932.427**	**7.450.000**	**-6.981.500**	**-6.224.000**	**-6.321.500**

Finanzierungstätigkeit

Budget		Ergebnis 2007 EUR	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2009 EUR	Verpflich-tungser-mächtigungen	Planung 2010 EUR	Planung 2011 EUR	Planung 2012 EUR
Allgemeine Finanzierungsmittel		0,00	0	0	0	0	0	0
Budget 11	Querschnittsfunktionen, zentrale Dienste	-2.973.106,23	-956.650	-998.690	0	-1.039.100	-1.093.250	-1.143.280
Saldo aus Finanzierungstätigkeit		**-2.973.106,23**	**-956.650**	**-998.690**	**0**	**-1.039.100**	**-1.093.250**	**-1.143.280**

Kommunale Finanzentwicklung: 2007 bis 2009

Kreis Recklinghausen

in 1000 EUR / Veränderung in v. H.

Kenn-ziffer (KZ)	Einnahme- / Schulden- / Ausgabeart	Kreis Recklinghausen 2007	v. H.	Kreis Borken 2007	v. H.	Kreis Recklinghausen 2008	v. H.	Kreis Borken 2008	v. H.	Kreis Recklinghausen 2009	v. H.	Kreis Borken 2009	v. H.
1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	443.130	10,2	307.950	16,6	450.781	1,7	331.216	7,6	458.154	1,6	298.433	9,9 -
2	Grundsteuern A und B	75.899	0,6	44.649	6,5	77.261	1,8	45.228	1,3	86.682	12,2	45.989	1,7
3	Gewerbesteuer (brutto)	179.733	10,7	178.896	23,6	168.238	6,4 -	190.916	6,7	179.701	6,8	159.639	16,4 -
4	Gewerbesteuer (netto)	151.483	11,7	145.222	22,7	144.533	4,6 -	160.838	10,8	153.181	6,0	133.080	17,3 -
5	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	191.267	13,4	103.391	13,6	203.301	6,3	109.895	6,3	191.411	5,8 -	103.104	6,2 -
6	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	19.045	12,0	11.817	12,0	19.680	3,3	12.211	3,3	19.728	0,2	12.886	5,5
7	sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	5.436	0,4	2.871	22,3	6.006	10,5	3.044	6,0	7.152	19,1	3.374	10,8
8	Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse, Erstattungen	708.012	4,5	301.616	6,3	803.678	13,5	348.549	15,6	824.050	2,5	353.094	1,3
9	vom Bund	2.242	23,5 -	4.028	22,7 -	1.214	45,9 -	2.491	38,2 -	4.816	296,7	4.271	71,5
10	vom Land	359.348	18,4	124.714	19,3	421.346	17,3	152.449	22,2	417.463	0,9 -	147.934	3,0 -
11	darunter: allgemeine Zuweisungen	307.093	23,6	98.949	26,9	355.803	15,9	118.740	20,0	343.386	3,5 -	100.127	15,7 -
12	von Gemeinden/GV	300.619	6,9 -	157.200	1,0 -	341.954	13,7	163.937	4,3	357.183	4,5	173.229	5,7
13	darunter: Umlagen von Gemeinden/Kreisen	289.725	7,3 -	139.095	3,2	316.104	9,1	144.649	4,0	327.720	3,7	154.830	7,0
14	vom sonstigen öffentlichen Bereich	17.890	23,5	308	36,3	18.739	4,7	451	46,4	26.216	39,9	1.209	168,1
15	vom nichtöffentlichen Bereich	27.913	18,2 -	15.366	1,8 -	20.425	26,8 -	29.221	90,2	18.372	10,1 -	26.451	9,5 -
16	Weitere Einnahmen	415.126	7,1	298.227	26,1	374.097	9,9 -	293.121	1,7 -	356.618	4,7 -	298.552	1,9
	Ausgleichsleistungen												
17	nach dem Familienleistungsausgleich	18.288	21,2	9.866	21,1	18.149	0,8 -	9.810	0,8 -	20.004	10,2	10.774	9,8
18	aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende	8.935	30,8 -	7.307	153,9	4.609	48,4 -	5.528	24,3 -	7.098	54,0	4.042	26,9 -
19	Gebühren, sonstige Entgelte	212.118	1,0 -	125.898	0,8	212.507	0,2	130.363	3,5	197.416	7,1 -	127.167	2,5 -
20	Erwerbseinnahmen (Gewinn-, Konzessionsabgaben e	131.302	26,5	65.344	10,0	97.926	25,4 -	55.803	14,6 -	95.018	3,0 -	54.246	2,8 -
21	Beteiligungsleistungen	44.483	7,4	89.792	129,6	40.906	8,0 -	91.617	2,0	37.082	9,3 -	102.323	11,7
22	darunter: für Unterkunft und Heizung	44.483	7,4	18.134	95,0	40.906	8,0 -	18.604	2,6	37.082	9,3 -	101.966	448,1
23	/. Zahlungen von gleicher Ebene	300.619	6,9 -	157.200	1,0 -	341.954	13,7	163.937	4,3	357.183	4,5	173.229	5,7
24	Einnahmen der lfd. Rechnung	1.265.649	10,6	750.593	20,0	1.286.602	1,7	808.949	7,8	1.281.639	0,4 -	776.850	4,0 -

Quelle:
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

Anlage 12

25	Nettostellungen beim Verwaltungshaushalt	421.083	1,9 -	236.222	10,1	394.243	6,4 -	216.625	8,3 -	383.703	2,7 -	199.788	7,8 -
26	Zahlungen von gleicher Ebene	300.619	6,9 -	157.200	1,0 -	341.954	13,7	163.937	4,3	357.183	4,5	173.229	5,7
27	innere Verrechnungen	31.298	11,1 -	12.846	3,4 -	11.587	63,0 -	11.338	11,7 -	-	100,0 -	-	100,0 -
28	Kalkulatorische Einnahmen	44.033	69,7	22.198	84,0	6.847	84,5 -	9.803	55,8 -	-	100,0 -	-	100,0 -
29	Zuführungen vom Vermögenshaushalt	16.883	9,9 -	10.304	164,1	10.150	39,9 -	1.469	85,7 -	-	100,0 -	-	100,0 -
30	Gewerbesteuerumlage	28.250	5,8	33.674	27,4	23.705	16,1 -	30.078	10,7 -	26.520	11,9	26.559	11,7 -
31	**Einnahmen des Verwaltungshaushalts**	**1.686.732**	**7,2**	**986.815**	**17,5**	**1.680.845**	**0,3 -**	**1.025.574**	**3,9**	**1.665.342**	**0,9 -**	**976.638**	**4,8 -**
32	Rückflüsse von Darlehen	1.711	32,8	593	87,8 -	781	54,4 -	2.520	325,0	1.267	62,2	13.586	439,1
33	Veräußerung von Vermögen	22.919	37,6	20.331	25,4 -	17.378	24,2 -	17.129	15,7 -	28.115	61,8	14.657	14,4 -
34	Beiträge und ähnliche Entgelte	4.521	1,5	10.382	9,3	3.813	15,7 -	8.386	19,2 -	4.016	5,3	7.211	14,0 -
35	Investitionszuweisungen insgesamt	66.510	9,4	38.927	0,3	58.815	11,6 -	49.729	27,7	60.803	3,4	45.073	9,4 -
36	vom Bund	1.554	37,2 -	1.680	59,5	356	77,1 -	4.588	173,1	2.221	523,9	3.109	32,2 -
37	vom Land	56.486	4,9	36.014	1,8	54.458	3,6 -	44.043	22,3	57.004	4,7	38.399	12,8 -
38	von Gemeinden/GV	5.561	98,0	1.179	31,4	2.585	53,5 -	569	51,7 -	713	72,4 -	2.674	369,9
39	vom sonstigen öffentlichen Bereich	93	165,7	24	71,8 -	7	92,5 -	45	87,5	363	X	30	33,3 -
40	vom nichtöffentlichen Bereich	2.816	75,5	30	97,9 -	1.409	50,0 -	484	X	502	64,4 -	861	77,9
41	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	-	-	-	-	511	X	-	-	222	56,6 -	-	-
42	/. Zahlungen von gleicher Ebene	5.561	98,0	1.179	12,9	2.585	53,5 -	569	51,7 -	713	72,4 -	2.674	369,9
43	**Einnahmen der Kapitalrechnung**	**90.100**	**10,3 -**	**69.054**	**15,1**	**78.713**	**12,6 -**	**77.195**	**11,8**	**93.710**	**19,1**	**77.853**	**0,9**
44	Nettostellungen beim Vermögenshaushalt	28.078	36,7 -	21.199	11,5 -	10.791	61,6 -	29.469	39,0	849	92,1 -	2.700	90,8 -
45	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	22.456	45,9 -	19.884	12,5 -	8.047	64,2 -	28.453	43,1	-	100,0 -	-	100,0 -
46	Zahlungen von gleicher Ebene	5.561	98,0	1.179	12,9	2.585	53,5 -	569	51,7 -	713	72,4 -	2.674	369,9
47	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	61	15,1	136	26,1 -	159	160,7	447	228,7	136	14,5 -	26	94,2 -
48	Besondere Finanzierungseinnahmen	144.141	14,5	17.684	49,2 -	139.132	3,5 -	48.218	172,7	53.008	61,9 -	17.681	63,3 -
49	Entnahmen aus Rücklagen	13.266	15,6	8.955	55,1	3.229	75,7 -	12.770	42,6	-	100,0 -	-	100,0 -
50	Schuldenaufnahme bei übrigen öffentlichen und nichtöffentlichen Bereichen	130.875	14,4	8.729	69,9 -	135.903	3,8	35.425	305,8	53.008	61,0 -	17.681	50,1 -
51	Aufnahme innerer Darlehen	-	-	-	-	-	-	23	X	-	-	-	100,0 -
52	**Einnahmen des Vermögenshaushalts**	**262.319**	**3,1 -**	**107.937**	**23,0 -**	**228.636**	**12,8 -**	**154.882**	**43,5**	**147.567**	**35,5 -**	**98.234**	**36,6 -**
53	**Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge**	**1.355.749**	**8,9**	**819.647**	**15,9**	**1.365.315**	**0,7**	**886.144**	**8,1**	**1.375.349**	**0,7**	**854.703**	**3,5 -**

Quelle:
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

54	Personalausgaben	371.082	0,6	164.420	2,2	385.891	4,0	162.396	1,2 -	398.864	3,4	171.169	5,4
55	Lfd. Sachaufwand	319.732	2,2	166.233	6,0	307.793	3,7 -	188.348	13,3	322.189	4,7	205.244	9,0
56	Zinsausgaben	78.091	18,5	15.077	3,2	85.512	9,5	17.967	19,2	70.748	17,3 -	13.967	22,3 -
57	Soziale Leistungen u. Ä.	303.360	3,5	167.487	3,3 -	291.599	3,9 -	158.581	5,3 -	227.873	21,9 -	176.783	11,5
	darunter:												
58	**Leistungen der Jugendhilfe**	33.765	18,9 -	26.986	65,6	24.317	28,0 -	27.646	2,4	23.259	4,4 -	33.539	21,3
	Leistungen im Bereich SGB II *1)	145.856		98.686		136.267	6,6 -	92.626	6,0 -	150.054	10,1	97.643	5,4
64	Umlagen an Kreise / LV'e / RVR	394.514	4,6 -	199.734	1,7	444.226	12,6	202.726	1,5	457.864	3,1	222.465	9,7
65	Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse, übrige Erstattungen	159.130	0,4	119.559	3,6	165.547	4,0	126.499	5,8	165.912	0,2	140.067	10,7
66	./. Zahlungen von gleicher Ebene	300.619	6,9 -	157.200	1,0 -	341.954	13,7	163.937	4,3	357.183	4,5	173.229	5,7
67	**Ausgaben der lfd. Rechnung**	1.325.290	2,7	675.310	2,6	1.338.614	1,0	692.580	2,6	1.286.267	3,9 -	756.466	9,2
68	Nettostellungen beim Verwaltungshaushalt	426.656	5,6 -	245.802	5,4	392.140	8,1 -	243.609	0,9 -	383.703	2,2 -	199.788	18,0 -
69	Zahlungen von gleicher Ebene	300.619	6,9 -	157.200	1,0 -	341.954	13,7	163.937	4,3	357.183	4,5	173.229	5,7
70	innere Verrechnungen	31.298	11,1 -	12.846	3,4 -	11.587	63,0 -	11.338	11,7 -	-	100,0 -	-	100,0 -
71	Kalkulatorische Kosten	44.033	69,7	22.198	84,0	6.847	84,5 -	9.803	55,8 -	-	100,0 -	-	100,0 -
72	Gewerbesteuerumlage	28.250	5,8	33.674	27,4	23.705	16,1 -	30.078	10,7 -	26.520	11,9	26.559	11,7 -
73	Zuführung zum Vermögenshaushalt	22.456	45,9 -	19.884	12,5 -	8.047	64,2 -	28.453	43,1	-	100,0 -	-	100,0 -
74	Deckung von Sollfehlbeträgen	317.113	7,6	1.195	0,8	106.344	66,5 -	-	100,0 -	-	100,0 -	-	-
75	**Ausgaben des Verwaltungshaushalts**	2.069.059	1,6	922.307	3,3	1.837.098	11,2 -	936.189	1,5	1.669.970	9,1 -	956.254	2,1
76	**Fehlbetrag (-) oder Überschuß (+) des VWH**	382.327 -	17,5	64.508	222,4	156.253 -	59,1	89.385	38,6	4.628 -	97,0	20.384	77,2 -

Quelle:
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen

77	Sachinvestitionen	132.377	16,8	78.780	9,1	112.811	14,8 -	105.917	34,4	84.000	25,5 -	90.553	14,5 -
78	Erwerb von Grundstücken	21.317	20,8	22.366	5,5 -	25.465	19,5	32.536	45,5	18.330	28,0 -	27.591	15,2 -
79	Baumaßnahmen	111.060	16,1	56.414	10,4 -	87.346	21,4 -	73.381	30,1	65.670	24,8 -	62.962	14,2 -
	darunter:												
80	Schulen	49.199	31,4	12.986	6,2	4.087	91,7 -	9.190	29,2 -	6.579	61,0	7.917	13,9 -
81	Straßen	18.206	0,4 -	19.638	15,9 -	12.606	30,8 -	31.546	60,6	13.489	7,0	23.231	26,4 -
82	Abwasserbeseitigung	12.187	25,7 -	6.455	34,2 -	7.216	40,8 -	8.384	29,9	7.693	6,6	8.558	2,1
83	Gewährung von Darlehen	51	78,2 -	4.857 -	196,9 -	291	470,6	2.632	154,2	897	208,2	16.366	521,8
84	Erwerb von Beteiligungen	-	100,0 -	249	81,0 -	69	X	908	264,7	98	42,0	10.662	X
85	Investitionszuweisungen	25.713	31,8 -	8.252	16,5 -	10.060	60,9 -	12.691	53,8	1.728	82,8 -	16.170	27,4
86	Sonstige Investitionsausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	2	X	-	-
87	Schuldentilgung an den öffentlichen Bereich	199	9,3	366	5,5	158	20,6 -	312	19,2 -	188	19,0	1.102	253,2
88	./. Zahlungen von gleicher Ebene	5.561	98,0	1.179	12,9	2.585	53,5 -	569	51,7 -	713	72,4 -	2.674	369,9
89	**Ausgaben der Kapitalrechnung**	**152.779**	**17,1**	**81.631**	**20,1 -**	**120.804**	**20,9 -**	**121.891**	**49,3**	**86.200**	**28,6 -**	**132.179**	**8,4**
90	Zuführungen zum Verwaltungshaushalt	16.883	9,9 -	10.304	164,1 -	10.150	39,9 -	1.469	85,7 -	-	100,0 -	-	100,0 -
91	Besondere Finanzierungsausgaben	88.346	15,8 -	38.760	43,0	85.041	3,7 -	40.039	3,3	59.561	30,0 -	23.917	40,3 -
92	Zuführungen an Rücklagen	4.980	22,1 -	15.279	137,3 -	2.639	47,0 -	8.315	45,6 -	-	100,0 -	-	100,0 -
93	Schuldentilgung bei übrigen öffentlichen und nichtöffentlichen Bereichen	83.366	15,4 -	23.481	13,7	82.402	1,2 -	31.701	35,0	59.561	27,7 -	23.917	24,6 -
94	Tilgung innerer Darlehen	-	-	-	-	-	-	23	X	-	-	-	100,0 -
95	Deckung von Sollfehlbeträgen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
96	Nettostellungen beim Vermögenshaushalt	5.622	96,4	1.315	7,1 -	2.744	51,2 -	1.016	22,7 -	849	69,1 -	2.700	165,7
97	Zahlungen von gleicher Ebene	5.561	98,0	1.179	12,9 -	2.585	53,5 -	569	51,7 -	713	72,4 -	2.674	369,9
98	Abwicklung von Baumaßnahmen	61	15,1	136	26,1 -	159	160,7	447	228,7	136	14,5 -	26	94,2 -
99	**Ausgaben des Vermögenshaushalts**	**263.630**	**2,6**	**132.010**	**1,8 -**	**218.739**	**17,0 -**	**164.415**	**24,5**	**146.610**	**33,0 -**	**158.796**	**3,4 -**
100	Nettokreditaufnahme	47.509	198,3	14.752 -	276,6 -	53.501	12,6	3.724	125,2	6.553 -	112,2 -	6.236 -	267,5 -
101	**Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge**	**1.478.069**	**4,0**	**756.941**	**0,5 -**	**1.459.418**	**1,3 -**	**814.471**	**7,6**	**1.372.467**	**6,0 -**	**888.645**	**9,1**
102	**Finanzierungssaldo**	**122.320 -**	**30,4**	**62.706**	**217,2**	**94.103 -**	**23,1**	**71.673**	**14,3**	**2.882**	**103,1**	**33.942 -**	**147,4 -**

***1) Statistik IT.NRW vom 20.04.2012**

Quelle:
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Informationssystem Finanzstatistik (ISF),
Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie eigene Berechnungen